

Partizipation in der Arena der Zukunft:



Die Zukunftswerkstatt als Instrument zur (Re-)Politisierung und Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen

Magisterarbeit

Fachbereich: Erziehungs- und Humanwissenschaften
Fach: Erziehungswissenschaft
Universität Kassel

Gutachter:

Prof. Dr. Olaf-Axel Burow
Dr. Jörg Dürrschmidt

vorgelegt von:

André Schönewolf

Kassel, im Juni 2007

1. Einleitung	1
2. Politische Partizipation – Wieviel Gewalt geht vom Volk aus?.....	5
2.1. Über die Notwendigkeit von politischem Engagement – was bedeutet „Politik“?	5
2.2. Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitwirkung mit dem Fokus auf die Jugendlichen	11
2.2.1. Die zu Grunde liegende Lebenswelt der „pragmatischen Generation“	13
2.2.2. Gesellschaftspolitisches Engagement und/oder ego-zentrierter Pragmatismus?	15
2.3. Antidemokratische Tendenzen: Zwischen Protestverhalten und Manifestation	18
2.3.1. Rechtspopulismus und Alltagsrassismus	19
2.3.2. Ein „Wir-Gefühl“ als Antwort auf die Individualisierung	20
2.3.3. Perspektiven antidemokratischer Tendenzen	21
2.4. Erziehung zur (Un-)Mündigkeit – Aufklärung und Demokratiebewusstsein.....	23
2.4.1. Entwicklung von Demokratiebewusstsein	24
3. Mehr Demokratie wagen! – Grundlagen von Partizipation in der Bürgergesellschaft	28
3.1. Partizipation: Definition und theoretische Annäherung	28
3.2. Partizipation als gesellschaftliches Ziel – Überblick über verschiedene Anwendungsfelder und rechtliche Bestimmungen	31
3.2.1. Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit	31
3.2.2. Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung.....	34
3.2.3. Mitbestimmung in der Wirtschaft	37
3.2.4. Partizipation in der Politik	40
3.2.5. Zwischenfazit	41
3.3. Pädagogische und psychologische Aspekte sozialen und politischen Engagements im Jugendalter.....	45
3.4. NGOs als zukunftsweisende Akteure zivilgesellschaftlichen Handelns	50
4. Arenen der Zukunft – Vorstellung ausgewählter partizipativer Verfahren.....	53
4.1. Zur Besonderheit moderierter Partizipationsverfahren	53
4.2. Die Zukunftskonferenz	55
4.3. Open Space	57
4.4. Die Bürgerkonferenz	59
4.5. Fazit	61
5. Emanzipatorische Partizipation mit der Zukunftswerkstatt.....	63
5.1. Die Entstehung: Vom politischen Gedanken zur pädagogischen Methode.....	63
5.2. Theoretische Grundlagen der Zukunftswerkstatt.....	68
5.2.1. Das humanistische Menschenbild	69
5.2.2. Die Themenzentrierte Interaktion (TZI) – psychoanalytisch-humanistischer Ansatz mit politischer Dimension	72
5.2.3. Eine alternative Lernform – Kreative Felder.....	78
5.3. Ablauf der Zukunftswerkstatt.....	82
5.3.1. Die „gute“ Moderation.....	82
5.3.2. Der Ablauf	85

6. Das ist ja wohl die (Marbachs-) Höhe! – Eine Zukunftswerkstatt in einem Kasseler Quartier: Ein Beispiel	89
6.1. Entstehung und Absicht	89
6.2. Durchführung und Ergebnisse.....	92
6.3. Auswertung und persönliche Reflexion	99
6.4. Kriterien emanzipatorischer Partizipation	103
7. Die Rolle des Bürgers in der Wissensgesellschaft – Analyse und Ausblick.....	108
7.1. Was kennzeichnet die „Wissensgesellschaft“?.....	108
7.2. Wissensmanagement – partizipativ oder expertenzentriert?	113
7.2.1. Die Gefahr von Elitenentscheidungen	114
7.2.2. Die Gefahr von Gruppenentscheidungen	117
7.2.3. Determinanten intelligenter Gruppenentscheidungen	119
7.3. Die Bedeutung dieser Frage in Zeiten gesellschaftlichen Wandels	121
8. Fazit: Partizipation oder Scheindemokratie? Die Zukunftswerkstatt als Instrument zur (Re-)Politisierung und Demokratisierung der Gesellschaft.....	123
Literatur- und Quellenverzeichnis	127
Abbildungsverzeichnis.....	132
Abkürzungsverzeichnis.....	133

Der Inhalt der Physik geht die Physiker an, die Auswirkung alle Menschen.
Was alle angeht, können nur alle lösen.
Jeder Versuch eines Einzelnen, für sich zu lösen, was alle angeht, muß scheitern.

(Friedrich Dürrenmatt, Die Physiker)

1. Einleitung

„Politische und soziale Probleme der heutigen Zeit werden immer komplexer, gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge durch globale Netzwerke schwerer verständlich und der Mensch als handelndes Subjekt gerät dadurch immer weiter in den Hintergrund.“ Diese oder ähnliche Aussagen sind in der landläufigen Meinung, in allabendlichen politischen Diskussionsrunden, aber auch in wissenschaftlichen Diskursen viel verwandte Phrasen, die sich leicht daher sagen lassen und allerorten breite Zustimmung finden. Wie aber diese Probleme im Zeitalter von Postmoderne und Enttraditionalisierung, von Individualisierung und Entfremdung, von Globalisierung und lokaler Spezifizierung, von Entpolitisierung und Renaissance des Politischen, von gesellschaftlichem Wandel und Diskontinuitäten gelöst werden sollen – darauf vermag niemand konkrete Antworten zu geben. Wirklich niemand?

Die Berliner Regisseure Jörn Hintzer und Jakob Hüfner sorgten im Jahr 2005 auf der Berlinale mit ihrem Film „Weltverbesserungsmaßnahmen“ für Furore. Dabei ist der Name des Films gleichzeitig Programm: In insgesamt acht kurzen Episoden-Filmen werden Vorschläge zur Lösung aktueller politischer Probleme unterbreitet.

Die „Stiftung für Leihgeschwister“ vermittelt Langzeitarbeitslose als „Leihgeschwister“ zu Einzelkindern. Davon profitieren alle: die Kinder, die somit einen Spielgefährten gewinnen, die Langzeitarbeitslosen, die wieder eine sinnstiftende Tätigkeit erhalten und natürlich auch die Eltern, die somit mal wieder Zeit für sich haben.

Der „sorbische Euro“ ist regionales Geld mit Verfallsdatum und trägt dazu bei, dass die sorbische Minderheit in Brandenburg und Sachsen vom „Geiz ist Geil“ – Denken und Sparsucht befreit wird und somit wieder mehr konsumiert wird. Das Ziel einer starken Regionalwirtschaft, aber auch der Fortbestand der sorbischen Minderheit wird auf diesem Weg verfolgt.

Das „Outdoor-Büro“ denkt sich die Stadt als Bürogebäude: Stressgeplagte Personalmanager, die es Leid sind, Personal zu entlassen, weil die Produktionskosten zu hoch sind, wird der Vorschlag unterbreitet, in Zukunft unter freiem Himmel zu arbeiten. Die Bürokosten werden dadurch immens gesenkt, das Unternehmen befindet sich in einer zentralen Lage und ist so kundenfreundlicher. Zugleich muss kein Personal mehr entlassen werden: Mehr Wachstum wird durch mehr Beschäftigung garantiert.

Hintzer und Hüfner liefern zahlreiche Ideen, mit deren Umsetzung sofort begonnen werden könnte. Sie trotzen dem Slogan des pragmatischen Altkanzlers Helmut Schmidt

(„Wer Visionen hat, sollte lieber gleich zum Arzt gehen“) und schaffen mit diesem Film ein Instrument „zum langsamen Trainieren des Utopiemuskels.“¹

Die Diskussion im politischen Raum, das Aufzeigen von Alternativen, das Streitbare und Diskutierwürdige wird durch „Weltverbesserungsmaßnahmen“ wieder hervorgebracht. Hintzer und Hübner geben auf alltägliche Fragen unkonventionelle Antworten und sorgen somit für eine Rückkehr des Politischen. Margaret Thatchers Politikstil („There is no alternative“), welche die moderne Politik der letzten 20 Jahre prägte, bedeutet de facto eine Abwendung vom Politischen: Nicht die Diskussion und der Wettbewerb der besten Ideen, sondern das Befolgen einer einzigen Richtlinie, zu der es angeblich keine Alternative gibt, ist zum Credo der Politik geworden. Die Regisseure von „Weltverbesserungsmaßnahmen“ propagieren das Gegenteil: Raus aus dem Jammertal der politischen Ohnmacht und rein in die aktive, kreative Gestaltung.

„Man liest in den Zeitungen oder hört von Politikern immer nur das Gleiche. Ich hab das Gefühl es geht gar nichts mehr anderes und diese Gleichschaltung, dass alle sagen, das muß so gemacht werden und das gar nicht mehr über etwas anderes nach gedacht wird, das stört mich so.[...] Man fühlt sich auch so hilflos. Und diese Hilflosigkeit, um mal einen Bogen zu schlagen, war ja auch für unseren Film irgendwie wichtig. Man will sich ausdrücken. Man wollte sich ausdrücken und mal was dagegen machen und das ist halt dieser Film geworden so.“²

Schlagen wir den Bogen zur vorliegenden Arbeit: Ihre zentrale Frage ist, ob die pädagogische Methode der Zukunftswerkstatt nach Robert Jungk ein geeignetes Instrument zur (Re-)Politisierung und Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen ist und somit auch ein Mittel für „Weltverbesserer“ sein kann, um die drängenden Fragen der Zukunft anzunehmen. Ist sie geeignet, Auswege aus der Alternativlosigkeit zu formulieren, und gleichzeitig die Demokratie neu zu beleben? Damit wird gleichzeitig eine Krise des gegenwärtigen repräsentativ-demokratischen Systems postuliert, welches ich in Kapitel 2 analysieren werde. Zusätzlich wird der Begriff der Politik definiert und die gegenwärtige Bereitschaft zur politischen Partizipation, insbesondere bei Jugendlichen, näher untersucht. Anhand der Schriften Theodor W. Adornos wird bereits gegen Ende des zweiten Kapitels der Versuch unternommen, Ansätze und Prinzipien zur Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins vorzustellen.

¹ vgl. hierzu auch http://www.berlinale.de/de/archiv/jahresarchive/2005/02_programm_2005/02_Filmdatenblatt_2005_20050300.php; Stand: 16.05.2007

² Der Regisseur Jörn Hintzer in einem Interview mit dem Sender Arte im März 2005. vgl. hierzu <http://www.arte.tv/de/kunst-musik/tracks/20050203/801098.html>; Stand: 15.05.2007

Es folgt eine Einführung in die Dimension der Partizipation. Anhand der Sozialen Arbeit, der Stadtplanung, der Ökonomie und der Politik werden vier verschiedene Anwendungsfelder skizziert, in denen die partizipative Bühne bereits bespielt wird, und die in diesem Sinne auch den Begriff der „Zivilgesellschaft“ generiert. Zum zivilgesellschaftlichen Handeln zählen allerdings nicht nur per Gesetz verankerte Formen der Partizipation, sondern auch die „Non-Governmental-Organizations“ (NGOs).

In Kapitel 4 werden dann einige ausgewählte partizipative Verfahren vorgestellt, um die Vielfältigkeit kreativer Großgruppenverfahren herauszuheben, bevor in Kapitel 5 die Zukunftswerkstatt als „Klassiker“ emanzipatorischer Partizipationsverfahren ausführlich vorgestellt wird. Es wird intensiv auf die theoretischen Grundlagen aus den Bereichen der Pädagogik und der Psychoanalyse eingegangen. Ihre methodische Ausformung wird jedoch nur peripher behandelt. Wichtiger für die vorliegende Arbeit ist die gesellschaftspolitische Intention von Robert Jungk bei der Erfindung der Zukunftswerkstatt, sowie die Politisierungsversuche in gruppodynamischen Modellen, beispielsweise bei Ruth Cohn.

Im nächsten Kapitel erfolgt ein Projektbericht einer Zukunftswerkstatt, die von meiner Kommilitonin Mirjam Schmidt und mir im September 2006 in einem Kasseler Quartier durchgeführt wurde. Anhand dieser Fallstudie sollen dem Leser die Prozessverläufe einer Zukunftswerkstatt erläutert, sowie die entwickelten Kriterien emanzipatorischer Partizipation mittels eines rekonstruierenden Verfahrens aufgezeigt werden. Ebenso wie in Kapitel 5 stehen hier nicht methodische Detailfragen, sondern die nachhaltige Wirkung eines Partizipationsgefühls im Mittelpunkt des Interesses.

Kapitel 7 behandelt die Vor- und Nachteile von Gruppen- und Expertenentscheidungen und fragt nach der Rolle der Eliten vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Transformationsprozesses von der Industrie- zur Wissensgesellschaft.

Im abschließenden Fazit versuche ich die oben genannte Fragestellung, ob die Zukunftswerkstatt zur politischen Entscheidungsfindung beitragen kann, zu beantworten. Außerdem werde ich erläutern, ob und wie sich durch das demokratisierende Element einer Zukunftswerkstatt Formen gesamtgesellschaftlicher Teilhabe ergeben.

Aus Gründen der Lesbarkeit werde ich im Folgenden auf eine geschlechtsneutrale Schreibweise verzichten. Konstruktionen wie „Bürger/innen“, „TeilnehmerInnen“ oder „Wählerinnen und Wähler“ werden aufgrund ihrer Schwerfälligkeit vermieden, außer es gibt im konkreten Fall einen geschlechtsspezifischen Bezug. Ansonsten ist sowohl die männliche, als auch die weibliche Form, gleichermaßen gemeint.

Offensichtliche Fehler sowie die alte Rechtschreibung in Zitaten in der von mir verwendeten Literatur werden buchstabengetreu in die Arbeit übernommen. Dies gilt auch für die geschlechtsneutrale Schreibweise.

2. Politische Partizipation – Wieviel Gewalt geht vom Volk aus?

2.1. Über die Notwendigkeit von politischem Engagement – was bedeutet „Politik“?

Seit Jahren beweisen unterschiedliche Studien immer wieder aufs Neue den Rückgang des politischen sowie des sozialen Engagements vor allem in jüngeren Alterskohorten. Es ist häufig die Rede einer gesamtgesellschaftlichen Ablehnung von herkömmlichen, konventionellen Formen der Politikgestaltung. Wie sich diese angeblich vollziehende Verdrossenheit äußert, werde ich im nachfolgenden Abschnitt aufzeigen. Zunächst möchte ich mich aber erst mal dem zu Grunde liegendem Gegenstand widmen: Dem Begriff der Politik. Was bedeutet „politisches Engagement“ bzw. was fällt alles unter diesen Begriff? Von was sprechen Autoren dieser Studien, wenn sie von einer „Entpolitisierung“ und dem damit verbundenem „Rückzug ins Private“ sprechen?

Der Philosophin Hannah Arendt zufolge beruht Politik auf der Interaktion der verschiedenen Individuen in einem Raum, den Arendt „Welt“ nennt. Politik entsteht demnach immer dann, wenn Menschen mit ihren unterschiedlichen Sichtweisen zueinander in Beziehung treten. Dabei geht sie davon aus, dass der Mensch an sich a-politisch ist und das „Politik in dem ‚Zwischen den Menschen‘, also durchaus außerhalb des Menschen“³ entsteht. Eine wichtige Bedingung dafür ist die Anerkennung der Pluralität der Menschen. Dabei greift sie indirekt auch theologische und historische Sichtweisen an, welche die Vorstellung *einer* Weltgeschichte propagieren. Dies sei so nicht möglich, denn „durch die Vorstellung einer Weltgeschichte wird die Vielheit der Menschen in *ein* Menschenindividuum zusammengeschmolzen“.⁴ Die Weltgeschichte, wie Arendt sie beschreibt, ist allerdings nicht das Werk eines Einzelnen, sondern Resultat von Interaktion zwischen Menschen, also von Politik. Arendts Politikbegriff ist dabei sehr umfassend. Was sie bereits für eine politische Handlung hält, mögen andere wahrscheinlich einfach unter dem Gesellschaftsbegriff verorten. Arendts Anliegen besteht aber darin, einen erweiterten Politikbegriff zu prägen, der über konventionelle Formen von Politikgestaltung (Regierungsapparate, Parteien, Institutionen, etc.) hinausgeht und mit dem sie ausdrücken möchte, das jegliches Handeln in der Welt auch ein politisches Handeln ist.⁵

Für Aristoteles ist die Interaktion der Individuen eine unbedingte Notwendigkeit: Den Menschen außerhalb der „*polis*“ (Gemeinschaft von Bürgern), betrachtet er als wildes

³ Arendt, Hannah: Was ist Politik? – Fragmente aus dem Nachlaß, München, 2003; S. 11

⁴ a.a.O.; S. 12

⁵ Anm.: Das Verständnis von dem erweiterten Politikbegriff Arendts wird im Laufe der Arbeit auch implizit immer wieder auftauchen, wenn es um die Formen der Politikgestaltung geht, und sollte daher immer mitgedacht werden.

Tier, dass gierig nach Krieg ist. Gleichermaßen ist der Mensch nach Aristoteles aber auch auf das gemeinsame Leben unter seinesgleichen angewiesen, er ist ein „zoon politikon“, ein politisches Lebewesen, dessen Sinn des Daseins über Fortpflanzung und Selbsterhaltung hinausgeht. Nur innerhalb der „polis“ ist es dem Menschen möglich, diese Gier zu überwinden.⁶ Aber ist die bloße Interaktion mit dem Umfeld bereits eine Form der Politik? Diese Frage wird im Verlauf der Arbeit weiter diskutiert, insbesondere, wenn es später um zivilgesellschaftliches Handeln und die Unterscheidung zwischen sozialem und politischem Engagement geht.

Bei der Betrachtung Hannah Arendts spielt ihre eigene Biographie eine wichtige Rolle. Arendt schrieb die Fragmente über den Sinn von Politik nach dem Erleben von zwei Weltkriegen und während der, sich in der Nachkriegszeit ankündigenden neuen Bedrohung in Gestalt des atomaren Wettrüstens. In der Moderne, gekennzeichnet durch die automatisierten Prozesse zwischenmenschlicher Beziehungen, systematischen Abläufen von Produktionsprozessen, Verdinglichungen und Entfremdungen, sieht Arendt die Gefahr, dass der Mensch als Mensch sich überflüssig macht oder gemacht wird. Die Moderne schafft sich bürokratische Strukturen, reduziert die freien Individuen in die Eindimensionalität, misst den Menschen an marktwirtschaftlichen Kriterien und stellt dabei das Subjekt in den Hintergrund. Dabei umfasst die Bürokratie in dem Fall mehr, als man sich auf den ersten Blick vorstellt: Einer von vielen bürokratischen Aspekten ist die *Systematik*. Und so kann auch Auschwitz, auf Grund des systematischen Tötens von Millionen von Menschen unter marktwirtschaftlichen Kriterien wie z.B. der Effizienz, als ein Aspekt moderner Bürokratien bezeichnet werden. Nach Zygmunt Bauman war Auschwitz kein Ausrutscher, sondern vor allem Resultat moderner Gesellschaften: „Gerade die bürokratische Kultur, die Gesellschaft ja als administratives Objekt und Konglomerat von ‚Problemen‘ begreift, die einer Lösung harren, schuf die Atmosphäre, in welcher der Gedanke des Holocaust langsam, aber kontinuierlich reifen und zur Vollstreckung gebracht werden konnte.“⁷

Der Mensch wird vollkommen automatisiert und schafft sich demnach ebenso automatisierte Systeme. Eine Vernichtungsmaschine wie Auschwitz funktioniert demzufolge vom Prinzip her nicht anders wie eine Behörde, wie wir sie heutzutage kennen: Der Mensch wird reduziert auf eine Nummer, die eigene Identität wird belanglos, die Abfertigung verläuft wie am Fließband. Dabei stellt Baumann klar, dass dies nicht zwangsläufig so geschehen muss, aber die moderne Bürokratie die Voraussetzungen

⁶ vgl. Höffe, Otfried: zoon politikon / politisches Lebewesen, in: Höffe, Otfried (Hrsg.): Aristoteles-Lexikon, Stuttgart, 2005; S. 620f.

⁷ Bauman, Zygmunt: Dialektik der Ordnung – die Moderne und der Holocaust, Hamburg, 1992; S. 32

dafür mitbringt. Hannah Arendt spricht in diesem Fall zustimmend von der „Herrschaft durch die Anonymität der Büros“⁸, die sie sogar als noch despotischer empfindet, da hier niemand die Verantwortung trage. Die bedeutenden politischen Entscheidungen werden heutzutage in bürokratischen Monstren wie z.B. Parlamenten, Ministerien oder kommunalen Verwaltungen getroffen und umgesetzt, wie Bauman und Arendt sie beschreiben. Sie sind so komplex, dass der Mensch sie nur schwer zu verstehen vermag. Durch die Struktur der Bürokratisierung wird die Entfremdung der Menschen vom Politischen gleichzeitig mitproduziert.

Man könnte demnach zu dem Schluss kommen, dass sich nach dem Holocaust am Bewusstsein der Menschen nichts geändert habe. Nur zum besseren Verständnis: Baumans Ausführungen bedeuten keine Entwertung der gewaltsamen Verbrechen des faschistischen deutschen Regimes, sondern sind im Gegenteil eine deutliche Kritik an den heutigen Lebensumständen in modernen bürokratischen Zusammenhängen. Als greifbarer Vergleich aus der heutigen Zeit sei an dieser Stelle die Abschiebep Praxis in Deutschland genannt, ein Resultat aus blindem Befehl und Gehorsam, Pflichterfüllung, Reduzierung des Menschen in die Eindimensionalität und der damit einhergehenden Ausklammerung des individuellen Schicksals. Beide Systeme, das faschistische und das modern-kapitalistische, haben die bürokratisch-moderne Systematik gemeinsam, derer sich beide bedienen. Nichts ist der Willkür überlassen, alles geschieht nach Plan und aus scheinbaren Sachzwängen. Dies ist ein Resultat des überflüssig gemachten Subjekts, bei dem alles ausgeschaltet wurde, was nicht voraussagbar gewesen wäre, nämlich auf menschlicher Seite die Spontaneität.⁹

Nach Hannah Arendt ist die Behauptung, die nationalistische Herrschaft sei eine Zeit gewesen, in der die Menschen überaus politisiert waren (wenngleich auch auf unmoralische Weise) falsch. Da das politische Geschehen totalitär und zudem äußerst homogen bestimmt war, hat es nach Arendt sogar viele a-politische Züge, da Politik immer von der Vielfalt der Menschen lebt. Wenn heutzutage im Zuge der vermeintlichen Entpolitisierung von einem „Rückzug ins Private“ gesprochen wird, sollte man sich der Tatsache bewusst werden, welche gesellschaftlichen Konsequenzen damit verbunden wären, wenn dem so sein sollte: Ein Teil des „Privaten“ bedeutet immer den Rückzug in die eigenen familiären Strukturen. Die Familie, unter Soziologen häufig als eine Miniatur-Gesellschaft verstanden, wird aber gerade eben diese Vielfalt, die Arendt für das Politische so unabdingbar hält, nicht zulassen, da die Familie Pluralität und Vielfalt aufzuheben scheint und Meinungen angepasst werden, welches durch den Begriff der

⁸ Arendt, Hannah: Was ist Politik? – Fragmente aus dem Nachlaß; S. 14

⁹ vgl. a.a.O.; S. 144

„Verwandtschaft“ auch sprachlich untermauert wird.¹⁰ Diese Homogenisierung würde in diesem Sinne auch ein Rückzug ins A-Politische bedeuten, wenn man Politik nur in einem konventionellem Sinne verstehen mag. Dies hätte zur Folge, dass die Beherrschten das politische Feld den Herrschenden überließen und sie wohlmöglich sogar auf die Kontrolle der Herrschenden verzichten würden. Erweitert man aber den Politikbegriff im Arendt'schen Sinne, müsste sie auch selbst zugeben, dass sich Politik verlagern kann – auch in die private Sphäre, in die Familie.

Die Biographie von Robert Jungk ist derer Hannah Arendts recht ähnlich. Der aus Berlin stammende Zukunftsforscher beschäftigte sich seit Beginn des atomaren Wettrüstens mit der Problematik des Nicht-Handelns der Menschen. Jungk suchte die Schuld aber keinesfalls beim Individuum allein, sondern warf den herrschenden Eliten vor, die „normale“ Bevölkerung nicht ausreichend an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren zu lassen. Als jüdischer Emigrant hatte Jungk in seinem Leben schon einmal demokratische Strukturen zusammen brechen sehen und somit war die Nachkriegszeit für ihn, wie für viele andere auch, mit der elementaren Frage verbunden, wie Strategien aussehen könnten, damit sich Auschwitz und ähnliche, dem Totalitarismus entsprungene Grausamkeiten, nicht wiederholen. Diese Gefahr sah Jungk aber mit der technischen Weiterentwicklung der Atombombe bereits kurz nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wachsen. In seinem Buch „Der Atom-Staat“ schreibt Jungk: „Zur Debatte steht nicht nur die künftige Form der Energieversorgung, sondern auch die der Herrschaft. Der Konflikt geht nicht nur um eine bestimmte Technik, sondern um alle Erscheinungsformen und Machteinflüsse der großindustriellen Technologie.“¹¹

Jungk sah also die Gefahr, dass die technische Weiterentwicklung, die im Großen und Ganzen der Menschheit Fortschritt, Sicherheit und Wohlstand bringen sollte, in Wirklichkeit dem einzelnen Individuum mehr schadet als nutzt. Dabei stand in Jungks Blickpunkt weniger die drohende atomare Katastrophe, als vielmehr die Tatsache, wie die sogenannten Experten-Entscheidungen der Politik auf den Weg gebracht wurden, nämlich durch die ungerechte Verteilung von Macht und Zugängen zu Macht. Jungk bezeichnet dies als den „harten Weg“. Dieser hat „zur Konzentration der Macht in den Händen weniger Personen geführt, zu einer wachsenden Kluft zwischen ‚Reichen‘, die ihres Reichtums nicht froh werden, und Armen, die verarmen, weil sie sich nicht einmal selber helfen können. Es ist ein Weg, der immer tiefer in Entfremdung, Kälte, Isolation und Feindschaft hineinführt.“¹² Jungks Gegenvorschlag ist der „sanfte Weg“, der im

¹⁰ a.a.O.; S.10f.

¹¹ Jungk, Robert: Der Atom-Staat – Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München, 1977; S.

147

¹² a.a.O.; S. 12

gegenseitigem Zuhören, der Empathie und der Partizipation aller Menschen an gesamtgesellschaftlichen Angelegenheiten liegt.

Damit vertritt Jungk eine ähnliche Meinung wie auch Arendt, die Politik ebenfalls als ein Sich-Einmischen in die Welt und der Aufgabe der „Ich-kann-sowieso-nichts-ändern“ – Haltung begreift. Ebenso teilen beide die Auffassung, dass Politik erst durch die Vielfalt, die Widersprüche sowie durch die Heterogenität der Meinungen entsteht.

Arendt beantwortet in ihren Fragmenten die Frage: „Was ist der Sinn von Politik?“ ganz einfach mit dem Begriff der Freiheit. Unter Berücksichtigung totalitärer Staatsformen im 21. Jahrhundert sowie der, zu jener Zeit, aktuellen Entwicklungen moderner Vernichtungsmöglichkeiten, deren Macht ebenfalls wieder bei den Staaten zentriert ist (und damit wieder bei bürokratischen Systemen, wie sie Bauman oben beschreibt), ist das Ziel der Freiheit also nur allzu verständlich.¹³

Allerdings gibt es an dieser Stelle unterschiedliche Auffassungen und Definitionen von Freiheit. So bezeichnet Herbert Marcuse das gegenwärtige kapitalistische System eher als eine Gleichschaltung, denn als Freiheit. Diese Gleichschaltung ist nicht als eine terroristisch-politische, sondern als eine ökonomisch-technische Gleichschaltung zu verstehen.¹⁴ Ziel ist es also nicht, die Menschen in ihrem Denken gleichzuschalten, welches durch die normative Anspruchslosigkeit kapitalistischer Systeme auch gar nicht nötig ist, sondern sie an die Gesetze des Marktes zu binden. Marcuse sieht also in dem modernen Freiheitsbegriff vor allem die Freiheit des Marktes, denn „wäre das Individuum nicht mehr gezwungen, sich auf dem Markt als freies ökonomisches Subjekt zu bewähren, so wäre das Verschwinden dieser Art von Freiheit eine der größten Errungenschaften der Zivilisation.“¹⁵ Die Bedeutung dieser Art von Freiheit bemisst Marcuse selbst einen utopischen Charakter bei.

Resümierend lässt sich folgendes festhalten: Politik bedeutet immer das „Sich-Einmischen“ und die Partizipation der Vielen am Gemeinwohl. Dies entsteht grundsätzlich durch die Interaktion der Menschen untereinander. Nach Aristoteles gibt es dabei sogar ein Bedürfnis für diese Interaktion, welches im Menschen selbst angelegt ist. Arendt betrachtet den Menschen hingegen grundsätzlich als a-politisch, der erst durch die Auseinandersetzung mit der Welt politisch wird. Dabei gibt es in der Vielzahl der Menschen ein großes Wissen über politische Belange, welches aber in konventionellen politischen Entscheidungsprozessen nicht berücksichtigt wird. Aber die Politik, bzw. das,

¹³ vgl. Arendt, Hannah: Was ist Politik? – Fragmente aus dem Nachlaß; S. 28

¹⁴ Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch – Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, in: Marcuse, Herbert: Schriften, Band 7, Frankfurt/Main, 1967; S. 23

¹⁵ a.a.O.; S. 22

was Hannah Arendt unter Politik versteht, ist gerade wichtig für das Erlangen individueller Freiheit, die im vergangenen Jahrhundert durch totalitäre Regime und politische Fremdbestimmung des Öfteren ausgehöhlt wurde. Die Zeiten von Jungk und Arendt haben sich verändert, doch nach wie vor leben die Menschen in der Europäischen Union (und so auch in der Bundesrepublik Deutschland) in einer Angst vor Kriegskatastrophen oder Terroranschlägen. Inwieweit hier erneut Freiräume eingeschränkt werden, die Arendt als notwendig für die politische Gestaltung erachtet, und wie sich das politische Engagement als solches gestaltet, wird im Nachfolgenden thematisiert.

2.2. Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitwirkung mit dem Fokus auf die Jugendlichen

Nachdem sich der erste Teil dieses Kapitels mit der Notwendigkeit politischen Engagements und der theoretischen sowie philosophischen Bedeutung von Politik beschäftigt hat, soll dieser Abschnitt anhand empirischer Daten verdeutlichen, wie es gegenwärtig um die Bereitschaft zur gesellschaftlichen und politischen Mitwirkung bestellt ist. Wie also sieht die Realität politischem Engagements¹⁶ aus und welche Auswirkungen hat dies auf den Zustand der Demokratie? Welche Rolle spielt dabei die jüngere Generation im Hinblick auf das derzeitige Verständnis von politischem Engagement?

Die Stabilität einer Demokratie lässt sich vor allem daran erkennen, wie mitwirkungsbezogen ihre Mitglieder sind. Das im Grundgesetz festgeschriebene Bekenntnis zur Volkssouveränität gerät dann in Gefahr, wenn ihre Mitglieder nicht mehr bereit sind, sich an denen für sie vorgesehenen Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Seit dem Anschluss der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990 lässt sich ein kontinuierlicher Rückgang der Wahlbeteiligung als einer Form von politischer Partizipation verzeichnen: So gingen zur Bundestagswahl 2005 nur noch 77,1% der Bürgerinnen und Bürger zur Wahlurne – so wenig wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bei Landtags- und Kommunalwahlen in den einzelnen Ländern und Gemeinden ist die Beteiligung noch deutlich geringer.¹⁷ Dies bedeutet, dass es politisch-hierarchisch gesehen einen Trend von „oben“ nach „unten“ gibt. Davon ausgenommen sind die generell noch schlechteren Wahlbeteiligungen bei Europawahlen.

Schenken die Menschen den bundespolitischen Entscheidungen noch verhältnismäßig viel Beachtung, so erachten sie kommunale Entscheidungen als unwichtig. So gaben am 26.02.2006 zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig gerade einmal 31,7% der Leipziger Bürger ihre Stimme ab. Wenn man nun die Nichtwähler, die Nicht-Wahlberechtigten (Kinder, Jugendliche, nicht EU-Ausländer, etc.), sowie die Wähler der anderen Kandidaten subtrahiert, ist der neue Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) gerade einmal von ca. 13% der Leipziger Bürger gewählt worden, also von ca. jedem Zehnten.¹⁸

¹⁶ Anm.: Im Nachfolgenden wird politisches und gesellschaftliches Engagement oft als ein Begriff verwendet. Dies ist notwendig, wenn man das Verständnis von zivilgesellschaftlichem Engagement über den konventionellen Rahmen (Wahlen, Parteiarbeit, etc.) hinaus beschreiben möchte. Eine genauere Differenzierung wird daher erst in Kap. 3.4 getroffen, wenn es um die Zivilgesellschaft geht.

¹⁷ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004, Bonn, 2004; S. 175

¹⁸ vgl. <http://www.leipzig.de/de/buerger/politik/wahlen/obm/wahl2006/06894.aspx>; Stand : 28.02.06; und eigene Berechnungen

Um den Vorwurf der Demokratieverdrossenheit gerade unter Ostdeutschen zu entkräften, schreibt Burow, dass „der Kasseler Oberbürgermeister [...], bei einer Wahlbeteiligung von ca. 40% von ca. 80% der Bürger/innen nicht gewählt wurde“.¹⁹ Betrachtet man die Zahlen aus dieser Perspektive, sprechen sie natürlich eine ganz andere Sprache, als es in den Medien vermittelt wird, wenn dort von Wahlsiegen durch das Erzielen von politischen Mehrheiten die Rede ist. Die demokratische Legitimation dieser Oberbürgermeister ist bei einer solch geringen Wahlbeteiligung äußerst fragwürdig.

Ebenso lässt das Engagement der Menschen für politische Belange im konventionellen Sinn weiter nach. Parteien, deren Aufgabe es ist, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, verlieren immer mehr an Mitgliedern.²⁰ So hat die SPD, in den 70er Jahren noch mit über einer Millionen Mitglieder, mittlerweile knapp 40% ihrer Mitglieder verloren.²¹ Auch die Partizipation in anderen, subpolitischen²² Organisationen, also Formen bürgerschaftlichen Engagements, wie beispielsweise die Gewerkschaften oder Kirchen, lässt nach.²³ Davon ausgenommen sind politische Akteure wie Greenpeace oder Amnesty International.²⁴ Zum Einen sind diese Verbände noch zu jung, zum Anderen gibt es bei diesen Organisationen weniger feste Mitgliedschaften, als vielmehr Sympathisanten, welche die Projekte zwar ideologisch und finanziell stützen, sich aber nicht im Sinne einer Mitgliedschaft an die Gesamtorganisation binden. Solch subpolitische, transnationale Organisationen können durchaus als zukunftsweisend betrachtet werden.²⁵

Auf den ersten Blick wirken die Zahlen und Fakten wie eine vollkommene Entpolitisierung der gesamten Gesellschaft. Jedoch lohnt es, sich der Thematik näher zu widmen, denn sie wirft auch viele Fragen auf: Wodurch kommt der Rückgang des politischen Interesses? Gibt es überhaupt einen Rückgang oder verlagert sich das politische Interesse nicht eher auf neue, unkonventionelle Formen gesellschaftlichen Engagements, wie z.B. subpolitischen Organisationen in Formen der eben erwähnten NGO's? Was muss getan werden, um das demokratische System neu zu beleben? Um diese Fragen zu

¹⁹ Burow, Olaf-Axel/Pauli, Bettina: Von der Expertenzentrierung zur Weisheit der Vielen: Die Bürgerkonferenz als Instrument partizipativer Politikberatung; in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik - Dokumentation einer Bürgerkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2006; S. 36

²⁰ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004; S. 177f.

²¹ eigene Berechnungen

²² Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/Main, 1997; S. 69

²³ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004; S. 179ff.

²⁴ Diese Organisationen gehören zu den Non-Governmental-Organisations (NGOs) und werden deutlicher in Kap. 3 vorgestellt.

²⁵ vgl. hierzu dann auch Kap. 3.4

beantworten ist es sinnvoll, den Fokus verstärkt auf die jüngere Generation zu legen und sich zunächst deren Lebenswelt bewusst zu machen.

2.2.1. Die zu Grunde liegende Lebenswelt der „pragmatischen Generation“

Die Autoren der 15. Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2006, Klaus Hurrelmann und Mathias Albert, skizzieren den jugendlichen Lebensstil als einen durchweg pragmatischen, der geprägt ist durch Leistungsbereitschaft, Engagement und eine Orientierung an den konkreten und naheliegenden Problemen. Die persönliche Zukunft wird dabei von den meisten Jugendlichen als weitestgehend positiv eingeschätzt. Dabei spielt die Familie eine herausragende Rolle. So geben ca. 90% der Jugendlichen an, dass sie ein gutes Verhältnis zu ihren Eltern besitzen.²⁶

Auffällig ist allerdings die Bedeutungen der sozialen Schichtzugehörigkeit und des Bildungsniveaus auf nahezu allen untersuchten Bereichen. Die im Jahr 2006 auf Grundlage einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aufkommende Debatte um die sogenannte „neue Unterschicht“ findet sich auch in den Ergebnissen von Hurrelmann und Albert wieder. Die Studie der FES, „Gesellschaft im Reformprozess“, verfolgte die Aufgabe, Wertpräferenzen in der Gesellschaft festzustellen und herauszufinden, welche politischen Typen aus diesen Präferenzen entstehen. Dabei stellten die Autoren u.a. eine Gruppe „abgehängtes Prekariat“ fest, welche geprägt ist „von sozialem Ausschluss und Abstiegsenerfahrungen. Diese Gruppe hat einen Anteil berufsaktiver Altersgruppen, weist den höchsten Anteil an Arbeitslosen auf und ist zugleich ein stark ostdeutsch und männlich dominierter Typ.“²⁷ Zwar lag beiden Studien ein unterschiedlicher Stichprobenumfang zu Grunde und auch die Forschungsabsicht beider Studien unterscheidet sich voneinander – dennoch ergänzen sie sich, denn viele, in der Shell-Jugendstudie untersuchten Faktoren, hängen mit dem Begriff des „abgehängten Prekariats“ zusammen: So können die beiden Autoren der Shell-Jugendstudie nachweisen, dass selbst das schädliche Gesundheitsverhalten der Jugendlichen (ungesunde Ernährung, täglicher Konsum von Cola/Limonade, mangelnde körperliche Bewegung, regelmäßiger Zigarettenkonsum) abhängig von der sozialen Schichtzugehörigkeit ist. Jugendliche aus der Unterschicht verhalten sich demnach um einiges gesundheitsschädlicher als ihre Altersgenossen der Oberschicht.²⁸ Aber auch auf den Gebieten der Einstellung zu Familie, Freizeitgestaltung, dem alltäglichen Umgang mit

²⁶ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck: Die 15. Shell-Jugendstudie, Frankfurt/Main, 2006; S. 15ff.

²⁷ vgl.: http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061016_Gesellschaft_im_Reformprozess.pdf Stand: 16.12.06; Anm.: Die offizielle Vorstellung der Studie stand zu diesem Zeitpunkt noch aus, allerdings waren die Informationen über die Studie an dieser Stelle bereits hinreichend gegeben (s. Website FES)

²⁸ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006; S. 16

Vorurteilen und Diskriminierung ist das Verhalten geordnet nach der jeweiligen Schichtzugehörigkeit und dem formellen Bildungsniveaus.

Eine Kausalität ist somit gegeben, schließlich reproduziert sich Ungleichheit erneut im Elternhaus. Bezogen auf die Freizeitgestaltung verbringt ein aus der Oberschicht stammender Jugendlicher seine Freizeit eher mit Lesen und anderen eher bildenden Beschäftigungen, als ein Jugendlicher aus der Unterschicht. Die bestehende Ungleichheit wird im Elternhaus also durch die Förderung bzw. die Vernachlässigung der Eltern entschieden verstärkt.

Generell und durch alle Schichten hindurch zeigen sich die Jugendlichen besorgt von Faktoren wie Armut und Arbeitslosigkeit. Das Pflichtbewusstsein der Jugendlichen ist an dieser Stelle enorm hoch. So sagen schließlich 78% der Jugendlichen, dass die Gesellschaft ihre Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt intensivieren muss.²⁹

Trotz allen pragmatischen Eigenschaften sehen Hurrelmann und Albert die Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 25 Jahren nicht ausschließlich als eine Generation von Egozentrikern. In der Shell-Jugendstudie von 2002 skizzierten die Autoren bereits vier verschiedene Typen unterschiedlicher Wertorientierungen: Dabei stellen sie die Idealisten den Materialisten und die Macher den Unauffälligen gegenüber.³⁰ Diese Unterscheidung können die Autoren weiterhin aufrecht erhalten: Idealisten zeichnen sich durch hohe Moral- und Wertvorstellungen aus, während die Materialisten eher egozentrisch und nur für ihren eigenen Vorteil arbeiten. Die Macher sind hingegen gekennzeichnet durch eine hohe Bereitschaft zum Engagement auch für soziale Zwecke, aber vor allem für ihr eigenes Weiterkommen. Den Unauffälligen hingegen fehlt dieser Tatendrang und sie treten auf Grund von mangelndem Selbstbewusstsein und Schüchternheit so gut wie nie in Erscheinung. Auffällig ist ebenso, dass es eine Unterscheidung in den Lebenskonzepten bezüglich der Geschlechter gibt: Zeichnen sich die Mädchen eher durch ein höheres Maß an sozialem Bewusstsein mit der Betonung von sozialen Bindungen und Normen aus, entwerfen die Jungen eher ein von Konkurrenz und Wettstreit orientiertes Lebenskonzept.³¹ Doch auch hier gilt: Die zu Grunde liegende Werthaltung ist stärker bestimmt durch die Faktoren Bildungsaspiration und Schichtzugehörigkeit, die, wie bereits erwähnt, sich auch untereinander stark beeinflussen, und weniger durch Faktoren wie Alter oder Geschlecht.

²⁹ a.a.O.; S. 120

³⁰ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2002 – Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus: Die 14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt/Main, 2002; S. 160ff.

³¹ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006; S. 24

2.2.2. Gesellschaftspolitisches Engagement und/oder ego-zentrierter Pragmatismus?

Die Faktoren soziale Lage und Bildungsniveau spielen auch bei der Bereitschaft zu politischem und sozialem Engagement eine große Rolle, wie die Autoren der Shell-Jugendstudie herausfinden konnten.

Zunächst ist aber innerhalb der empirischen Jugendforschung das Faktum der Verabschiedung von konventionellen Formen der Politikgestaltung Voraussetzung für das Verständnis der jüngeren Generation. Die institutionalisierte Form der Politik stellt „für die Mehrheit der Jugendlichen keinen eindeutigen Bezugspunkt mehr dar, an dem man sich orientiert, persönliche Identität gewinnt oder sich auch selber darstellen kann“.³² Dies unterscheidet die heutige Alterskohorte grundlegend von der so genannten „68er-Generation“ aber auch der „Generation Golf“, wengleich letztere eine solch a-politische Einstellung vertraten, dass man dies schon als politische Aussage interpretieren kann. Diese Abwendung hat sich langsam vollzogen, so beschrieb Hoffmann-Lange bereits Mitte der 90er Jahre (also ungefähr zur Zeit der späteren Jugendphase der „Generation Golf“) „die Abnahme traditioneller politischer Bindungen an gesellschaftliche Großorganisationen, aber auch an die traditionellen politischen Parteien“ und führt dies mitunter zurück auf das „gestiegene Bildungsniveau“ und der daraus resultierenden „zunehmenden kritischen Haltung der Bürger gegenüber den etablierten Formen der politischen Willensbildung.“³³

Eine Abkehr von traditionellen politischen Parteien bedeutet aber keineswegs einen automatischen „Rückzug ins Private“: Nur 39% der 15 – 24-jährigen bezeichnen sich als politisch interessiert³⁴, doch bei allen Erkenntnissen aus der Jugendforschung wäre es durchaus denkbar, dass sich dies nur auf die konventionelle Form der Politikgestaltung bezieht. Hurrelmann und Albert beschreiben, dass „die Haltung der Jugendlichen zu gesellschaftlichen Aktivitäten [...] dem pragmatischen Gestus dieser Generation [entspricht]. Es sind nicht (mehr) die ideologischen Konzepte oder auch mögliche gesellschaftliche Utopien, die prägend sind. Weitaus wichtiger ist die persönliche befriedigende Aktivität im eigenen Umfeld, jenseits von großen Entwürfen oder gesellschaftlichem ‚Getöse‘ im Sinne einer neuen Jugendbewegung.“³⁵ Dies bedeutet nicht die Totalverweigerung gesellschaftlicher Großereignisse, jedoch scheinen die

³² a.a.O.; S. 20

³³ Hoffmann-Lange, Ursula: Jugend und Demokratie in Deutschland: Versuch einer Bilanz, in: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland – DJI – Jugendsurvey 1, Opladen, 1995; S. 390

³⁴ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006; S. 105

³⁵ a.a.O.; S. 21

Jugendlichen so etwas wie einen resignativen Lernprozess durchlaufen zu haben. Ideologische Debatten, die gerade für junge Menschen schwer zu durchschauen sind, wie beispielsweise endlose Verbalschlachten in Polit-Talkshows, widersprechen jenem pragmatischem Gestus dieser Generation und bestätigen eher alte Ressentiments gegenüber den Politikern und der Politik als solches.

Politisches Engagement ist auch in diesem Bereich abhängig von der Bildungsaspiration. Dabei gilt je höher das formelle Bildungsniveau, desto höher ist auch die Bereitschaft zum politischem Engagement. 68% der Studierenden bezeichnen sich demnach als politisch interessiert, während 86% der Hauptschüler für sich kein oder nur geringes Interesse an Politik reklamieren.³⁶ Dies deutet auf einen Reproduktionsmechanismus einer politischen Beteiligungselite hin, zu dem es bisher kein Korrektiv gibt.

Jugendliche schätzen die Demokratie als Staatsform als die Beste aller Denkbaren ein, sind aber mit deren Umsetzung in Deutschland alles andere als zufrieden. Auch hier ist wieder die soziale Lage der Jugendlichen der entscheidende Faktor. Die Jugendlichen beurteilen also die Staatsform in Abhängigkeit zu ihrer persönlichen Lebenssituation. Ist die Lebenslage derzeit schlecht, wird die Staatsform dafür verantwortlich gemacht. Da die Jugend ebenso ein Bestandteil der Gesellschaft ist, verwundert es demnach auch nicht, dass einem ARD-Deutschlandtrend von Ende November 2006 zufolge nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die restliche Bevölkerung mit der praktizierten Demokratie unzufrieden ist, wie ein Artikel des Politologen Franz Walter verdeutlicht. Demnach sagen nicht nur über die Hälfte der Befragten, dass sie mit der praktizierten Demokratie nicht zufrieden sind, sie sagen auch, dass sie die bundesdeutsche Gesellschaft für sozial ungerecht halten.³⁷

Wie bereits oben erwähnt, ist der vorherrschende Pragmatismus unter den Jugendlichen nicht mit rein egozentrischen Verhaltensmustern gleichzusetzen. Immerhin engagieren sich 75% der Jugendlichen im öffentlichen Raum. Vorderrangig sind dies allerdings Verbände aus dem sozialen oder gesellschaftlichen Bereich. Dabei spielt ein Engagement in Musik- oder Sportvereinen die bedeutendste Rolle. Ein Engagement in einer Partei oder einer Gewerkschaft kommt nur für ca. 2% der Jugendlichen in Betracht.³⁸

Wenn sich Jugendliche im politischen Raum engagieren, dann muss es für sie auch Aussicht auf Erfolg geben. Bei den bestehenden machtpolitischen Verhältnissen im gegenwärtigen System schließt dies natürlich revolutionäre Einstellungen vergangener Tage bei den meisten Jugendlichen aus. Ebenso ist der Faktor der persönlichen Betroffenheit maßgebend bei der Entscheidung für die Aufnahme politischen

³⁶ a.a.O.; S. 107

³⁷ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,446234,00.html>; Stand: 03.11.2006

³⁸ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006; S. 126

Engagements. Generalisiert man dieses Ergebnis für die gesamte Gesellschaft, würde dies bedeuten, dass ein Zustandekommen unterschiedlich zueinander stehenden Gruppen auf solidarischer Basis, wie zum Beispiel die Proteste der französischen Bevölkerung im Jahr 2006, in Deutschland unmöglich wären. Die Jugendlichen sehen aufgrund von Individualisierungstendenzen keinen Sinn in der Solidarität zwischen den verschiedenen Statusgruppen in der Bevölkerung.

Die Anspruchshaltung im „Sich-Einmischen in die Welt“, um Hannah Arendts Verständnis von politischem Engagement sinngemäß wiederzugeben, ist bei den Jugendlichen durchaus vorhanden, nur eben auf eine andere Art und Weise. Die Autoren der Shell-Jugendstudie raten den etablierten politischen Institutionen, sich für Jugendliche zu öffnen und appellieren gleichzeitig an die Jugendlichen, sich auch aktiv in die Geschehnisse mit einzubringen und die Institutionen von innen heraus zu verändern: „Entscheidungsprozesse in Organisationen müssen nicht nur möglichst transparent sein, sondern von Jugendlichen auch aktiv beeinflusst werden können. Hierzu gehört auch eine Vertretung von jungen Menschen an den Stellen, innerhalb deren Entscheidungen gefällt werden.“³⁹ In Anbetracht der Ergebnisse, und der, den Jugendlichen zu Grunde liegenden Lebenswelt, scheint der Appell der Autoren jedoch recht hilflos. Parteien bleiben, selbst wenn sie sich öffnen, dennoch ein institutionalisierter Verband mit vielen Eigenschaften, die der „pragmatischen Generation“ widersprechen.⁴⁰ Vielmehr sollte der Fokus der Autoren auf die Neuen Sozialen Bewegungen gerichtet werden, deren Organisationsform Jugendlichen mehr entgegenkommt und deren Aussicht auf Neu-Belebung des demokratischen Systems weit höher anzusiedeln ist, als eine Reformierung und eine Öffnung des Parteiensystems.

Nun stellt sich die Frage, inwieweit sich die Politik verändern muss, um zumindest ihren Selbsterhalt zu gewährleisten. Inwieweit lassen sich der pragmatische Geist der heranwachsenden jüngeren Generation einerseits, sowie der des demokratischen Prinzips der permanenten „Kontrolle von unten“ (die aber allzu häufig nur den Anschein von „Scheinkontrolle“ erweckt) andererseits noch länger miteinander vereinbaren? An dieser Stelle wird deutlich, wie sehr sich die Gesellschaft hier einem Spannungsfeld ausgesetzt sieht, deren Lösung die wichtigste Aufgabe der Demokratie überhaupt darstellt.

³⁹ a.a.O.; S. 130

⁴⁰ vgl. hierzu auch Kap. 3.2.4

2.3. Antidemokratische Tendenzen: Zwischen Protestverhalten und Manifestation

Der Shell-Jugendstudie folgend, erteilen die Jugendlichen in ihrer politischen Positionierung den Extremen „Links“ und „Rechts“ eine deutliche Absage. Aufgrund der oben beschriebenen fehlenden politischen Rebellion *gegen*, und des guten Verhältnisses *zu* den Eltern ist dies nicht weiter verwunderlich. Die pragmatische Generation orientiert sich daher leicht links von der Mitte. Interessant ist dabei allerdings, dass ca. 18% der Jugendlichen ihre Meinung auf der Links-Rechtsskala gar nicht wirklich einordnen können oder wollen.⁴¹ Möglicherweise ist dies ein Hinweis darauf, wie wenig das Links-Rechts-Schema heutzutage noch geeignet ist, um politische Einstellungen zu erfassen. Dies bestätigt auch Giddens: Bezeichnet konservative (rechte) Politik ursprünglich die Bewahrung von Traditionen und Erhaltung des Vergangenen, ist sozialistische (linke) Politik auf einen radikalen Umbau des Systems aus. Die tatsächliche Politik der Vertreter dieser Ideologien heutzutage verkehren allerdings diese Vorzeichen. Giddens spricht daher von einem radikal gewordenen Konservatismus (Umbau des Sozialstaats) und einem konservativ gewordenem Sozialismus (Erhalt und Bewahrung des Sozialstaats).⁴² Diese Verkehrung, die im Widerspruch zur eigentlichen Ideologie steht, mag mitunter zusätzlich für Verwirrung sorgen und erschwert eine Positionierung.

Doch auch wenn der politische Extremismus im Mainstream ohne große Bedeutung bleibt, lässt sich doch in den letzten Jahren ein Anstieg rechtsextremer Tendenzen feststellen, der vor allem auch die Jugendlichen erfasst, teilweise sogar von ihnen getragen wird. Diesen Zuspruch erfährt vor allem der sogenannte „Deutschlandpakt“, also das Versprechen der rechtsextremen Parteien NPD und DVU, bei Wahlen nicht mehr gegeneinander zu kandidieren. Diese Absprachen brachten nationalistische Kräfte bereits in die Landesparlamente von Sachsen und Brandenburg (beides im Jahr 2004) sowie von Mecklenburg-Vorpommern (2006). Ein Einzug der NPD in das Saarländer Landesparlament wurde nur knapp verfehlt.

Die Nennung der Ursachen für die Erfolge der Neo-Nationalisten in den letzten Jahren kann an dieser Stelle zwar nicht umfassend geschehen. Vor dem Hintergrund der oben genannten Entideologisierung ist jedoch eine kurze Analyse rechtsextremer und rechtspopulistischer Strukturen unabdingbar.

Mit Sicherheit hat dieser Zuspruch mit einem veränderten Auftreten der Neo-Nationalisten in der Öffentlichkeit zu tun. An der Spitze der Bewegung stehen rhetorisch geschulte Personen, häufig mit akademischem Hintergrund, die sehr wohl in der Lage sind, in einer

⁴¹ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006; S. 108f.

⁴² vgl. Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts – Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt/Main, 1997; S. 20

öffentlichen Podiumsdiskussion den Vertretern der etablierten Parteien Paroli zu bieten. Charismatische Führungsfiguren waren sonst bei neo-nazistischen Organisationen in Deutschland eher Mangelware. Den Hauptgrund für den Erfolg von NPD und DVU stellt neben der besseren Präsentation in der Öffentlichkeit ebenso die inhaltliche Öffnung hin zu anderen Themen dar. In der Vergangenheit konzentrierten sich neo-nationalistische Strömungen ausschließlich auf das Schüren von Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhass. Die Neue Rechte jedoch hat sich mittlerweile weiterentwickelt und orientiert sich an Parteien mit ähnlicher programmatischer Ausrichtung, wie z.B. rechtspopulistischen Gruppierungen wie der Schill-Partei, der Statt-Partei oder dem Bund Freier Bürger, die zusätzlich Themen wie innere Sicherheit oder die Reform des Parteiensystems monothematisch besetzten, aber in ihrem Auftreten viel gemäßigter sind. Zudem hat es innerhalb von rechten Organisationen, insbesondere der sonst so antidemokratischen NPD, einen Anpassungsprozess gegeben, der innerhalb der Partei nicht unumstritten blieb. So verlassen bis heute immer wieder Mitglieder der NPD ihre Partei, weil sie der Ansicht sind, dass die NPD den Kampf nicht „um“, sondern „gegen“ die Parlamente führen sollte. Das Auftreten der rechtsextremen Organisationen nach außen ist also nicht nur optisch, sondern auch inhaltlich wesentlich gemäßigter, so dass die Nähe zu oben genannten rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen immer ähnlicher werden.

2.3.1. Rechtspopulismus und Alltagsrassismus

Der Rechtspopulismus war zu Beginn seiner Entstehung in Lateinamerika am Anfang des 20. Jahrhunderts „Folge der fehlenden Massenintegration der Bevölkerung aufgrund einer defizitären demokratischen Kultur. Da Partizipationsanreize nicht oder nur rudimentär bestanden, gab es zur Mobilisierung ‚von oben‘ keine Alternative.“⁴³ Dies scheint heutzutage weiterhin von außerordentlicher Aktualität zu sein. Mangelnde Transparenz im politischen Tagesgeschäft und das Gefühl der Ohnmacht unter den Bürgern gegenüber den etablierten Parteien bilden die Grundlage für den Erfolg rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien. Dabei bedienen sie sich jenen Themen, die sich ohnehin in die Kategorie „Alltagsrassismus“ einordnen lassen: Laut Datenreport 2004 sind demnach 21% der Westdeutschen und 34% der Ostdeutschen der Meinung, dass Ausländer in ihre Heimat abgeschoben werden sollen, wenn in Deutschland die Arbeitsplätze knapp werden. Weitere 16% im Westen, bzw. 21% im Osten sind in dieser Frage unentschlossen.⁴⁴ Diese Aussagen, die nicht unbedingt auf eine ideologisch rechtsextreme Grundeinstellung schließen lassen, sondern zurückzuführen sind auf

⁴³ Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, Leske + Budrich, 2004; S. 26

⁴⁴ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004; S. 585, Abb. 1

beschränkte Chancen der persönlichen Entwicklung und eines daraus resultierenden schlechten sozioökonomischen Status, werden von nationalistischen Organisationen aufgegriffen und für sich interpretiert. Rechtspopulisten fordern heutzutage nicht die generelle Abschiebung aller Ausländer, sondern dass Arbeitsplätze zuerst für Deutsche zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie schüren auch nicht mehr einzig die Fremdenfeindlichkeit, sondern sprechen von einem „Europa der Nationen“. Dass sich hinter diesen vermeintlich harmlosen Forderungen gezielt rassistische und ausgrenzende Botschaften verbergen, wird vom Großteil der Bürger oft nicht reflektiert und spielt somit den rechtspopulistischen und rechtsextremen Vertretern in die Hände.

Dabei wird die Gefahr, die von Rechtspopulisten in Deutschland ausgeht, häufig unterschätzt. Allzu oft wird bestritten, dass die deutsche Neue Rechte eine ähnliche Chance haben wird sich im Parteienspektrum zu etablieren, wie es beispielsweise der FPÖ unter Jörg Haider in Österreich oder der Front National unter Jean-Marie Le Pen in Frankreich geglückt ist. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum Einen ist das deutsche Wahlrecht mit der 5%-Hürde ungeeignet für die Etablierung einer rechtspopulistischen Partei, zum Anderen agieren rechtspopulistische Strömungen in Deutschland in einem historisch vorbelasteten Umfeld. Dies ist aber nicht gleichbedeutend mit weniger rechten gesellschaftlichen Ausbrüchen, da in Deutschland mehr Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund verübt werden, als in anderen Ländern.⁴⁵

2.3.2. Ein „Wir-Gefühl“ als Antwort auf die Individualisierung

Mittlerweile ist offensichtlich, dass rechtsextreme, allenfalls getarnt als rechtspopulistische Organisationen durchaus den Weg über die Parlamente hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Etablierung suchen und diesen auch finden. Für Decker sind diese Parteien „Ausdruck einer tiefgreifenden Vertrauens- oder Repräsentationskrise der demokratischen Politik [...], die auf die desintegrativen Wirkungen der heutigen Modernisierungsprozesse zurückgeführt werden kann. [...] Es handelt sich also um ein Protestphänomen, das mit den Folgen der Individualisierung zu tun hat und von dem Bedürfnis nach Identität kündigt.“⁴⁶ Dabei rückt die Aversion gegen das Fremde in das Zentrum. Krebs kann zusätzlich für Jugendliche eine aufkommende Ausländerfeindlichkeit in Zeiten von gesellschaftlichen Umbrüchen, stützend auf Emile Durkheims Konzept der Anomie, feststellen, indem sie sagt, dass ostdeutsche Jugendliche in den Jahren unmittelbar nach dem Anschluss der ehemaligen DDR an die BRD eine höhere Devianzbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit aufzeigen, als ihre westdeutschen

⁴⁵ vgl. Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus; S. 148f.

⁴⁶ ebd.

Altersgenossen. Beide führen hierbei auch Modernisierung und Individualisierung als mögliche Gründe an.⁴⁷

Durch Pluralität von Meinungen und Kultur sowie die Internationalisierung als Resultat von schnelllebiger Modernisierung, bekommt ein Teil der Menschen den Eindruck von eigener Überforderung und Verängstigung: „Weil sie die Möglichkeiten einer stärker individualisierten Lebensführung nicht nutzen können oder wollen, flüchten sich diese Personen in antiliberalen Ressentiments und ‚Wir-Gefühle‘.“⁴⁸ Diese „Wir-Gefühle“ beziehen sich dann auf kollektive und stratifizierte Lebensformen der Industriegesellschaft, wie Familie, soziale Klasse, aber auch die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Nation.⁴⁹

2.3.3. Perspektiven antidemokratischer Tendenzen

Klärner konstatiert in einer Studie über rechtsextreme Tendenzen in Ostdeutschland Veränderungen auf den Ebenen der Organisations- und Aktionsformen der extremen Rechten. Diese waren aufgrund des gewalttätigen Images der extremen Rechten, welches sie sich durch die Gewalttaten Anfang der 90er Jahre selbst zufügten, notwendig geworden. So gehören regelkonformes Verhalten, wie die „Strategie der Wortergreifung“ auf öffentlichen Veranstaltungen, ebenso zum Auftreten der Neuen Rechten, wie die inhaltliche Öffnung zu anderen Themengebieten (beispielsweise der sozialen Frage), oder auch die Selbststilisierung der Jungen Nationaldemokraten als Opfer von Ausgrenzung und Intoleranz.⁵⁰ Das Bild der Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit ist also im Wandel: Man soll nicht mehr den Schlägertyp, sondern den Saubermann vor Augen haben, der den Menschen zuhört, und sagt, was vermeintlich sowieso jeder denkt. Dies stellt zivilgesellschaftliche Akteure vor neue Aufgaben: Plötzlich ist man gezwungen, mit rhetorisch geschulten Neo-Nationalisten in eine inhaltliche Auseinandersetzung zu treten – eine völlig neue Herausforderung. Und wie verhält man sich als Lokal-Politiker, bei einem Antrag der NPD im örtlichen Parlament, der sich für eine bessere Kinderbetreuung oder breitere Fußgängerwege einsetzt? Stimmt man mit den Nationalisten überein und etabliert sie damit, oder stimmt man dagegen und muss sich dem Vorwurf aussetzen, nicht an inhaltlich orientierter Politik interessiert zu sein? Es wird deutlich, wie fließend der Übergang von einmaligem Protestverhalten zu einer Manifestation rechtsextremer Einstellung in demokratischen Systemen dann aussehen kann.

⁴⁷ vgl. Krebs, Dagmar: Soziale Desorientierung und Devianzbereitschaft, in: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland; S. 346ff.

⁴⁸ Decker, Fank: Der neue Rechtspopulismus; S. 206

⁴⁹ vgl. ebd.

⁵⁰ vgl. Klärner, Andreas: Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit – Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt, in: Klärner, Andreas; Kohlstruck Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, 2006; S. 56ff.

Diesen dramatischen Entwicklungen setzt Farin ein ganz anderes Bild entgegen: Zwar bestreitet er nicht den Anpassungsprozess und die inhaltliche Öffnung der extremen Rechten, er zweifelt jedoch daran, dass dies in den Jugendkulturen eine Relevanz hat. So findet die Hälfte aller Befragten die „rechte Szene“ absolut schlecht und unsympathisch. Somit ist diese Jugendkultur die am schlechtesten von den Jugendlichen angenommene Jugendkultur überhaupt.⁵¹ Farin stellt fest, dass eine „Distanzierung von der gewaltbereiten rechtsextremen Szene [...] ein erster hoffnungsvoller Schritt [ist], der auf kulturelle Brüche in der Identität vieler Jugendlicher verweist.“⁵² Jedoch übersieht Farin dabei die neue, auch kulturelle Ausrichtung der Neuen Rechten. Diese setzt nun darauf, Jugendliche auch auf anderen Wegen zu erreichen, über die Musik oder die Kleidung beispielsweise. Beides sind elementare Bestandteile jeder Jugendkultur und führen zu einem weiteren Schritt der Manifestation antidemokratischer Strukturen in einer demokratischen Gesellschaft.

Wenn rechtsextreme sowie rechtspopulistische Organisationen, parlamentarisch und/oder außerparlamentarisch Zuspruch erfahren, ist dies ein Zeichen von demokratischer Instabilität. Die Tatsache, dass die Bürger die Demokratie in Deutschland als schlecht praktiziert empfinden, zu ihr allerdings auch keine Alternative sehen, deutet darauf hin, dass ein großer Teil der Bevölkerung das Gefühl hat, vom praktizierten demokratischem System nicht mehr mitgenommen zu werden. Die Aufgabe der Politik muss es also sein, Entscheidungsprozesse nicht nur möglichst transparent zu gestalten, sondern diese auch von den Bürgern aktiv mitgestalten zu lassen. In der so genannten Stellvertreterpolitik sehen die Menschen ihre Interessen nicht mehr vertreten. Der oben beschriebene stetige Rückgang der Beteiligung an Wahlen, sowie der Zuspruch zu rechtsextremen Organisationen (wenn auch nur aus Protest) sind deutliche antidemokratische Tendenzen, die sich auch durchaus manifestieren können. In Sachsen genießt die NPD mittlerweile Anerkennung für die scheinbar bürgernahe Politik. Es wäre also nicht verwunderlich, wenn sich diese Protestform irgendwann in der Parteienlandschaft dauerhaft etablieren würde. Um diesen Zustand nicht zu erreichen, bedarf es einer Politik, die das demokratische System neu belebt. Deren oberste Priorität muss auf Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft beruhen und diese durch Teilhabe aller im System vorhandenen Gruppen erreichen und nicht durch nicht-demokratische zustande gekommene Kommissionen und sich verselbständigende Eliten.

⁵¹ vgl. Farin, Klaus: Neue Studie: Rechte Szene auch im Osten out, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Stuttgart, Heft 1, 2006; S. 105

⁵² a.a.O.; S. 106

2.4. Erziehung zur (Un-)Mündigkeit – Aufklärung und Demokratiebewusstsein

Im Sommer 2006 veröffentlichte der Journalist Jürgen Roth sein Buch „Der Deutschland – Clan“. Im Untertitel des Buches heißt es: ‚Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top - Managern und Justiz‘. In der Einleitung versucht Roth den „Deutschland – Clan“ aus seiner Sicht näher zu definieren: Demnach handelt es sich um eine Vereinigung deren Grundlage „das neoliberale Gedankenkonstrukt [ist], in dem Gemeinsinn durch puren Egoismus und Moral durch Anhäufung von möglichst viel Kapital, durch blanke Geldgier ersetzt wurden. Soziale und gesellschaftliche Verantwortung spielt für die Mitglieder des Deutschland – Clans keine Rolle mehr.“⁵³ Roth beschreibt zu Beginn aus theoretischer Sicht den Verfall der demokratischen Kultur in der Bundesrepublik, die Aushöhlung demokratischer Prinzipien sowie die Ausgrenzungen immer größerer Bevölkerungskreise durch die Handlungsweisen der politischen und wirtschaftlichen Eliten.⁵⁴ Er beklagt die Verstrickungen der von der Bevölkerung gewählten Politiker in die Angelegenheiten von Privatunternehmen, wirft ihnen vor, nicht die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, sondern nur im Interesse mächtiger Konzerne zu handeln. Gedeckt werden diese – fast immer kriminellen Handlungen – dann von der Staatsanwaltschaft, die ebenso wie die Politiker von mächtigen Lobbyisten gekauft ist. Was daraufhin folgt, sind knapp 250 Seiten gut recherchierte Beispiele, in denen der Autor seine Theorie untermauert. Dabei schreckt Roth auch nicht vor dem russischen Energieriesen „Gasprom“ zurück, jener Konzern also, von dem Altkanzler Gerhard Schröder kurz nach seiner Wahlniederlage 2005 einen lukrativen Job im Aufsichtsrat angeboten bekam. Roth geht davon aus, dass in der Gesellschaft ein kleines Netzwerk von Eliten, bestehend aus Politik, Wirtschaft und Justiz, existiert, die sich unter einem demokratischen Deckmantel selbst bereichern und keine Rücksicht auf die so genannten „kleinen Leute“ nehmen. Und genau für diese Menschen ist dieses Buch geschrieben: Die Menschen sollen erkennen, wie weit es mit dem demokratischen Rechtsstaat gekommen ist und wie selbstverständlich das Großkapital die Verfassung brechen darf, ohne dass jemand davon etwas mitbekommt.

Sicher hat Roth mit seinen Ausführungen Recht, in dem er betont, dass es eine soziale Schieflage in Deutschland gibt und dass Politiker sich die Frage der demokratischen Legitimation ihrer Position stellen müssen. Aber damit erzählt Roth nur die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit scheint dieses Buch stark von Sozialneid geprägt zu sein. Es ist davon auszugehen, dass sich weder Roth noch ein Großteil seiner Leser anders verhalten würden, wenn sie selbst Teil des Deutschland – Clans wären. Egoismus und

⁵³ Roth, Jürgen: Der Deutschland – Clan: Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top – Managern, und Justiz, Frankfurt/Main, 2006; S. 10

⁵⁴ vgl. ebd.

soziale Verantwortungslosigkeit sind genauso gut im Alltag der Menschen verankert wie auch in wirtschaftlichen Beziehungen unter Managern großer Konzerne – dieser Aspekt findet bei Roth jedoch keine Beachtung, wäre aber für eine radikale Analyse ebenso notwendig. Was Roth damit erreicht (auch wenn m.E. die Wahrheit seiner Beispiele nicht in Frage zu stellen sind), ist eine weitere Abkopplung der Menschen von politischen Partizipationsmöglichkeiten. Die Entfremdung der Bürger von der Politik wird also durch dieses Buch weiter verstärkt. Dies ist insofern an dieser Stelle besonders schlecht praktiziert, da Roth an keiner Stelle der scheinbar ohnmächtigen Bevölkerung Handlungsoptionen aufzeigt und ihnen sagt, wo Möglichkeiten bestünden, das skrupellose Netzwerk aufzuhalten und den Verfall der demokratischen Kultur zu stoppen. Anstatt dessen bezweckt Roth die weitere Verstärkung politischer Verdrossenheit in der Bevölkerung und lässt die Leser damit letztlich allein. Er zeigt ihnen nicht die Notwendigkeit des eigenen Handlungsbedarfs auf, doch genau das wäre unerlässlicher Bestandteil für die Veränderung. Roth verzichtet darauf, die Leser vor die Entscheidung zwischen Partizipation und Resignation zu stellen und ihnen somit die erste aller Handlungsoption nahe zu bringen.

Im Hinblick auf den Rückgang politischer Partizipation ist solche Literatur im hohen Maß kontraproduktiv, da das Gefühl der Enttäuschung von der Politik durch dieses Buch noch mehr als gestärkt wird. Die Schuld an der Misere der Politik, trage schließlich die Politik selbst – ein Grund mehr also, sich da besser nicht einzumischen, so ließe Roth sich interpretieren.

2.4.1. Entwicklung von Demokratiebewusstsein

Die oben stehenden Aussagen, mit denen Roth an Stammtischen möglicherweise großen Zuspruch erfahren würde, stehen im Widerspruch zu den Zielen der modernen Aufklärung: Immanuel Kant spricht in dem Zusammenhang von der Mündigkeit, als ein Ziel der Aufklärung, deren Gegenteil, die Unmündigkeit, dann selbstverschuldet ist, „wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen.“⁵⁵

Voraussetzung für Mündigkeit ist eine neue Form des Denkens, welches sich „aus den Zwängen des Dogmatismus, der Herrschaft und Bevormundung durch Thron und Altar, durch Zeitgeist und andere gesellschaftlichen Mächte, auch der unkritisch übernommenen Traditionen befreien [muss].“⁵⁶ Die Aufklärung ist in dem Sinne der Schlüssel zur Befreiung aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit. Dabei geht Kant als Aufklärer

⁵⁵ Heitger, Marian: Aufklärung als pädagogisches Programm, in: Koch, Lutz/Schönherr, Christian (Hrsg.): Kant – Pädagogik und Politik, Würzburg 2005; S. 138

⁵⁶ a.a.O.; S. 134f.

davon aus, dass die Vernunft bereits im Menschen angelegt ist, dieser jedoch den Mut haben muss, sich auch seines Verstandes zu bedienen.⁵⁷

Doch warum steht der Aufklärer Kant im Widerspruch zu den Ausführungen des Journalisten Roth? Eine Antwort darauf lässt sich vielleicht bei Theodor W. Adorno finden, der die aufklärerischen Botschaften Kants aufgreift und sie in die Moderne transportiert. Bezogen auf die Einstellungen der Bürger zur Politik, politischem Engagement und Demokratie sagt Adorno, dass „eine Demokratie, die nicht nur funktionieren, sondern ihrem Begriff gemäß arbeiten soll, [...] mündige Menschen [verlangt]. Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen.“⁵⁸ Dabei kommt der Erziehung die entscheidende Aufgabe zu. Erziehung muss zum Ziel haben, bei jedem Individuum ein Bewusstsein herzustellen: „Wer innerhalb der Demokratie Erziehungsideale verfißt, die gegen Mündigkeit, also gegen die selbständige bewußte Entscheidung jedes einzelnen Menschen gerichtet sind, der ist antidemokratisch, auch wenn er seine Wunschvorstellungen im formalen Rahmen der Demokratie propagiert.“⁵⁹ Demokratie beruht somit für Adorno im ersten Schritt nicht auf der Willensbildung eines Kollektivs, sondern zunächst auf der Willensbildung eines jeden Einzelnen.⁶⁰ Diese individuelle Willensbildung findet aber nach Adorno gar nicht statt, da Institutionen und Kulturindustrie Meinungen bilden und somit Meinungskollektive entstehen. Erziehung zur Mündigkeit, also die Herstellung eines Bewusstseins, welches zum kritischen Denken und zur Reflexion befähigt, wird an dieser Stelle gar nicht erreicht. Im Gegenzug entfremdet sich der Mensch durch die Einordnung in Kollektive mehr und mehr von der eigenen Individualität, sie „machen sich selber schon zu etwas wie Material, löschen sich als selbstbestimmte Wesen aus“⁶¹, wie es Adorno beschreibt.

Die Moralansprüche von Roth und anderen kritischen Journalisten der heutigen Zeit sind extrem hoch. Gleichzeitig wird aber so getan, als würde nur die reiche Oberschicht auf ihren eigenen Vorteil hin arbeiten, der Rest der Bevölkerung aber in einem völlig solidarischen und altruistischen Verhältnis miteinander leben. In der Gesellschaft herrscht aber kein Bewusstsein darüber, dass es sie selbst sind, die neoliberales Gedankengut unter den bekannten Schlagwörtern „Ellbogengesellschaft“ und „Konkurrenzdruck“ täglich mitbefördern und somit vom Prinzip her nicht anders handeln, wie die in der Kritik stehenden Politiker. Adorno sieht im Erreichen der Mündigkeit unter anderem, dass das

⁵⁷ vgl. Koch, Lutz: Kants Revolutionen, in: : Koch, Lutz/Schönherr, Christian (Hrsg.): Kant – Pädagogik und Politik; S. 16

⁵⁸ Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt/Main, 1971; S. 107

⁵⁹ ebd.

⁶⁰ a.a.O.; S. 133

⁶¹ a.a.O.; S. 97

Individuum seine eigene Stellung im System erkennt und reflektiert. Was bedeutet dies aber nun für das politische Engagement?

Der „Rückzug ins Private“, also das A-politische, entsteht, wie oben genannt, aus einer Enttäuschung gegenüber der Staatsform, gegenüber des eigenen sozioökonomischen Status oder aufgrund mangelnder individueller Zukunftsperspektiven. Der Rückzug wird aus Sicht von Akteuren und Beobachtern, ähnlich wie eine Sympathie mit antidemokratischen Bewegungen, häufig als ein Denkmittel für die herrschenden Eliten verstanden. Die Konsequenzen daraus sind jedoch destruktiv, da aus ihnen kein partizipativ-gestalterischer Appell hervorgeht. Die Möglichkeiten selbst aktiv zu werden, entweder auf konventionellen Wegen wie dem Beitreten zu Parteien und Interessenverbänden, oder auf subpolitischen Wegen wie Demonstrationen, Netzwerken, etc. sind dabei eher unpopulär. Dies hat schließlich eine Schwächung der Demokratie im Gesamten zur Folge, da die Bürger ihre Mündigkeit im politischen Raum abgeben und sich und ihre Zukunftsgestaltung anderen überlassen. Das andere es dann anders machen, als man es selbst will und somit neue Frustration entsteht, ist lediglich die logische Konsequenz.

Die Shell-Jugendstudie hat der These einer Entpolitisierung der Jugend widersprochen, in dem die Autoren feststellten, dass ca. $\frac{3}{4}$ aller Jugendlichen sich sozial oder politisch engagieren. Zwar sprechen an dieser Stelle die Zahlen eine eindeutige Sprache, allerdings ist das Engagement in einem Sportverein nicht ausschlaggebend für die Erlangung individueller Mündigkeit, welches für Adorno Grundvoraussetzung für demokratisches Bewusstsein ist. Wahrscheinlich wäre diese Form des Engagements für Adorno sogar das Gegenteil, da diese Form von Aktivität das Attribut der Vernunft vernachlässigt.

Die These einer weitreichenden Entpolitisierung und Entideologisierung mit dem verstärkten Fokus auf die Jugendlichen, kann aufgrund der geringen Bedeutung von Politik in der jugendlichen Lebenswelt aufrecht erhalten werden. Es wäre allerdings an dieser Stelle viel zu einfach, die Schuld dafür einzig der Bevölkerung, in dem Fall den Jugendlichen, zuzuschreiben. Vielmehr muss nach den Ursachen gefragt werden, z.B. ob die heutige Form von Demokratie noch zeitgemäß ist. In einer komplexer werdenden Welt, die immer wieder kompliziertere Anforderungen stellt, wird es immer unwahrscheinlicher, dass alle Probleme von Parlamenten gelöst werden können. Müsste die Demokratie nicht plebiszitärer praktiziert werden, so dass viele Menschen sich an der Lösung beteiligen können? Würde ein solches Verständnis von politischer Mitbestimmung nicht eine stärkere Beteiligung aller zur Folge haben, da die Menschen auch aktiv an der

Lösung beteiligt werden und es nicht mehr durch ein undurchsichtiges Stellvertreterprinzip geschieht?

Im nachfolgenden Kapitel soll an diesen Fragen weiter angeknüpft werden. Abschließend lässt sich für den Bereich der politischen Partizipation festhalten, dass, wenn die Verabschiedung der Bevölkerung aus dem politischen Raum, durch mangelnde Beteiligung, etc. voranschreitet wie bisher, der demokratische Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland diesen Namen nicht länger verdient. Es wird also höchste Zeit, über ein erweitertes Spektrum demokratischer Teilhabe und dessen Umsetzung im politischen Raum nachzudenken.

3. Mehr Demokratie wagen! – Grundlagen von Partizipation in der Bürgergesellschaft

Im zweiten Kapitel wurde der Versuch unternommen, den Ist – Zustand sowie Kriterien politischen Engagements herauszuarbeiten (Kap. 2.2.). Ein Aspekt aus den Ergebnissen soll nun im Folgenden deutlicher herausgestellt werden: Die Anwendungsfelder von Partizipationsverfahren sowie Möglichkeiten zur Mitwirkung und Gestaltung der Gesellschaft. Zudem werden Determinanten zivilgesellschaftlichen Engagements nicht nur aus soziologischer, sondern auch aus psychologischer und pädagogischer Sichtweise vorgestellt. Zum Abschluss des Kapitels steht die Frage nach den Akteuren zivilgesellschaftlichen Handelns und deren Perspektiven.

Sowohl Jugendliche als auch Erwachsene betrachten zunehmend das politische Tagesgeschehen als Geschäft, auf das sie nur wenig Einfluss haben. Die Begriffe der Partizipation und der Teilhabe tauchen im gesellschaftspolitischen Raum aber immer wieder auf und scheinen von außerordentlicher Aktualität zu sein. Doch was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Wo und für wen bestehen Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation? Um sich diesen Fragen zu nähern, bedarf es zunächst erst einmal einer Begriffsdefinition.

3.1. Partizipation: Definition und theoretische Annäherung

Der Begriff der Partizipation leitet sich vom Lateinischen „*particeps*“ ab und bedeutet „an etwas teilnehmend“ oder „zugehörig“. In der deutschen Sprache wird der Begriff mit Teilnahme oder Teilhabe übersetzt. Im Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff mehr die *Teilnahme*, beispielsweise an politischen Beratungen und Entscheidungen, und weniger die *Teilhabe* an Resultaten der Politik, wie zum Beispiel Freiheit oder materieller Wohlstand.⁶² Partizipationsverfahren gibt es, wie später noch deutlich wird, in vielen gesellschaftlichen Bereichen und somit sind auch die Ziele der jeweiligen Beteiligungsformen höchst unterschiedlich. So liegt beispielsweise das Ziel sozialpädagogischer Partizipation in „einer Beteiligung und Mitwirkung der Nutzer (Klienten) bei der Wahl und Erbringung sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Dienste, Programme und Leistungen.“⁶³ Unter Abschnitt 3.2. wird auf die Bedeutung der Partizipation für die soziale Arbeit näher eingegangen. Zunächst soll jedoch eine allgemeinere Betrachtungsweise auf den Begriff geworfen werden.

⁶² vgl. Schnurr, Stefan: Partizipation, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied, 2001; S. 1330

⁶³ ebd.

Max Weber betrachtet in seinem herrschaftssoziologischem Entwurf Beteiligung als die Voraussetzung legitimer Herrschaft. Da sich Weber hier nur auf die konventionellen Formen politischer Praxis bezieht, also das Lösen von Konflikten durch Befehl und Kampf, widerspricht er der partizipatorischen Demokratietheorie, deren Ziel es ist, die diskursive Konfliktregelung und die tätige Mitwirkung der Bürger ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu stellen.⁶⁴ Die Vertreter dieser Theorie sehen die Demokratie nicht als eine Staatsform, sondern als eine Seinsweise oder Lebensform, als ein ethisches Ziel und eine politische Methode. Für sie bedarf es keiner Begründung der partizipatorischen Demokratie, denn diese ergibt sich von allein aus dem Anspruch, sich den Mantel der Demokratie umlegen zu wollen. Für die Vertreter hat die partizipatorische Demokratie gleich mehrere Funktionen: Ihr kommt eine erzieherische Aufgabe zu, sie gestaltet die öffentliche Willensbildung sowie die Staatsbürgerbildung. Außerdem besitzt sie einen Eigenwert, der sich aus sich selbst heraus begründet.⁶⁵

Deutlich abzugrenzen ist die Theorie der partizipatorischen oder „deliberativen“ Demokratie, wie sie von Habermas bezeichnet wird, von der repräsentativen Demokratie, wie sie in unserem politischen Bewusstsein verankert ist. So vertritt Barber, in Weiterführung an Rousseau die These, „dass Repräsentation Partizipation zerstöre und somit die Grundlagen von Demokratie unterminiere. Dieser Auffassung zufolge ist die althergebrachte liberale Repräsentativdemokratie im Wesentlichen nur kümmerliche Demokratie, die notwendigerweise mit Teilnahmslosigkeit und Entfremdung der Bürger einhergeht und sich von innen her zerstört [...]“⁶⁶ Die Alternative sieht Barber in dem Ausbau der partizipatorischen Demokratie. Dem Gedanken kommt sicherlich ein utopischer Charakter bei, spielen sich doch die gegenwärtigen politischen Entscheidungen auf zu vielen unterschiedlichen und auch sehr komplexen Ebenen ab. Dies erzeugt beim Betrachter den Eindruck, Politik sei ein komplexer Sachverhalt, der vom Laien kaum durchschaut werden kann. Von daher ist es schwierig, sich die Theorie der partizipatorischen Demokratie in der heutigen Lage vorzustellen. Außerdem ist in der partizipativen Demokratietheorie die Frage des Gewaltmonopols nicht geklärt und somit werden Vertreter der repräsentativen Demokratietheorie immer die Frage danach stellen, wer dieses Gewaltmonopol innerhalb der partizipatorischen Demokratie ausübt, wenn es denn der gewählte Volkssouverän nicht mehr sein kann.

Wenn man nun aber bereits in einer repräsentativen Demokratie nicht bereit ist, sich zu beteiligen, wie soll das erst in einer Gesellschaftsform aussehen, deren Bestand von einer permanenten Beteiligung abhängig ist und deren Auffassung sich nicht auf eine

⁶⁴ vgl. Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien, Opladen, 2000; S. 252

⁶⁵ a.a.O.; S. 251f.

⁶⁶ a.a.O.; S. 254

Herrschaft der Mehrheit beschränkt? Die Antwort sehen die Befürworter der partizipatorischen Demokratie in dem Prinzip der „self-transformation“. Demnach entwickeln die Bürger erst ein Bewusstsein für die Beteiligung, wenn sie auch wirklich von ihr Gebrauch machen können. Die „self-transformation“ macht aus dem unmündigen Bürger, einen verantwortungsbewussten Staatsbürger.⁶⁷ Dieses Modell nimmt an, dass „der durchschnittliche Bürger zu mehr oder besserer Beteiligung befähigt sei, oder dass er hierfür durch entsprechende Organisationen des Willensbildungsprozess befähigt werden könnte.“⁶⁸ Die zugeschriebene Rolle der Staatsbürger in dieser Gesellschaftsform wäre demnach also viel aktiver als heutzutage. Sie wäre nicht mehr auf das Stellvertreterprinzip beschränkt, sie würde sich somit auch nicht mit partiellem Engagement (beispielsweise einem Urnengang alle vier Jahre) zufrieden geben, sondern den Bürgern weit mehr abverlangen. Gleichwohl hätte sie den Bürgern weit mehr an Selbstbestimmung, Autonomie, aber auch an Entscheidungsgewalt zu bieten. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Haltung der Bürger gegenüber der Bereitschaft zur politischen Mitwirkung, wäre dies auf den ersten Blick möglicherweise nur schwerlich zu realisieren. Aber glaubt man dem Prozess der Selbst-Transformation, so wären, trotz aller Kritik, wie z.B. der Überschätzung der Bürgerkompetenzen,⁶⁹ die Menschen in der Lage, an ihren Aufgaben zu wachsen. Die jetzige Form der Repräsentation, fördert jedoch erst die Verdrossenheit und nur eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten führt aus diesem Dilemma heraus.

⁶⁷ vgl. Schnurr, Stefan: Partizipation, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik; S. 1331

⁶⁸ Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien; S. 257

⁶⁹ a.a.O.; S. 263

3.2. Partizipation als gesellschaftliches Ziel – Überblick über verschiedene Anwendungsfelder und rechtliche Bestimmungen

Eine vollkommene Abwendung von der repräsentativen Demokratie hin zur Selbstbestimmung der Bürger, in dem das Engagement Teil der Selbstbestimmung der Menschen wird – so lassen sich die Ziele der partizipatorischen Demokratietheorie beschreiben. Allerdings bedeutet dies für deren Fürsprecher nicht, im „Hier und Jetzt“ in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen nicht auf eine Demokratisierung zu drängen, auch wenn es eben nur Teilbereiche sind, und nicht die Gesellschaft als Ganzes betrifft. Im Nachfolgenden soll in den Bereichen der Sozialen Arbeit, Stadtplanung, Wirtschaft und Politik nach den Möglichkeiten der Partizipation gefragt werden und beleuchtet werden, welchen Erfolg Vertreter von partizipativen Ansätzen in diesen Bereichen erzielen.

3.2.1. Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit

Die Soziale Arbeit gehört zu den gesellschaftlichen Bereichen, an denen die Mit- und Selbstbestimmung der Betroffenen, Nutzer oder Klienten am Deutlichsten sichtbar werden. In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen haben Partizipationsmodelle den Auftrag, junge Menschen bereits frühzeitig in demokratische Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen, so dass sie die Gelegenheit haben, demokratische Kompetenzen zu erwerben und mit Werten wie Gemeinsinn und Solidarität vertraut zu werden.⁷⁰ Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen kann hierbei in den unterschiedlichsten Modellen realisiert werden: Eine Möglichkeit ist die Einrichtung von Kinder- und Jugendforen, in denen Kinder beispielsweise aktiv in die Gestaltung ihres Stadtteils miteinbezogen werden. Eine andere Form ist die Durchführung moderierter Veranstaltungen im Bereich der Schulentwicklung, wie Burow und Pauli dokumentiert haben.⁷¹ Das Repertoire an Partizipationsmodellen ist dabei unerschöpflich. In der Sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen stellt sich im Bezug auf Partizipation nicht die Frage des „Ob“, sondern des „Wie“. Doch warum kommt es gerade in diesem gesellschaftlichen Bereich zu einer verstärkten Partizipation der Betroffenen?

Die Gründe hierfür sind zunächst einmal formeller Art: Durch die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonventionen im Jahr 1989, sowie der Ratifizierung des Gesetzes durch die

⁷⁰ vgl. Lenz, Albert: Partizipation von Kindern in Beratung und Therapie, Weinheim und München, 2001; S. 14

⁷¹ vgl. Lehwald, Gerhard/Madlmayer, Eva: Kinder- und Jugendforen: Pädagogische und psychologische Voraussetzungen einer Partizipation, in: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik – Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Neuwied, 1998; S. 302-315; vgl. aber auch Burow, Olaf-Axel/Pauli, Bettina: Ganztagschule entwickeln – Von der Unterrichtsanstalt zum Kreativen Feld, Schwalbach, 2006

Deutsche Bundesregierung in 1992, wurden rechtliche Mindeststandards geschaffen, die vor allem die Stellung des Kindes und dessen Rechte in den Vordergrund stellten.⁷² Darüber hinaus bewirkte dieses Gesetz, sowie das 1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz, auch einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Betrachtungsweise von Kindheit. So werden Kinder mittlerweile als Träger eigener subjektiver Rechte gesehen und nicht mehr als fürsorglich zu behandelnde Objekte. Gesamtgesellschaftlich führt dies zu einem neuen Verständnis von Kindheit: Sie wird nun nicht mehr als eine Vorlaufphase ins Erwachsenenstadium verstanden, sondern erhält einen eigenen sozialen Status, der sich in einem stetigen Wandlungsprozess befindet. § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) untermauert dies auch sprachlich:

„Jeder Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“⁷³

Adorno würde die Forderung nach einer Erziehung zur Mündigkeit hier zumindest auf einem formal-juristischen Weg bestätigt sehen (vgl. Kapitel 2.4.). Lenz zeichnet ein positives Bild von den strukturellen Möglichkeiten und ist auch mit der Praktizierung zufrieden: So hebt er hervor, dass 46% der 6- bis 9jährigen, sowie 81% der 10- bis 13jährigen von kommunalen Beteiligungsangeboten erreicht werden.⁷⁴ Allerdings sagen diese Zahlen nichts über die tatsächliche Teilnahme von Kindern und Jugendlichen aus. Eine Errungenschaft des KJHG, das sogenannte Hilfeplanverfahren (§36), wird häufig gar nicht angewandt, da Mitarbeiter der Jugendämter es aufgrund von zu hohem Aufwand und zu geringen Kapazitäten nicht einsetzen.

Beteiligungsmodelle in der Sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erheben an sich bereits einen politischen Anspruch: Sie betrachten Kinder und Jugendliche als selbstständige politische Akteure, die ganz im Sinne der Annahme einer „self-transformation“ lernen, Verantwortung zu übernehmen oder sich mit demokratischen Spielregeln vertraut zu machen. Dabei stellt Richter anhand von denen im Grundgesetz verankerten demokratischen Mitbestimmungsrechten wie der Meinungs- oder Versammlungsfreiheit dar, dass es keinen Schonraum für Jugendliche ab dem Zeitpunkt

⁷² vgl. Lenz, Albert: Partizipation von Kindern in Beratung und Therapie; S. 15f.

⁷³ a.a.O.; S. 21

⁷⁴ a.a.O.; S. 15

ihrer juristischen Mündigkeit mit der Vollendung des 14. Lebensjahres gibt.⁷⁵ Daraus geht hervor, dass durch die Entstehung des eigenen Kindheitsstatus eine gleichzeitige Sonderbehandlung ausgeschlossen wird – weder zum Positiven, noch zum Negativen.

Richter behauptet, dass bezogen auf die Meinungsfreiheit, Meinungen von Kindern und Jugendlichen im gleichen Maße zählen wie jene von Erwachsenen, da laut dem Gesetz das Kriterium für eine Meinung nicht die Qualität dieser ist, sondern die Tatsache einer Meinungsbekundung an sich.⁷⁶ Führt man diesen Gedanken weiter, dürften Kinder und Jugendliche jederzeit im selben Maße Einfluss nehmen wie Erwachsene. Dass dies aber nicht so ist, sieht man formal an einem, von Erwachsenen geregelten, Mindestalter bei der konventionellen politischen Meinungsbekundung (Wahlalter ab 18, Mitgliedschaft in Parteien erst ab frühestens 16 Jahren möglich, etc.). Zudem beschränken sich für Richter „die politischen Grundrechte der Bürger nicht auf die Beteiligung an periodisch wiederkehrenden Wahlen, sondern gewährleisten eine Beeinflussung des ständigen Prozesses der politischen Meinungsbildung“⁷⁷, zu der u.a. auch die Versammlungsfreiheit gehört. Da in den verfassten, indirekten Formen politischer Partizipation kaum Platz geschaffen wurde für das oben skizzierte veränderte Bild von Kindheit, werden nun Formen politischer Meinungsbekundung für Kinder und Jugendliche außerhalb des konventionellen Rahmens gesucht. Die derzeit existierenden Formen in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich in vier grobe Bereiche unterteilen:

(1) *Verwaltungsorientierte Formen*

Hierzu zählen Kinderbüros mit Kinder- und Jugendbeauftragten, deren Aufgabe u.a. Streetwork, Kontaktarbeit oder die Beratung von Kindern und Jugendlichen ist. Politik wird hierbei von Erwachsenen für Kinder gemacht.

(2) *Projektbezogene Formen*

Kindern und Jugendlichen kommt bei dieser Form bereits mehr Einfluss zu. Sie sind aktiv bei der Planung beteiligt, so z.B. bei Spielplatz- und Schulhofgestaltungen oder Verkehrsplanungsprojekten.

(3) *Offene Formen*

Zu den offenen Formen gehören „Runde Tische“ oder Kinder- und Jugendforen. Es handelt sich dabei um Veranstaltungen, bei denen Kinder und Jugendliche mit Erwachsenen zu bereits vorbereiteten Themen diskutieren.

⁷⁵ vgl. Richter, Ingo: Verfassungsrechtliche Aspekte: Voraussetzungen und Grenzen der politischen Beteiligung junger Menschen, in: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik; S. 123f.

⁷⁶ ebd.

⁷⁷ a.a.O.; S. 127

(4) *Parlamentarische Formen*

Hierzu zählen Kinder- und Jugendparlamente. Zwar schafft diese Form die größte Verbindlichkeit bei getroffenen Entscheidungen, allerdings werden auf diesem Weg nur wenige Jugendliche erreicht. Politik wird hier von Kindern für Kinder gemacht, allerdings in einem sehr konventionellem Setting.⁷⁸

Es lässt sich deutlich erkennen, wie sehr die in Abschnitt 3.1. genannten demokratietheoretischen Überlegungen Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben. Jedoch sind diese Ansätze nicht die einzige Begründung für die Ausprägtheit von Partizipationsmodellen in der Sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Zusätzlich wird seit Beginn der 90er Jahre von einem anderen Verhältnis von Erbringern und Empfängern sozialpädagogischer Arbeit ausgegangen. Als zentrales Moment betrachtet Schnurr die Aufwertung der Nutzer- und Nachfrageseite gegenüber der Angebotsseite. Soziale Arbeit wird demzufolge als eine Dienstleistung verstanden, bei denen die Kunden (in dem Fall Kinder und Jugendliche) über das Angebot mitbestimmen können. Dieses neue Verständnis ging einher mit der Einführung marktähnlicher Organisations-, Finanzierungs-, und Steuerungsmodellen der Sozialen Arbeit bei ihren freien und öffentlichen Trägern.⁷⁹

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in der Sozialen Arbeit also bereits gängige Praxis. Das Ziel, die Betrachtung des Kindes als Träger eigener subjektiver Rechte, wird verfolgt und häufig auch umgesetzt. In einigen Fällen (Beispiel des Hilfeplanverfahrens, s. oben) ist allerdings der Aufwand, der zu einer Beteiligung führt, recht hoch und somit bleibt das Kind in einer passiven Rolle mit nicht-transparenten und nicht-nachvollziehbaren Entscheidungen.⁸⁰ Es besteht also Verbesserungsbedarf.

Realisiert wird Kinder- und Jugendbeteiligung tagtäglich in den unterschiedlichsten Partizipationsmodellen. Grundvoraussetzung ist hier die gesetzliche Lage, die Sozialarbeiter um die Beteiligung ihrer „Klienten“ nicht herum bringt. Alles jedoch auf gesetzliche Sachzwänge zu reduzieren, wäre sicherlich falsch, denn der pädagogische Anspruch ist für diese Maßnahmen ebenso unabdingbar wie der gesetzliche Rahmen.

3.2.2. Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung

Die Stadtplanung ist ein weiterer Bereich, in dem bürgerschaftliche Mitwirkung eine Rolle spielt. Ebenso wie in der Sozialen Arbeit waren es, aufgrund von politischen

⁷⁸ vgl. Kazemi-Weisari, Erika: Partizipation – Hier entscheiden Kinder mit, Freiburg, 1998; S. 100ff.

⁷⁹ vgl. Schnurr, Stefan: Partizipation, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik; S. 1332

⁸⁰ vgl. Lenz, Albert: Partizipation von Kindern in Beratung und Therapie; S. 26

Veränderungen, erlassene Gesetze der 60er Jahre, die für die Demokratisierung der Stadtentwicklung ausschlaggebend waren. Der Stadtplanung kommt dabei eine interessante Rolle zu: Von allen räumlichen und baulichen Veränderungen, die von der Kommune als kleinster politisch-administrativer Gebietskörperschaft vorgenommen werden, sind deren Bewohner direkt betroffen. Politische Entscheidungen, in dem Sinne, wie wir sie definiert haben, spielen sich auf kommunaler Ebene auf ähnliche Weise ab wie auf Landes- oder Bundesebene. Aufgrund der Nähe zu Entscheidungsprozessen und der direkten Betroffenheit bezeichnet Mäding die Kommune als „Schule der Demokratie“.⁸¹ Stadtplanung muss daher ein partizipatives Moment beinhalten und die Bürger in Entscheidungsprozesse miteinbeziehen. Institutionalisiert wurde die Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung durch das Bundesbaugesetz (BBauG) und das Städtebauförderungsgesetz (StBauFG).⁸² An dieser Stelle können zwar inhaltliche Details nicht näher herausgestellt werden, aber es soll zumindest ein kurzer Überblick über den Wirkungsgrad dieser Gesetze gegeben werden.

Diesem neuen Verständnis von Stadtentwicklung liegt eine Aufwertung und Ausdifferenzierung der *Bürgerrolle* zu Grunde, die Mäding in drei Kategorien unterteilt: Durch stetige Befragungen sind die Bürger zum Einen in einer *Kundenrolle*. Betriebswirtschaftlich inspiriert wird der Versuch unternommen, die Attraktivität einer Stadt an den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner auszurichten und zu optimieren. Ein wirklich partizipativer Charakter der Bürger ist hier allerdings nicht gegeben.

Des Weiteren sind die Bürger in einer *Auftraggeberrolle*. Hiermit ist die Einbeziehung der Mitglieder einer Kommune in politisch-administrative Entscheidungsprozesse gemeint. Im Unterschied zur Kundenrolle wird hier eine dialogorientierte Kommunikation angestrebt. Die Bürger sind an der zu treffenden Entscheidung beteiligt, sie haben den Auftrag zur Gestaltung und zur Kontrolle des Entwicklungsprozesses.

In der *Mitgestalterrolle* werden die Bürger zu Co-Produzenten politischen Erfolgs. Hiermit ist vor allem das Engagement in zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden gemeint, die Mäding in einer „Marklerrolle“ sieht. Sie müssen zwischen sozialen Bedürfnissen einerseits und der Bereitschaft zum sozialen Engagement andererseits vermitteln.⁸³

Ausgehend von einer veränderten Bürgerrolle, in der die Bürger nicht nur passive Konsumenten, sondern gleichzeitig auch aktive Gestalter sein sollen, begründet sich die

⁸¹ Mäding, Heinrich: Lokale Demokratie – zur aktuellen Lage, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Chancen lokaler Demokratie – Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“, Wiesbaden, 2006; S. 19

⁸² vgl. Thomaßen, Wolfgang: Politische Partizipation und Stadtentwicklungsplanung, München, 1988; S. 10

⁸³ vgl. Mäding, Heinrich: Lokale Demokratie – zur aktuellen Lage, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Chancen lokaler Demokratie; S. 23ff.

Veränderung von Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung und Planung von Städten und Gemeinden vor allem auf zwei Aspekte: Zum Einen findet eine Demokratisierung der Planungsstruktur statt, die öffentlich-bauliche Maßnahmen bürgerorientierter und transparenter gestaltet, zum Anderen wird aber auch eine Verbesserung der baulichen Umwelt angestrebt. Dies bedeutet, dass zusätzlich zur demokratiethoretischen, eine Qualitätskomponente hinzukommt. So erwähnt auch Thomaßen, dass zwar ein zeitlicher und organisatorischer Mehraufwand bei der Anwendung von partizipativen Verfahren besteht, die Bürger aber als Experten ihres Lebensraums agieren und somit die Resultate von Planungen unter Beteiligung der Betroffenen als wesentlich besser betrachtet werden können.⁸⁴

Die Planung und die Begleitung des Entwicklungsprozesses von städtischem Raum ging früher ohne die konkrete Beteiligung der Bürger vonstatten. Die Folgen dessen kann man heutzutage daran erkennen, dass Stadtplanung nicht mehr die Aufgabe hat, neuen städtischen Raum entstehen zu lassen, sondern entstandene Fehlplanungen zu beheben. Diese Probleme versucht man mit den Betroffenen zu lösen und so werden die Bürger vor Probleme gestellt, welche sie gar nicht verursacht haben. Diese Erkenntnis ist insofern wichtig, als dass man bei einer Bürgerbeteiligung auch den richtigen Zeitpunkt wählen sollte, *wann* Partizipation Sinn macht. Thomaßen leitet aus verschiedenen Untersuchungen ab, dass vor allem in der ersten Phase eines Planungsprozesses, der Zielformulierungs- und Analysephase, die konkrete Beteiligung der Bürger wichtig ist. Hier können Probleme analysiert und Vorschläge unterbreitet werden, um in weiteren Phasen den Bürgern eine Kontrollfunktion zukommen zu lassen.⁸⁵

Wie oben bereits erwähnt, schreiben das BBauG und das StBauFG die Bürgerbeteiligung in der kommunalen Bauleitplanung und an kommunalen Sanierungsvorhaben per Gesetz vor. Die tatsächliche Beteiligung der Bürger lässt aber darauf schließen, dass das tatsächliche Mitwirkungspotential dieser beiden Gesetze bei Weitem nicht ausgeschöpft wird. Bei 70% der Bürger ist demnach noch nicht einmal das Wissen über die konkreten Mitwirkungsmöglichkeiten vorhanden. Über 80% gaben bei einer Umfrage an, in diesem Bereich in den vergangenen drei Jahren keine (der vielfältigsten) Möglichkeiten der Einflussnahme genutzt zu haben.⁸⁶ Die Ursachen liegen hierfür aber weniger in einer prinzipiellen Ablehnung der Partizipation an sich. Menschen haben ein großes Interesse an der Gestaltung ihrer Wohnumwelt, sowie ein Bedürfnis nach

⁸⁴ vgl. Thomaßen, Wolfgang: Politische Partizipation und Stadtentwicklungsplanung; S. 17ff.

⁸⁵ a.a.O.; S. 18

⁸⁶ vgl. Windhoff-Heritier, Adrienne/Gabriel, Oscar W: Politische Partizipation an der kommunalen Planung; in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München, 1983; S. 146; vgl. auch aktuellere Studien: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja/Thaidigsmann, S. Isabell: Bürgerbeteiligung 2030: Strategien für einen benachteiligten Stadtteil; in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Chancen lokaler Demokratie; S. 31-54

Identifikationsmöglichkeiten.⁸⁷ Das Problem dabei ist, dass sie nicht von Beginn an mit den Projekten konfrontiert werden, sondern erst ab dem Zeitpunkt, an dem Mängel und Unzufriedenheit bereits existent sind. Dies hat Auswirkungen auf ihre Auftraggeberrolle, da sie sich nur partiell eingebunden fühlen und so der Eindruck entsteht, dass die Bürger erst dann gefragt werden, wenn vieles bereits zu spät ist. Aus den „Bürgern als Auftraggebern“ werden in der Praxis „Bürger als Feuerwehrmänner“ – sie werden erst geholt, wenn es bereits brennt.

3.2.3. Mitbestimmung in der Wirtschaft

In den gesellschaftlichen Bereichen der Sozialen Arbeit und der Stadtplanung fällt eine Begründung zur Demokratisierung der Bereiche und somit auch zur Partizipation relativ leicht – schließlich ist die Beteiligung der Menschen in öffentlich-staatlichen Bereichen eine Bedingung für eine demokratisierte Gesellschaft. Anders sieht dies in der privaten Wirtschaft aus: Neoliberale Vertreter lehnen eine Demokratisierung der Wirtschaft ab, da hierdurch die „verfassungsgemäß verbürgten Rechte der Kapitaleigner in ihrem Wesensgehalt“⁸⁸ angetastet werden. Diese Position setzt also ein Verständnis von Wirtschaft voraus, in dem der Kapitalbesitzer eine Befugnis zur alleinigen Bestimmung über all seine wirtschaftlichen Beziehungen besitzt oder besitzen soll. Das Kapital setzt der Eigner an der Stelle als das legitime Mittel zur Herrschaft ein, um im Weber'schen Sinne zu argumentieren.⁸⁹

Andere sehen die Wirtschaft als „ein System von Einrichtungen und Maßnahmen zur planvollen Versorgung des menschlichen Bedarfs nach materiellen und immateriellen Gütern.“⁹⁰ Diese verschiedenen Systeme (Unternehmen) sind eingebettet in eine staatlich organisierte Gesellschaft und beinhalten einen wettbewerbswirtschaftlichen Koordinationstypus. Dies gilt zumindest für den Grundkonsens der sozialen Marktwirtschaft. Gleichzeitig impliziert diese Definition, dass Unternehmen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen und somit auch ihre Akteure, Kapitaleigner einerseits und Arbeitnehmer andererseits, ein Mitbestimmungsrecht besitzen. Die Demokratisierung der Wirtschaft lässt sich im Kern also darauf begründen, dass die Arbeitnehmer nicht nur arbeiten, um Lohn zu erhalten, sondern sie auch zur Profitsteigerung des Arbeitgebers beitragen. Dass das Unternehmen seine Gewinne maximiert, ist also auch ein Verdienst der Arbeitnehmer. Aus diesem Grund ist eine Beteiligung der Arbeitnehmer an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen unerlässlich.

⁸⁷ vgl. Thomaßen, Wolfgang: Politische Partizipation und Stadtentwicklungsplanung; S. 15

⁸⁸ Barthel, Eckhardt/Dikau, Joachim: Mitbestimmung in der Wirtschaft, Berlin, 1980; S. 27

⁸⁹ vgl. dazu Kapitel 3.1.

⁹⁰ Graetz, Wolfgang: Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung – Möglichkeiten und Grenzen eines Postulates in der Unternehmung, Diessenhofen, 1974; S. 53

Graetz versteht unter wirtschaftlicher Mitbestimmung „die institutionelle Verankerung von Mitentscheidungsrechten der Arbeitnehmer bzw. ihrer Vertreter in allen wirtschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie ihrer Realisierung auf welcher wirtschaftlichen Stufe auch immer.“⁹¹ Durch sie können Arbeitnehmer im betrieblichen Rahmen auf personelle oder wirtschaftliche Veränderungen Einfluss nehmen. Die Einflussnahme bleibt aber institutionell, d.h. die Partizipationsmöglichkeiten begründen sich auf die Verfassung, Gesetze und auszuhandelnde Verträge.

Die *Ziele der wirtschaftlichen Mitbestimmung* gehen weit auseinander und sind abhängig von den jeweiligen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen. An dieser Stelle seien drei Ziele der wirtschaftlichen Mitbestimmung genannt:

(1) *Integration*

Dies ist der gemäßigtste Ansatz von betrieblicher Mitbestimmung. Integration zielt auf die Lösung des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit durch eine Sozialpartnerschaft von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Man geht davon aus, dass sich bei beteiligten Beschäftigten durch Mitbestimmung ein Identifikationsgefühl zu „ihrem“ Unternehmen entwickelt, somit die Arbeitsmotivation steigt und die Beschäftigten durch eine gesteigerte Zufriedenheit auch produktiver arbeiten.

(2) *Reform*

Ziel dieses Verständnisses von wirtschaftlicher Beteiligung ist die Überwindung des bloßen Lohnarbeitsverhältnisses. Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist dafür unerlässlich. Paritätische Mitbestimmung in den entsprechenden Gremien soll dazu beitragen, aus Objekten der Wirtschaft aktiv gestaltende Subjekte werden zu lassen, denen die Möglichkeit geboten wird, sich in ihrer Arbeit selbst zu verwirklichen.

(3) *Systemveränderung*

Sozialistische Vertreter sehen in der Mitbestimmung eine Vorstufe zur Überwindung der kapitalistischen Ordnung hin zur gänzlichen Selbstbestimmung. Die Mitbestimmung soll dazu dienen, gesellschaftliche Gegenmacht zur kapitalistischen Ordnung aufzubauen, hierarchische Strukturen abzubauen und die Arbeitnehmer aktiv an allen Entscheidungen teilhaben zu lassen.⁹²

Alle Formen der betrieblichen Mitbestimmung haben eine gesteigerte Lebensqualität der Beschäftigten zum Ziel. Der Grad der Veränderung variiert jedoch sehr stark.

⁹¹ a.a.O.; S. 47

⁹² vgl. Barthel, Eckhardt/Dikau, Joachim: Mitbestimmung in der Wirtschaft; S. 32ff.

Die Mitbestimmung ist, wie bereits erwähnt, institutionell durch Verfassung, Gesetz und Vertrag begründet. Durch die vertragliche Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Tarifautonomie) werden Eingriffe des Staats auf ein Minimum reduziert. Die Tarifautonomie wird sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite begrüßt. Aus beiden Sichtweisen bildet der Vertrag gegenüber Gesetzen „ein schmiegsameres Instrument zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, da er sich viel flexibler an die sich ständig ändernde soziale Umwelt anpassen lässt.“⁹³ In Tarifabschlüssen können sowohl die Produktivität des Unternehmens oder der jeweiligen Branche, als auch die allgemeine wirtschaftspolitische Situation berücksichtigt werden – ein Gesetz könnte dies nie leisten. Es ist also erkennbar, dass Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Wirtschaft, ähnlich wie im politischen System, über ein Stellvertreterprinzip laufen. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer sind in ihren Interessenverbänden (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) organisiert. Doch wie sehen die konkreten Formen der Mitbestimmung aus? Graetz unterteilt die wirtschaftliche Mitbestimmung in fünf verschiedene Ebenen:

- *Supranationale Mitbestimmung*
- *Wirtschaftspolitische Mitbestimmung*
- *Mitbestimmung im Unternehmen*
- *Mitbestimmung im Betrieb*
- *Mitbestimmung am Arbeitsplatz*

Letztere drei lassen sich kategorisieren in „unternehmensinterne Mitbestimmungsmöglichkeiten“, die übrigen sind „unternehmensexterne Mitbestimmungsmöglichkeiten“.⁹⁴ Diese lassen sich häufig für den Arbeitnehmer nur schlecht nachvollziehen. Der Einfluss darauf wird eher als gering eingeschätzt.

An dieser Stelle kann sicherlich nicht auf alle Ebenen der Mitbestimmung näher eingegangen werden, daher soll zum Abschluss ein Blick auf zumindest eine Form der unternehmensinternen Mitbestimmung geworfen werden, nämlich der *Mitbestimmung am Arbeitsplatz*. Diese Form ist die spärlichste Form der Mitbestimmung. Zwar haben die Beschäftigten das Recht, an allen Entscheidungen mitzuwirken, die ihre unmittelbare Arbeitssituation betrifft, und auch das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) bietet ihnen konkrete Möglichkeiten, insgesamt lässt sich damit jedoch relativ wenig erreichen und verbessern. Auch die Gewerkschaften konzentrieren sich weniger auf diese Ebene der Mitbestimmung, da hier der Solidaritätsgrundsatz nicht zum Tragen kommt. Die Verbesserung der Situation einzelner Arbeitnehmer wird zwar von den Gewerkschaften

⁹³ Graetz, Wolfgang: Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung; S. 65

⁹⁴ vgl. a.a.O.; S. 53f.

unterstützt (z.B. durch Rechtsberatung), allerdings besitzen gesamtbetriebliche Angelegenheiten, wie das Gründen und Beraten von Betriebsräten oder Jugend- und Auszubildendenvertretungen, sowie das Aushandeln von Tarifverträgen in den Kommissionen, eine deutlich höhere Priorität.⁹⁵

Die Diskussion um die Mitbestimmung der Betroffenen in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist nicht neu, sondern reicht zurück bis zu den industriellen Anfängen im 19. Jahrhundert und dem Beginn der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Diese hat bis heute einen großen Anteil an den erstrittenen Arbeitnehmerrechten. Ob die Rechte bewahrt und ausgebaut werden können ist davon abhängig, inwieweit die Arbeitnehmer bereit sind, sich für ihre Belange einzusetzen. Die Partizipation in den geschaffenen betrieblichen Gremien (Betriebsrat, etc.), sowie in den Gewerkschaften als solches, ist dafür so lang unerlässlich, wie Kapital und Arbeit in einem disproportionalen Verhältnis zueinander stehen.

3.2.4. Partizipation in der Politik

In Kap. 2 wurde bereits intensiv auf die Praxis politischer Partizipation eingegangen. Dies soll an dieser Stelle durch einen theoretischen Bezugsrahmen ergänzt werden. Dass die Partizipationsformen vielfältig sind, ist in den vorangegangenen Unterkapiteln, deutlich geworden. Durch das Auflösen von traditionellen Bindungen der Bürger an die Parteien entstanden vielfältige alternative Möglichkeiten der politischen Beteiligung: Bei Schnurr werden die politischen Partizipationsformen in vier verschiedene Bereiche unterschieden:

(1) *Verfasste und indirekte Formen*

Hierzu zählen u.a. Wahlen, Mitgliedschaft und Arbeit in Parteien, Anhörungen, Beiräte und Kommissionen oder auch die Beteiligung der Parlamente. Verfasste und indirekte Formen politischer Partizipation haben immer einen formalistischen Charakter.

(2) *Verfasste und direkte Formen*

Auch diese Kategorie trägt formalistische Züge, allerdings werden hierbei konkrete und einmalige politische Ziele verfolgt. Als Beispiel seien hier Bürgerbegehren oder Volksentscheide genannt.

(3) *Nicht-verfasste und direkte Formen*

Zu den nicht-verfassten und direkten Formen zählen Bürgerinitiativen oder Protestformen wie Demonstrationen. Sie sind gekennzeichnet durch lose

⁹⁵ vgl. Barthel, Eckhardt/Dikau, Joachim: Mitbestimmung in der Wirtschaft; S. 104f.

Verbindungen; Mitgliedschaften o.ä. sind hier nicht nötig. Zudem verfolgen sie ein konkretes Ziel.

(4) *Nicht-verfasste und indirekte Formen*

Bürgerforen, Interessensgruppen- und verbände zählen zu dieser Form. Eine kontinuierliche Beteiligung der Teilnehmer ist zwar wünschenswert, aber nicht zwingend. Indirekt ist diese Form deshalb, da aus ihr kein politisches Resultat hervorgehen kann, sondern das Resultat erst in Verhandlungen bestimmt wird.⁹⁶

Schneider unterscheidet darüber hinaus noch einmal die legalen (s. oben) von den illegalen Partizipationsmöglichkeiten. Letztere können sich äußern in zivilem Ungehorsam (gewaltfreie, aber nicht genehmigte Demonstrationen, wilde Streiks, Hausbesetzungen, etc.) oder in politischer Gewalt (Aktivitäten, bei denen Gewalt als Mittel zur Artikulation politischer Interessen nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird). Die Teilnahmebereitschaft hierfür ist aber vergleichsweise gering.⁹⁷

Die Erkenntnis aus der Einteilung in vier verschiedene Ebenen politischer Partizipation liegt nun darin, dass diese nicht nur für das konventionelle politische Verständnis an sich, sondern ebenso für alle oben aufgeführten gesellschaftlichen Bereiche im gleichen Maße gelten. Auch die Soziale Arbeit, die Stadtplanung und die Wirtschaft haben ihren Platz in diesem Schema. Diese Erkenntnis soll im Nachfolgenden weiter ausgeführt werden.

3.2.5. Zwischenfazit

Im soziologischen Konzept „exit, voice and loyalty“ zeigt Hirschman drei verschiedene Formen der Reaktion auf Fehlverhalten von Staaten, Betrieben, politischen Parteien und anderen Organisationen auf: Entweder steigen die unzufriedenen Mitglieder aus („exit“-Option, sie wandern aus, verlassen die Organisation oder kündigen ihren Arbeitsplatz), sie beginnen zu protestieren („voice“-Option, bei Hirschman am Beispiel der Montagsdemonstrationen in der DDR beschrieben) oder sie tun nichts, leisten in diesem Fall aber Unterstützung („loyalty“-Option).⁹⁸ Entscheiden sich die Mitglieder gegen die Variante „loyalty“, so beginnen sie mit der Partizipation, die, wie oben gezeigt, immer politisch ist.⁹⁹

⁹⁶ vgl. Schnurr, Stefan: Partizipation, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik; S. 1337

⁹⁷ vgl. Schneider, Helmut: Politische Partizipation – Zwischen Krise und Wandel, in: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland; S. 302ff.

⁹⁸ vgl. Offe, Claus: Albert O. Hirschman: Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States, in: Kaesler, Dirk/Vogt, Ludgera (Hrsg.): Hauptwerke der Soziologie, Stuttgart, 2000; S. 198ff.

⁹⁹ Anm.: An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass „Politik“ in der vorliegenden Arbeit auf die allgemeine Gestaltung und Veränderung von Lebenswelten abzielt und weniger als

Dass sich Partizipation in unterschiedliche Kategorien fassen lässt, ist bereits im vorangegangenen Unterkapitel deutlich geworden. Durch die verschiedenen gesellschaftlichen Anwendungsfelder konnte gezeigt werden, dass Partizipation keineswegs ein Begriff ist, der sich auf ein konventionelles politisches Verständnis beschränken lässt. Vielmehr ist durch die Vorstellung von Partizipationsmöglichkeiten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen deutlich geworden, dass sobald davon die Rede ist, Betroffene an der Gestaltung der jeweiligen Projekte teilnehmen zu lassen, sich dies zu einem Politikum entwickelt. Oder entgegengesetzt formuliert: Ein Politikum entsteht dann, wenn mehrere Menschen beginnen, im öffentlichen Raum zu einem Thema von öffentlichem Belang zu interagieren. Hannah Arendt würde sich zufrieden zeigen, da dies auch ihr Verständnis von Politik beinhaltet.

In den aufgezeigten unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wird Partizipation zunächst erst mal als eine Pflichtleistung verstanden, bei der die Herrschenden per Gesetz daran gehalten sind, die Beherrschten mit einzubeziehen (im Übrigen eine Alternative zu Webers herrschaftssoziologischem Entwurf). In der Sozialen Arbeit ist dies das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), in der Stadtplanung das Bundesbaugesetz (BBauG) und das Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) und in der Wirtschaft u.a. das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Die Begründung für die Beteiligung der Betroffenen liegt einerseits in der Annahme, dass nur mit ihrer Beteiligung wirklich von einer Demokratie gesprochen werden könne, die ihren Namen auch verdient, und andererseits, dass durch Beteiligung eine qualitative Verbesserung der jeweiligen Planungsergebnisse entsteht. Bei Vertretern der partizipatorischen Demokratietheorie steht dabei der Gedanke der Selbsttransformation im Vordergrund. So sagt Habermas: „Demokratie arbeitet an der Selbstbestimmung der Menschheit, und erst wenn diese wirklich ist, ist jene wahr. Politische Beteiligung wird dann mit Selbstbestimmung identisch sein.“¹⁰⁰ Aus demokratietheoretischer Perspektive ist Partizipation also nicht nur eine lästige Pflichterfüllung, sondern unbedingte Voraussetzung auf dem Weg zur Selbstbestimmung des Individuums.

Kaase kann in seiner Studie aufzeigen, dass sich die konventionellen Formen der Politik (beruhend auf Repräsentation) in den westlichen Demokratie einer „zunehmenden Forderung der Bürger nach mehr sozialen und politischen Beteiligungsrechten“¹⁰¹ gegenübersehen. Selbstverständlich geht diese Forderung über den konventionellen

Instrument zur Verteidigung von Macht und Herrschaft angesehen wird. Die Gestaltung und Veränderung bezieht sich hierbei nicht nur auf Möglichkeiten innerhalb der Regierungsapparate und ähnlicher konventioneller Settings, sondern geht weit darüber hinaus (s. unten).

¹⁰⁰ Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien; S. 258

¹⁰¹ Kaase, Max: Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?, in: Raschke, Joachim (Hrsg.): Bürger und Parteien – Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen, 1982; S. 186

Rahmen politischer Mitbestimmung hinaus und erschließt sich in alle oben genannten gesellschaftlichen Bereiche und weit darüber hinaus. Diese, dort geltenden Gesetze zur Miteinbeziehung der Bürger in Planungsprozesse, sind Resultate der, wie Kaase es nennt, partizipatorischen Revolution. Sie sind in einer Zeit entstanden, in der gut entwickelte Industriegesellschaften mit der Forderung ihrer Mitglieder nach Teilnahme und Teilhabe konfrontiert wurden, und die heute, in einer weitestgehend post-industriellen Gesellschaft ihr Ende noch lange nicht erreicht haben. Bereits einmal befand sich die Bundesrepublik auf dem Weg zu einer partizipatorischen Revolution: Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus schaffte mit den Runden Tischen Formen von Partizipation, die sich dauerhaft jedoch nicht etablieren ließen.

Doch Partizipation hat auch Grenzen – neben der grundsätzlichen Kritik, die davor warnt, die Kompetenzen der Bürger zu überschätzen oder die Gefahr einer Destabilisierung der politischen Ordnung sieht,¹⁰² gibt es auch ganz pragmatische Nachteile. Beispielsweise die mangelnde Beteiligung, welche alle Bürger als passive Objekte stigmatisiert, die nicht an der Ausgestaltung ihrer Zukunft interessiert zu sein scheinen. An dieser Stelle muss wiederholt werden, dass der Grund hierfür aber nicht in einer ablehnenden Haltung gegenüber ihren eigenen Zukunftsperspektiven liegt, sondern darin, dass die Bürger meist erst dann beteiligt werden, wenn es entweder um die Korrektur von nahezu bedeutungslosen Nuancen geht oder die Bürger den bereits entstandenen Schaden korrigieren sollen. Eine Mitgestaltung von Beginn an würde ein größeres Identifikationspotential implizieren.

Die Unausgewogenheit bei den konkreten Beteiligungsmöglichkeiten stellt ein weiteres Problem dar. Gabriel konnte für die Stadtplanung feststellen, dass es „vorwiegend die artikulationsstarken, gebildeten Mittelschichtsangehörigen [sind], die sich bei Planungsverfahren engagieren und [...] der Verwaltung Paroli zu bieten vermögen.“¹⁰³ Außerdem kommen viele Veranstaltungen, beispielsweise die Bürgerversammlung, nur redegewandten Bürger entgegen. Experten auf Podien haben meist keine Schwierigkeiten damit, Argumente von schüchternen, unerfahrenen Bürgern allein durch rhetorisches Geschick zu entkräften.¹⁰⁴ Redegewandt und rhetorisch geschickt sind in erster Linie Angehörige der Mittelschicht und somit läuft auch die partizipatorische Demokratie Gefahr, nur einer Beteiligungselite entgegen zu kommen. Die Hierarchisierung der Partizipationsformen scheint bei der Beteiligung das größte Problem sein. Ein

¹⁰² vgl. Schmidt, Manfred G.: *Demokratiethorien*; S. 262

¹⁰³ Windhoff-Heritier, Adrienne/Gabriel, Oscar W.: *Politische Partizipation an der kommunalen Planung*; in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie*; S. 147

¹⁰⁴ vgl. ebd.

hierarchiefreier Raum, in dem alle Individuen als gleichberechtigte politische Akteure auftreten können, zählt zu einer Notwendigkeit emanzipatorischer Partizipation.

3.3. Pädagogische und psychologische Aspekte sozialen und politischen Engagements im Jugendalter

Die, bis zu diesem Zeitpunkt der Arbeit diskutierten Sachverhalte, thematisieren in erster Linie politische Begründungen für Partizipation. Die Gegenargumente zielten meist auf die qualitative Dimension von Bürgerentscheidungen ab. Gerade Kindern und Jugendlichen wird allzu oft nicht die nötige Kompetenz zur Mitbestimmung ihrer Lebensbereiche zugesprochen. Daher soll im Nachfolgenden erneut der Fokus auf Kinder und Jugendliche gelegt werden.

Wer aus einer radikaldemokratischen Sichtweise heraus behauptet, Partizipation könne gar nicht früh genug ansetzen oder gar politische Forderungen nach der kompletten Abschaffung des Wahlalters erhebt, sollte dabei die entwicklungspsychologische Komponente beachten: Ab wann ist ein Kind in der Lage, politisch mitzuentcheiden und mitzubestimmen? Ab welchem Alter ist die Urteilsfähigkeit eines Kindes soweit ausgeprägt, dass komplexe Sachverhalte verstanden und beurteilt werden können? Und wie kann Bereitschaft zu politischem und sozialem Engagement gefördert werden? Diese Themen an dieser Stelle der Arbeit zu platzieren, macht Sinn, da bereits ein Überblick über die verschiedenen gesellschaftlichen Anwendungsfelder gegeben wurde. Wenn man nun im Weiteren von der Partizipation aller Betroffenen redet, sollte man auch klären, wen man mit „*allen*“ Betroffenen eigentlich meint und ob es auch hier zu möglicher Ausgrenzung und daraus resultierender Fremdbestimmung kommt.

Die hessische Landesregierung weist in einer Broschüre darauf hin, dass Kinder auf der Verständnisebene bereits im Alter von drei Jahren fähig zur Mitbestimmung und mit sechs bis sieben Jahren ernstzunehmende Partner seien.¹⁰⁵ Sie beruft sich dabei auf den Entwicklungspsychologen Rolf Oerter. Dies hat durchaus seine Berechtigung, schließlich beginnen Kinder ab diesem Alter mehr und mehr über ihr persönliches Schicksal zu bestimmen, allerdings nur auf privater Ebene (bsp. der Schul- oder auch später der Berufswahl). In der gegenwärtigen politischen Praxis ist dies aber nur bedingt der Fall. Kinder und Jugendliche werden, im Gegensatz zu Erwachsenen, nur dann in politische Entscheidungsprozesse miteinbezogen, wenn sie unmittelbar von der Entscheidung betroffen sind und das auch nur dann, wenn an der Stelle überhaupt ein Partizipationsangebot unterbreitet wird.¹⁰⁶

Entscheidend für die Frage, ab welchem Alter politische Partizipation Sinn mache, sind die kognitiven Voraussetzungen. Diese werden bei Oerter unterteilt in formal-logisches Denken und komplexes, dialektisches Denken. Bei dem zuerst Genannten ist nach Piaget

¹⁰⁵ vgl. Hessisches Sozialministerium: Partizipation in Hessen, Wiesbaden, 2006; S. 7

¹⁰⁶ vgl. Kap. 3.2.1

das höchstmögliche Denkniveau bereits im Jugendalter erreicht, mit der Einschränkung aktuellerer Forschungsbefunde, die diese Aussage nur für Jugendliche mit höherer Schulbildung gelten lassen und gleichzeitig formal-logisches Denken als etwas Domänenspezifisches sehen. Wer z.B. in der Mathematik auf einem solch hohen Niveau ist, muss es nicht automatisch auch in politischen Diskussionen sein. Dennoch: Würde man davon ausgehen, dass politische Entscheidungen rein logischen Gesetzen folgen, gäbe es nach Oerter keinen Grund dafür, Jugendliche ab einem Alter von etwa 15 Jahren anders zu behandeln als Erwachsene.¹⁰⁷

Anders sieht es bei dialektischem und komplexem Denken aus. Zu Letzterem sind Kinder und Jugendliche auf einem niedrigeren Niveau fähig, wenngleich diese Fähigkeit auch bei Erwachsenen unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Dialektisches Denken, das Erkennen von Widersprüchen, die Bearbeitung und Überführung dieser zu einer Synthese, also zu einer neuen Theorie, findet im Jugendalter so gut wie gar nicht statt. Hier befinden sich Kinder und Jugendliche im Nachteil, da dialektisches Denken für die Wahrnehmung unterschiedlicher politischer Positionen von Relevanz ist.

Jugendliche verfügen bereits sehr früh über fluide Intelligenz, also kultur- und wissensunabhängige Leistungen der Informationsverarbeitung. Sie sind hier den Erwachsenen sogar überlegen, sind aber auf der Ebene der kristallinen Intelligenz, d.h. des im Laufe des Lebens übernommenem kulturellen Wissens, den Erwachsenen aufgrund von mangelnder Lebenserfahrung logischerweise unterlegen.¹⁰⁸ Erwachsene verfügen somit über ein höheres Maß an Urteilskapazität in politischen Fragen. Dies reicht häufig als Begründung aus, um Jugendlichen die politische Mitbestimmung zu verwehren. Jedoch bringt ein erhöhtes Maß an Urteilskapazität, ausschließlich basierend auf Lebenserfahrung (wie auch immer diese sich definiert), auch ein Denken in Sachzwängen mit. Erwachsene haben, im Gegensatz zu Jugendlichen, für alles vorgefasste Lösungen. Da sie meist alles wissen und man ihnen sowieso nichts Neues mehr erzählen kann, (ein Phänomen, welches Adorno im Übrigen in seiner Theorie der Halbbildung beschreibt¹⁰⁹), erachten Erwachsene es auch nicht als notwendig, Kreativität und Spontaneität zu entfalten, um (politische) Probleme zu lösen.

Um soziales und politisches Engagement bei Jugendlichen zu fördern, sind nach Buhl und Kuhn vor allem vier Aspekte wichtig: Zunächst muss die Beteiligung auf Freiwilligkeit beruhen. Dies impliziert natürlich auch ein Themenangebot, welches sich an den Interessen der Jugendlichen orientiert. Zudem muss gewährleistet sein, dass Jugendliche

¹⁰⁷ vgl. Oerter, Rolf: Können Jugendliche politisch mitentscheiden?, in: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik; S. 34f.

¹⁰⁸ a.a.O.; S. 36

¹⁰⁹ vgl. Adorno, Theodor W.: Theorie der Halbbildung, in: Theodor W. Adorno, Gesammelte Schriften, Frankfurt/Main, 1972

Selbstbestimmung und Autonomie innerhalb des Projektes realisiert sehen. Darüber hinaus generiert ein realer Bezug des Themas die Stärkung von Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit, also eine allgemeine positive Ich-Stärkung. Zuletzt muss es für Jugendliche eine zeitliche Verpflichtung innerhalb des Projektes geben, um eine kontinuierliche Mitarbeit zu gewährleisten. Dabei werden Autonomie, Kompetenz und soziale Einbindung als Grundbedürfnisse des Menschen betrachtet.¹¹⁰ Werden diese Grundbedürfnisse realisiert, können Erfahrungswerte gemacht werden, die gesellschaftliches Engagement zu einem grundlegenden Bedürfnis im Erwachsenenalter werden lassen. Buhl und Kuhn erachten dabei das *Konzept der Erfahrungstranszendenz* als bedeutsam, indem das Individuum drei Phasen durchläuft:

1. Wahrnehmung anderer Menschen als eigenständige Subjekte mit individueller Lebensgeschichte und Interessen → der Blick geht also weg von einer reinen Ich-Bezogenheit
2. Daraus resultiert eine Überprüfung der eigenen Einstellungen und Vorurteile
3. Somit findet eine Wahrnehmung von Ursachen gesellschaftlicher Missstände statt und die Reflexion von potentiellen Veränderungsmöglichkeiten beginnt¹¹¹

Das Konzept der Erfahrungstranszendenz, die langsame Überführung von der Passivität zu einem Bewusstsein agieren zu können und handlungsfähig zu sein, ist also erlernbar. Dieser Lernprozess ist weniger kognitiv, als vielmehr affektiv, auf einer gefühlsmäßigen Grundlage basierend. Holzkamp bezeichnet dies als „sachinteressiert-expansives“ Lernen, welches sich deutlich vom „defensiven“ Lernen des Schullalltags unterscheidet.¹¹² Was Holzkamp detailliert unter dieser Lernform versteht, wie er sie abgrenzt und worin er die Vorteile sieht, wird ausführlicher in Kap. 5 thematisiert.

Buhl und Kuhn resümieren, dass die Kombination von sozialen Ressourcen und kognitiver Beanspruchung, eingebettet in nicht-leistungsbewertende Settings, förderlich für die Entwicklung der Persönlichkeitsstruktur des Kindes ist. Positive Eigenschaften wie prosoziales Verhalten, schulischer Erfolg und Verantwortungsübernahme sind vor allem bei den Jugendlichen am stärksten ausgeprägt, bei denen ein hohes Maß an Mitmachangeboten vorhanden ist. Zusätzlich zur Förderung der eigenen Persönlichkeitsstruktur bietet soziales und politisches Engagement im Jugendalter

¹¹⁰ vgl. Buhl, Monika/Kuhn, Hans-Peter: Persönlichkeitsentwicklung durch gesellschaftliches Engagement im Jugendalter, in: Journal für politische Bildung, Schwalbach, Heft 1, 2006, S. 31f.

¹¹¹ a.a.O.; S. 33f.

¹¹² vgl. Holzkamp, Klaus: Lehren als Lernbehinderung - Vortrag, gehalten auf dem schulpolitischen Kongreß der GEW Hessen, „Erziehung und Lernen im Widerspruch“, am 3.11.1990 in Kassel, in: Forum Kritische Psychologie 27, Berlin, 1991; S. 16

„vielfältige Möglichkeiten, sich als aktive, mündige, verantwortungsbewusste und verantwortungsbereite Bürgerinnen und Bürger zu üben, ein entsprechendes Handlungsrepertoire aufzubauen und aktiv zu sein.“¹¹³

Dass soziales und politisches Engagement für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen förderlich ist, ist nun recht deutlich geworden. Gestützt und ergänzt werden die pädagogischen Befunde von Buhl und Kuhn durch die kognitionspsychologische Komponente von Oerter, der Jugendliche zwar im Bereich des dialektischen Denkens sowie der kristallinen Intelligenz unterlegen sieht, diese Unterlegenheit allerdings durch ein höheres Maß an Kreativität und Spontaneität aufgehoben wird. Dies erachtet er sogar als notwendig, um Sachzwangdenken aufzubrechen. Oerter sieht eine qualitative Verbesserung politischer Entscheidungen durch die Miteinbeziehung von Kindern und Jugendlichen. Doch was sind nun die Schlussfolgerungen?

Während sich die Autoren der Shell-Jugendstudie darauf beschränken, die Parteien und andere politische Organisationen aufzufordern, den Jugendlichen ein besseres Angebot zu unterbreiten, oder Zugänge zu erleichtern,¹¹⁴ fordert Oerter die Verbesserung der politischen Entscheidungsfähigkeit durch die Übergabe von Verantwortung in die Lebensbereiche der Jugendlichen.¹¹⁵ Konkret würde das mehr Mitbestimmung in Schule, Hochschule und Betrieb, sowie eine stärkere Mitverantwortung und Mitentscheidung an allen politischen Fragen bedeuten. Dies scheint im Vergleich der wirkungsvollere Ansatz zu sein, da man nicht davon ausgehen kann, dass sich Parteien insoweit öffnen, als dass sie etwas von ihrem Machtpotential abgeben würden. Umgedreht sind es aber auch die Institutionen selbst, vor denen sich (nicht nur) Jugendliche abgeschreckt zeigen.

Kinder und Jugendliche sind spontaner, flexibler, wollen schnelle Entscheidungsfindungen und neigen eher zu Aktionismus.¹¹⁶ Vor diesem Aktionismus wird, egal bei welchem politischen Thema, seitens der Vertreter politischer Organisationen immer gewarnt. Das Gegenteil aber bedeutet langwierige Sitzungen und Diskussionen mit beratungsresistenten Teilnehmern. Dies ist ein Kritikpunkt an der Politik, den mit Sicherheit nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch viele Erwachsene haben. Wenn die Kritikpunkte in der landläufigen Meinung der Erwachsenen in Einklang mit den Wünschen der Kinder und Jugendlichen stehen, ist es demnach nur folgerichtig, den

¹¹³ vgl. Buhl, Monika/Kuhn, Hans-Peter: Persönlichkeitsentwicklung durch gesellschaftliches Engagement im Jugendalter, in: Journal für politische Bildung; S. 34ff.

¹¹⁴ vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006; S. 130

¹¹⁵ vgl. Oerter, Rolf: Können Jugendliche politisch mitentscheiden?, in: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik; S. 44

¹¹⁶ vgl. Lehwald, Gerhard/Madlmayer, Eva: Kinder- und Jugendforen: Pädagogische und psychologische Voraussetzungen einer Partizipation, in: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik; S. 305f.

Prozess der politischen Entscheidungsfindung nach diesen Kriterien umzugestalten. Im Vorwort der Broschüre der hessischen Landesregierung betont Sozialministerin Silke Lautenschläger die Notwendigkeit, „dass Partizipation in der Familie beginnt, sich in Kindergarten, Schule und Verbänden fortsetzt und besonders in den Kommunen ein selbstverständliches Element unserer demokratisch-politischen Kultur wird“.¹¹⁷ Die Wiederheraufsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen in Hessen von 16 auf 18 Jahre, sowie die bewusste Nicht-Miteinbeziehung der hessischen Schüler in der Diskussion um die sie betreffende „Unterrichtsgarantie Plus“ sind nur zwei Beispiele, in dem die institutionell verfasste Politik im realen politischen Geschehen Partizipation nicht zu fördern, sondern eher zu zerstören versucht.

¹¹⁷ Hessisches Sozialministerium: Partizipation in Hessen; S. 1

3.4. NGOs als zukunftsweisende Akteure zivilgesellschaftlichen Handelns

In der vorliegenden Arbeit wurden Formen sozialen und politischen Engagements bereits ausführlich diskutiert. Dabei wurde jedoch bisher nicht exakt unterschieden, was nun eine politische und was eine soziale, gesellschaftliche Handlung ist. Lassen sich diese Begriffe heutzutage überhaupt noch voneinander trennen? Diese Frage soll nun mit Hilfe des Phänomens der Zivilgesellschaft beantwortet werden.

In den letzten beiden Jahrzehnten taucht in der öffentlichen Diskussion immer wieder die Frage nach der Rolle der Zivilgesellschaft auf. Möglicherweise resultiert diese Diskussion verstärkt aus dem Aspekt der Resignation und der Enttäuschung gegenüber Vertretern der repräsentativen Demokratie. In jedem Fall ist die Zivilgesellschaft, so aktuell sie in der Diskussion auch ist, keine Erfindung der Neuen Sozialen Bewegungen, sondern wird im besten Fall durch sie neu belebt.

Bereits Aristoteles hatte mit der „polis“ ein Verständnis von Zivilgesellschaft. Er verstand darunter eine Gemeinschaft von Bürgern, innerhalb derer das Ziel der Glückseligkeit des tugendhaften Leben von den Menschen verfolgt wird. Nach seiner Vorstellung gehören alle Menschen zur „polis“, die sich aus den Zwängen des Ökonomischen befreien können (demnach also nicht die Untertanen und Sklaven) und somit auch über genügend Zeit und Eigentum verfügen, um sich der politischen Praxis zu widmen. Adloff weist zurecht darauf hin, dass dieses Demokratieideal, dem aristokratischen Republikanismus entsprechend, bis in die heutige Zeit nachhallt.¹¹⁸

Heutzutage umfasst die Zivilgesellschaft einen weiten Kreis. Der Begriff ist populär und gleichermaßen völlig missverständlich. Zwar gelang es ihm, sich von der aristotelischen Bedeutung, welche die Zivilgesellschaft eng an den Staat koppelte, zu emanzipieren und einen eigenen Stellenwert zu erreichen. Dennoch versuchen verschiedene Kräfte in Abhängigkeit von den jeweiligen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, den Begriff für sich zu interpretieren. Verstehen die einen unter Zivilgesellschaft ein radikales Reformkonzept zur Stärkung der demokratischen Selbstregulierung, wird er von neoliberaler Seite genutzt, um Vorstellungen nach Eigenverantwortlichkeit im Sinne des Rückbaus sozialstaatlicher Leistungen durchzusetzen.¹¹⁹ Für Adloff bezeichnet Zivilgesellschaft „den Raum, wo sich Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als Bürger treffen, und solidarisch oder konflikthaft handeln – sie können sich horizontal vernetzen, solidarisch handeln und sich bürgerschaftlich selbst organisieren, oder sie beziehen sich

¹¹⁸ vgl. Adloff, Frank: Zivilgesellschaft – Theorie und politische Praxis, Frankfurt/Main, 2005; S. 17; vgl. aber auch Höffe, Otfried: polis/Polis, (Stadt-)Staat, in: Höffe, Otfried (Hrsg.): Aristoteles-Lexikon; S. 474ff.

¹¹⁹ vgl. Adloff, Frank: Zivilgesellschaft – Theorie und politische Praxis; S. 7

zustimmend oder protestierend auf den Raum des Politischen und verstehen sich als Urheber der Gesetze. Sie handeln in diesem öffentlichen Raum nicht als Familienmitglieder, Bürokraten oder Wirtschaftsbürger, sondern in der Rolle des *Citoyen*.¹²⁰ Wieder wird hier die Nähe zu Hannah Arendts Politikverständnis sichtbar. Dies lässt nun die Schlussfolgerung zu, dass ein soziales Handeln immer auch ein politisches ist, und ein politisches Handeln auch immer sozial, im Sinne von Gesellschaft, motiviert ist. Beck misst dem subpolitischen, also dem was außerhalb von Diplomatie und staatlichen Grenzen geschieht, und was er als einen Faktor einer neuen polyzentrischen Weltpolitik bezeichnet, einen hohen Stellenwert bei.¹²¹ Für Adloff hingegen ist bereits das Entstehen der Wörter wie „Subpolitik“ ein Ergebnis der Vernachlässigung der Zivilgesellschaft im allgemeinen Gesellschaftsdiskurs, da eine Gesellschaft immer auch politisch zu sein habe, diese aber längst ihren politischen Anspruch verwirkt habe.¹²² Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist für ihn demnach das Instrument für eine Re-Politisierung und eine Rückführung des Politischen in den Gesellschaftsbegriff.

Doch was bedeutet eine Stärkung der Zivilgesellschaft und wer sind dort die politischen Akteure? Im Allgemeinen werden jene Akteure unter den Begriff der NGOs (Non-Governmental-Organizations) gefasst, ein „catch-all“ – Begriff, der sowohl große und mächtige Organisationen wie Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände, als auch lokale Selbsthilfvereine, Netzwerke und Bürgerinitiativen meint.¹²³ In diesem Sinne haben auch Zukunftswerkstätten und andere moderierte Partizipationsverfahren ihren Platz im Schema der NGOs, wie sich im späteren Verlauf dieser Arbeit noch zeigen wird.

Das Besondere an zivilgesellschaftlichen Akteuren ist ihre (vermeintliche) Unabhängigkeit vom staatlichen Apparat und von wirtschaftlichen Profitinteressen. Zivilgesellschaft wird, aus radikaldemokratischer Sichtweise, als ein Mittel hin zur Selbststeuerung der Gesellschaft gesehen. Die Neuen Sozialen Bewegungen sehen im zivilgesellschaftlichen Handeln eine „Alternative zum Staatsinterventionismus einerseits und zur reinen Marktwirtschaft andererseits.“¹²⁴ Auch Giddens betrachtet die Stärkung zivilgesellschaftlichen Handelns als notwendigen politischen Akt zur „Demokratisierung der Demokratie“, wengleich sich seine Forderung auf mehr Transparenz seitens der

¹²⁰ a.a.O.; S. 155

¹²¹ vgl. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung?; S. 69ff.

¹²² vgl. Adloff, Frank: Zivilgesellschaft – Theorie und politische Praxis; S. 152

¹²³ vgl. Klein, Ansgar/Walk, Heike/Brunnengräber, Achim: Mobile Herausforderer und alternative Eliten – NGOs als Hoffnungsträger einer demokratischen Globalisierung, in: Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/ Walk, Heike (Hrsg.): NGOs im Prozess der Globalisierung, Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Bonn, 2005; S. 13ff.

¹²⁴ Adloff, Frank: Zivilgesellschaft – Theorie und politische Praxis; S. 12

repräsentativen Demokratie beschränkt und somit m.E. einer radikaldemokratischen Theorie nicht genügt.¹²⁵

Ebenso genügen konservative und (neo-)liberale Ansätze nicht, welche die Stärkung der Zivilgesellschaft einerseits betonen, andererseits dies nur als Vorwand für den Abbau von Sozialleistungen dient. Das soziale Kapital, also der „Bürger- bzw. Gemein Sinn, wird als eine Ressource betrachtet, die für das Funktionieren von demokratischen Gesellschaften bedeutsam ist“¹²⁶. In dem Moment, wo politische Kampagnen wie die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ („Du bist Deutschland“) beginnen, soziales Kapital zu stärken versuchen, gleichzeitig aber Sozialleistungen abgebaut werden, beginnt man an dem Ast zu sägen, auf dem man gerade sitzt. An jenem Beispiel wird zusätzlich deutlich, dass nicht jede NGO gleichzeitig frei von Profitinteressen oder staatlichen Apparaten ist.

Zivilgesellschaftliche Akteure, wie z.B. die globalisierungskritische Bewegung von attac, setzen ein völlig neues Politikverständnis voraus, da sie sich außerhalb des konventionellen politischen Rahmens bewegen und auch in ihren Methoden neue Akzente setzen. Während der Aktionsradius von Parteien auf ihre nationalstaatlichen Grenzen begrenzt bleibt, haben weltweit organisierte Netzwerke, die Möglichkeit, flexibler öffentlich-politischen Druck auszuüben. Die Tatsache, dass die amerikanische Regierung eine „NGO-Watch“ – Website im Internet betreibt, zeigt, wie erfolgreich dieser politische Druck über sämtliche nationale Grenzen getragen werden kann. Roth bezeichnet die NGOs als die Avantgarde einer herausziehenden Weltzivilgesellschaft, die sich durch ihre Aktionen viele Sympathien in der Öffentlichkeit holt und sowohl lokal als auch global jederzeit agieren kann.¹²⁷ Die großen, globalen Organisationen, wie Greenpeace oder Amnesty International gehören ebenso zu den NGOs wie kleine, lokale Bürgerinitiativen. Ein Engagement in diesen Organisationen ist, wie oben bereits beschrieben, immer sozial im Sinne von Gesellschaft, als auch politisch. Bei politischen Entscheidungen, aber auch für den Ausbau demokratischer Prinzipien, sind NGOs mittlerweile nicht mehr wegzudenken. Somit können diese Formen politischen Engagements zurecht als zukunftsweisend bezeichnet werden, da sie in den Bereichen Vernetzung, Flexibilität, Organisationsstruktur den konventionellen Formen politischen Engagements überlegen sind.

Darüber hinaus gibt es aber auch noch andere, zukunftsweisende Partizipationsverfahren, von denen einige im Nachfolgenden vorgestellt werden sollen.

¹²⁵ vgl. Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts; S. 160ff.

¹²⁶ Adloff, Frank: Zivilgesellschaft – Theorie und politische Praxis; S. 13

¹²⁷ vgl. Roth, Roland: Transnationale Demokratie – Beiträge, Möglichkeiten und Grenzen von NGOs, in: Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/ Walk, Heike (Hrsg.): NGOs im Prozess der Globalisierung; S. 84ff.

4. Arenen der Zukunft – Vorstellung ausgewählter partizipativer Verfahren

In Kap. 3 wurde der Begriff der Partizipation definiert und mit den Bereichen der Sozialen Arbeit, der Stadtplanung, der Ökonomie und der Politik, vier verschiedene Anwendungsfelder aufgezeigt. Es ist deutlich geworden, dass Partizipation (in welcher Form auch immer) nicht nur auf einer demokratietheoretischen Ebene, sondern auch auf der qualitativen Ebene Sinn machen kann. Getroffene Entscheidungen sind dann besser, wenn sie von einer breiten Basis und nicht von einem kleinen Expertenkreis oder Einzelpersonen getroffen werden.¹²⁸ Ebenso wurde die Notwendigkeit erwähnt, die Bürger von Beginn an in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Dies scheitert aber meist an bestehenden Hierarchiestrukturen und einem, damit einhergehenden, Misstrauen in die Entscheidungskompetenzen der „normalen“ Bürger. Es wäre also Zeit für eine emanzipatorische Partizipation, die sich aus den Zwängen der Hierarchisierung und der Fremdbestimmung befreit und die aus einer inneren Überzeugung und nicht aus dem Zwang des Gesetzes geschieht. Hierzu wurden in den letzten Jahrzehnten viele Konzepte und Methoden entwickelt, von denen eine kleine Auswahl im Nachfolgenden vorgestellt werden soll. Die Zukunftskonferenz, die Open-Space – Konferenz, sowie die Bürgerkonferenz sind Verfahren, mit denen der gesetzliche Auftrag nach Partizipation umgesetzt werden kann. Alle Verfahren sind moderierte Partizipationsverfahren. Was das Besondere daran ist, wird im Nachfolgenden kurz erläutert. Danach erfolgt eine kurze Vorstellung der partizipativen Verfahren bevor dann in Kap. 5 mit der Zukunftswerkstatt ein weiteres Verfahren in aller Ausführlichkeit vorgestellt wird.

4.1. Zur Besonderheit moderierter Partizipationsverfahren

Der Begriff der Moderation ist heute im alltäglichen Sprachgebrauch keine Seltenheit mehr. Tagtäglich führen journalistische Moderatoren durch Talkshows, aber auch Sitzungen und Konferenzen werden moderierend geleitet. Was das Besondere an der Moderation gerade auch für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit ist, werde ich in Kap. 5 deutlich machen. Für das Verstehen der Zusammenhänge ist allerdings ein kurzer Abriss über das Selbstverständnis von Moderation an dieser Stelle unerlässlich.

Im Gegensatz zur journalistischen Moderation ist die Moderation von Gruppen und Teams darauf ausgelegt, konkrete Ergebnisse und Lösungen im dialogischen Diskurs zu erzielen und nicht wie Erstgenanntes, für Spannung und Unterhaltung zu sorgen. Zusätzlich sind

¹²⁸ Anm.: Gruppenentscheidungen sind nur unter bestimmten Voraussetzungen Entscheidungen von einzelnen Personen vorzuziehen. In Kap. 7 wird auf diese Problematik in aller Ausführlichkeit eingegangen. Es werden Faktoren und Determinanten aufgezeigt, mit der Gruppenentscheidungen qualitativ besser gestaltet werden können.

moderierte Partizipationsverfahren abzugrenzen von herkömmlichen Seminaren, bei denen meist ein Referent frontal referiert und sich der Lernprozess auf einer rein kognitiven Ebene abspielt. Die Verfahren sind teilnehmerorientiert, Lernprozesse sind nicht nur auf der kognitiven, sondern auch, und gerade auf der affektiven Ebene möglich. Dabei werden selbstverständlich auch Kompetenzen des Moderators verlangt, jedoch sind diese nicht inhaltlicher, sondern methodisch-didaktischer Art. Der Moderator ist dafür zuständig, dass unter den Teilnehmern Vertrauen in die Kraft der Gruppe entsteht und somit ein Synergieeffekt eintreten kann.¹²⁹ Nach dem Konzept der Führung liegen für die Botschaften die Qualitäten einer guten Moderation nicht in einem transaktionalen Tauschgeschäft (z.B. „Du machst deine Hausaufgaben und ich gebe dir eine gute Note“). Vielmehr muss ein guter Moderator (in diesem Sinne auch als Führer oder Leiter einer Gruppe verstanden) in der Lage sein, bei den Teilnehmenden höhere Bedürfnisse zu wecken. Dabei geht es um die Bewusstmachung von Bedürfnissen, Wünschen und Idealen.¹³⁰ Folgen sind eine gesteigerte intrinsische Motivation und die Identifikation mit dem zu behandelnden Thema.

Kuhnt und Müllert führen drei Komponenten im Selbstverständnis der Moderation an: gruppenförderliche Profileigenschaften (thematische Neutralität, Authentizität, etc.), die Qualifikation (notwendige Kompetenzen methodischer Art, Erfahrungen mit Gruppen) und die Grundhaltung (positiv, neugierig, etc.).¹³¹ Dies sind nicht nur die Achtungszeichen einer soliden Moderation, sondern es verdeutlicht ebenso den demokratietheoretischen Ansatz partizipativer Verfahren. Gleichberechtigung in einem hierarchiefreien Raum – das ist einer der grundlegenden Prinzipien der nun im Nachfolgenden zu behandelnden Verfahren emanzipatorischer Partizipation. Auf die Rolle des Moderators wird ausführlicher in Kap. 5 eingegangen, so dass uns zunächst dieses Verständnis der Moderation ausreicht.

¹²⁹ vgl. Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten – verstehen, anleiten, einsetzen, Neu-Ulm, 2006; S. 110f.

¹³⁰ Bosen, Matthias zur: Führen mit Visionen – Der Weg zum ganzheitlichen Management, Wiesbaden, 1994; S. 44

¹³¹ vgl. Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten; S. 111

4.2. Die Zukunftskonferenz

Die Zukunftskonferenz ist ein wirkungsvolles und gleichsam sehr anspruchsvolles Verfahren der Zukunftsentwicklung. Dabei ist das Verfahren weniger als eine Technik, sondern vielmehr als eine Philosophie zu verstehen, die ihren Ausdruck in zu Grunde liegenden Werten und Prinzipien findet. Anwendungsfelder liegen heutzutage sowohl im Non-Profit-Sektor, als auch in Unternehmen. Für Marvin Weisbord, den Entwickler der Zukunftskonferenz, dient das Verfahren dazu, dass Organisationen den Gemeinsamen Grund ihres Handelns entdecken können. Dabei gelten folgende Grundsätze:

- „Whole system“ in the room
- Global exploration before local action
- Future focus and Common Ground
- Self Management and responsibility¹³²

Gerade der Gedanke, „das ganze System in einen Raum“ an einem Problem arbeiten zu lassen, ist das typische Moment der Zukunftskonferenz, denn dadurch werden die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Probleme sichtbar. Wenn beispielsweise ein neuer Spielplatz entstehen soll, bezieht die Zukunftskonferenz neben den Meinungen der Architekten, auch die Meinungen der Kinder und Anwohner (also der sogenannten „Laien“) mit ein. In einem Klima des gegenseitigen Zuhörens kann so die Empathiefähigkeit der unterschiedlichen Akteure gesteigert werden, neue Sichtweisen zur Kenntnis genommen und neue Erlebnishorizonte erfahren werden.¹³³ Zur Botschaft unterteilt die Zukunftskonferenz in fünf verschiedene Arbeitsphasen:

¹³² vgl. Weisbord, Marvin R./Janoff Sandra: Future Search – An Action Guide to Finding Common Ground in Organizations & Communities, San Francisco, 1996; S. 57

¹³³ vgl. Burow, Olaf-Axel: Ich bin gut – wir sind besser: Erfolgsmodelle kreativer Gruppen, Stuttgart, 2000; S. 214

1. *Vergangenheit: Wo kommen wir her?*

Die Teilnehmenden erleben hier, dass sie alle „im selben Boot“ sitzen und über eine gemeinsame Vergangenheit verfügen.

2. *Umfeld: Welche Entwicklungen kommen auf uns zu?*

Nun wird gemeinsam geklärt, welche externen Trends in der Zukunft auf das System zukommen und wie sich die Arbeit dadurch verändern wird.

3. *Gegenwart: Worauf sind wir stolz, was bedauern wir?*

Gleichermaßen soll wertschätzend, aber auch durchaus kritisch eine Reflexion über den gegenwärtigen Zustand der Organisation geschehen.

4. *Vision: Was wollen wir gemeinsam erschaffen?*

In dieser Phase werden Utopien kreiert, wie die Organisation der Zukunft aussehen soll.

5. *Umsetzung: Nahziele, Maßnahmen*

Zum Schluss wird der Versuch unternommen, die erarbeiteten Utopien auf ihre Tauglichkeit in der Realität zu überprüfen und erste Maßnahmen auf dem Weg zur Veränderung einzuleiten. Will man die Konferenz zu einem Erfolg machen, ist an dieser Stelle wichtig, die Ergebnisse so konkret wie möglich zu fassen.¹³⁴

Burow ergänzt diesen idealtypischen Ablauf einer Zukunftskonferenz durch eine ergänzende Phase zur Entdeckung des gemeinsamen Grundes, in der (möglicherweise aufgetretene) Differenzen ausgeklammert werden und die Teilnehmenden lernen, „die Gemeinsamkeiten als Anstoß für Veränderungsprozesse zu nutzen“.¹³⁵

Für eine Zukunftskonferenz im idealtypischen Fall benötigt man etwa 15 bis 20 Arbeitsstunden, also drei Tage. In ihr können bis zu siebzig Leute arbeiten. Viel wichtiger als die Anzahl der Teilnehmenden ist allerdings, dass ein „repräsentativer Querschnitt“ der jeweiligen Organisation gegeben ist.¹³⁶ Stehen in einer Zukunftskonferenz unterschiedliche Hierarchieebenen unproportional zueinander, werden die Ergebnisse der Konferenz am Ende dementsprechend verzerrt.

¹³⁴ vgl. Bensen, Matthias zur: Führen mit Visionen; S. 137

¹³⁵ Burow, Olaf-Axel: Ich bin gut – wir sind besser; S. 216

¹³⁶ vgl. Bensen, Matthias zur: Führen mit Visionen; S. 134

4.3. Open Space

Ein natürliches Prinzip moderierter Partizipationsverfahren ist das Prinzip der Selbstorganisation. Bei der Zukunftskonferenz findet man relativ starre Strukturen, die Moderatoren intervenieren häufig, welches die Selbstorganisation einschränkt. Im Gegensatz dazu findet dieses Prinzip am konsequentesten im Open Space – Verfahren seine Anwendung.¹³⁷ Es gibt keine Phasen, ebenso gibt es keine Vorgabe bezüglich einer Teilnehmerbegrenzung und somit auch keinen fest kalkulierten Zeitplan. In Handbüchern werden allerdings zwei bis drei Tage veranschlagt¹³⁸, ein Mini-Open Space kann allerdings auch nur ein paar Stunden dauern.

Die Moderatoren eröffnen das Open Space mit einer kurzen Begrüßung und einer Sammlung, welche Themen bearbeitet werden sollen. Danach organisieren die Projektverantwortlichen, also diejenigen, die ein Thema vorschlagen, welches sie für wichtig erachten, Mini-Workshops in denen zu den jeweiligen Themen gearbeitet wird. Je nach dem wie lang das Open Space angesetzt ist, gibt es jeweils morgens und abends eine Nachrichten-Runde bei der jede Gruppe den anderen Gruppen ihre Ergebnisse transparent macht. In der Zwischenzeit ist es an den Teilnehmenden, selbständig zu arbeiten, Meetings zu organisieren oder sich auch mit anderen Kleingruppen zu vernetzen, um Synergien entstehen zu lassen.

Die Moderatoren intervenieren im Open Space also deutlich weniger als beispielsweise in der Zukunftskonferenz. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie nun weniger Arbeit haben. Ein Open Space mit 1000 Leuten zu organisieren, bedarf großen Aufwands. Für die Teilnehmenden hingegen gelten lediglich die vier Grundsätze und ein Gesetz:

¹³⁷ vgl. Weber, Susanne Maria: Rituale der Transformation – Großgruppenverfahren als pädagogisches Wissen am Markt, Wiesbaden, 2005; S. 48

¹³⁸ vgl. Burow, Olaf-Axel: Ich bin gut – wir sind besser; S. 245f.

1. *Wer immer kommt, es sind die richtigen Leute*

Der erste Grundsatz soll die Teilnehmenden daran erinnern, dass ausschlaggebend für die Produktivität der Workshops nicht die Statusgruppen sind, sondern die Qualität dessen, was gesagt wird, das Entscheidende ist.

2. *Was immer geschieht, ist das einzige, was geschehen kann*

Die Teilnehmenden sollen durch diesen Grundsatz sensibilisiert werden für das Unerwartete und Ungeplante. Jede neue Idee, jeder neuer Impuls, der seitens der Teilnehmenden gesetzt wird, ist in Ordnung. Owen sieht darin die Chance einer subjektiven Lernerfahrung und eine Möglichkeit des objektiven Fortschritts.

3. *Es fängt an, wenn die Zeit reif ist*

Owen erachtet Kreativität und geistige Energie als essentielle Kräfte, die allerdings nicht auf Knopfdruck abgerufen werden können. Dies ist ein Plädoyer für Gelassenheit in Bezug auf zeitliche Vorgaben innerhalb des Open Space.

4. *Vorbei ist vorbei*

Der letzte Grundsatz richtet sich an die Teilnehmenden, ihre Zeit nicht zu verschenken. Ist ein Thema ausreichend besprochen, ist das Meeting zu Ende.¹³⁹

Ein Open Space handelt zudem nach dem „Gesetz der zwei Füße“: Wer im Laufe des Open Space feststellt, dass ihn das Thema nicht interessiert, oder er nichts lernt, kann jederzeit seine zwei Füße benutzen und die Gruppe wechseln. Dieses Gesetz dient zur Selbstregulation der Gruppe und zum Erreichen des Ziels, dass jeder seine individuellen Lernerfahrungen machen kann. Ganz im Sinne von Weisbords Grundsätzen des „Self-Management and responsibility“ (s. oben), ist auch hier jeder für sich und seinen Lernerfolg selbst verantwortlich.

Ein Open Space eignet sich insbesondere für große Gruppen und Institutionen, die Veränderungsprozesse einleiten wollen. Auch Unternehmen kann diese Methode im Bereich der Produktentwicklung behilflich sein, da sie viel Freiraum für Kreativität lässt. Durch die geringe Vorstrukturierung seitens der Moderation und der mitunter entstehenden Unübersichtlichkeit eignet sich ein Open Space allerdings nicht so gut, um stark konfliktbehaftete Themen zu behandeln.¹⁴⁰

¹³⁹ Owen, Harrison: Open Space Technology – Ein Leitfaden für die Praxis, Stuttgart, 2001; S. 111f.

¹⁴⁰ vgl. Weber, Susanne Maria: Rituale der Transformation; S. 48f.

4.4. Die Bürgerkonferenz

Die vorliegende Arbeit verfolgt die Fragestellung, inwieweit moderierte Partizipationsverfahren ein geeignetes Instrumentarium darstellen können, um politische Entscheidungsprozesse aus dem überholten, konventionellen Rahmen heraus zu holen und sie im neuen Design attraktiver und qualitativ besser zu gestalten. Mit der Bürgerkonferenz ist bereits ein Verfahren entwickelt und erprobt, dass genau dieses Ziel verfolgt. Bereits seit Ende der 80er Jahre wird dieses Verfahren zumeist in der Technikfolgenabschätzung eingesetzt. Vor allem in Skandinavien sind Bürgerkonferenzen heutzutage ein Mittel zur partizipativen Politikberatung – sogar ganze Gesetze wurden auf Grundlage von Ergebnissen aus Bürgerkonferenzen verabschiedet. Der Bürgerkonferenz kommen vor allem zwei entscheidende Aufgaben zu: Laut Joss ist sie die Schnittstelle zwischen institutionalisierter Politik einerseits und Ideen- und Impulsgeber für den öffentlichen Diskurs andererseits.¹⁴¹ Sie kann sowohl der Politik beratend zur Seite stehen, als auch den, für Demokratien unerlässlichen „dialogischen Diskurs zwischen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit“¹⁴² anstoßen. Burow und Kühnemuth gehen dabei von der Annahme aus, dass die konventionellen Formen der Politikgestaltung nur beschränkt geeignet sind, um auf der einen Seite den schnellen Wandel moderner Wissensgesellschaften gerecht zu werden und andererseits die daraus resultierende Notwendigkeit der Bürgerbeteiligung adäquat zu realisieren.¹⁴³

Mit Bürgerkonferenzen lassen sich aber nicht nur Entscheidungsfindungsprozesse gestalten, sie können darüber hinaus im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auch zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke beitragen. In jedem Fall sind sie ein Mittel zur Schließung des breit diskutierten demokratischen Defizits.¹⁴⁴

Da die Bürgerkonferenz längst nicht so verbreitet ist, wie andere, im Rahmen der vorliegenden Arbeit vorgestellte Verfahren, ist die jeweilige Ausgestaltung sehr different. Soll mittels einer Bürgerkonferenz ein repräsentativ erscheinendes Bürgervotum erstellt werden, ist demzufolge eine aufwendige Zusammenstellung nach Alter, Geschlecht und

¹⁴¹ vgl. Joss, Simon: Zwischen Politikberatung und Öffentlichkeitsdiskurs – Erfahrungen mit Bürgerkonferenzen in Europa, in: Schicktanz, Silke/Naumann, Jörg (Hrsg.): Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik – Ein Modellprojekt der Bürgerbeteiligung am bioethischen Diskurs, Opladen, 2003; S. 18

¹⁴² Burow, Olaf-Axel/Kühnemuth, Kathrin: Brauchen Wissenschaft und Politik Bürgerberatung? Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerkonferenz, in: Tannert, Christof/Wiedemann, Peter (Hrsg.): Stammzellen im Diskurs – Eine Lese- und Arbeitsbuch zu einer Bürgerkonferenz, München, 2004; S. 2

¹⁴³ vgl. ebd.

¹⁴⁴ vgl. Joss, Simon: Zwischen Politikberatung und Öffentlichkeitsdiskurs – Erfahrungen mit Bürgerkonferenzen in Europa, in: Schicktanz, Silke/Naumann, Jörg (Hrsg.): Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik; S. 25

weiteren sozialstrukturellen Daten der Bürger unerlässlich. Bei der von Schicktanz und Naumann beschriebenen Bürgerkonferenz dauerte es allein drei Monate, um unter 10 000 angeschriebenen Bürgern, 20 Teilnehmende auszuwählen, die einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung entsprachen.¹⁴⁵

Die ausgewählte Gruppe trifft sich dann an drei oder mehreren Wochenenden um sich zunächst kennenzulernen, einen Einblick und Input in das Thema zu bekommen, und dann einen Fragenkatalog auszuarbeiten, der dann in einer öffentlichen Expertenanhörung abgearbeitet werden muss. Die Ergebnisse der Expertenanhörung, die meist auf der Abschlusskonferenz erfolgt, dienen den Teilnehmenden zusammen mit ihren gesammelten individuellen Eindrücken als Grundlage für die Erstellung des Bürgervotums, welches dann zum Abschluss der Bürgerkonferenz den Auftraggebern unter möglichst breiter medialer Präsenz übermittelt wird.¹⁴⁶

An dieser Stelle wird die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit einer Bürgerkonferenz deutlich: Die Bürgerkonferenz ist erst dann ein Erfolg, wenn sie die entsprechende mediale Beachtung bekommt. Erst dann ist die Bürgerkonferenz in der Lage, die Politik ernstzunehmend zu beraten und zu einem breiten öffentlichen Diskurs anzuregen. Für Burow und Pauli sind Bürgerkonferenzen „erste Schritte einer innovativen Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie“ und somit ein wichtiges Instrument um den Verselbständigungen von Eliten in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft entgegenzuwirken.¹⁴⁷

¹⁴⁵ Schicktanz, Silke/Naumann, Jörg: Ablauf und Methode – die erste bundesweite Bürgerkonferenz, in: Schicktanz, Silke/Naumann, Jörg (Hrsg.): Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik; S. 57

¹⁴⁶ a.a.O; S. 61ff.

¹⁴⁷ vgl. Burow, Olaf-Axel/Pauli, Bettina: Von der Expertenzentrierung zur Weisheit der Vielen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik; S. 36

4.5. Fazit

In diesem Abschnitt wurden drei verschiedene Verfahren emanzipatorischer Partizipation aufgezeigt, mit denen sich in den jeweiligen Anwendungsfeldern Beteiligung realisieren lässt. Dabei ist zu beachten, dass nicht jedes Verfahren auf jedes Problem passt: Die Aufgabe der Moderatoren ist es daher im ersten Schritt zu analysieren, welche Probleme die Gruppe beschäftigen und anhand dessen das Verfahren auszuwählen. Von den Moderatoren wird somit ein Höchstmaß an methodischer Kompetenz verlangt, denn sie müssen zu jeder Zeit wissen, in welchen Problemfeldern sich die Gruppe bewegt und wie darauf methodisch zu reagieren ist. Oftmals bietet es sich auch an, verschiedene Elemente aus unterschiedlichen Verfahren miteinander zu kombinieren.

Wir haben gesehen, dass moderierte Partizipationsverfahren unterschiedliche Aufgaben erfüllen können. Für die vorliegende Arbeit ist vor allem die demokratietheoretische Komponente ein wichtiger Aspekt: Die beschriebenen Verfahren sind die Arenen der Zukunft, in denen Bürger ihre Interessen selbst vertreten und verwirklichen können. Die tradierten Modelle der politischen Einflussnahme haben sich längst von den gesellschaftlichen Problemen entfremdet. Durch das abnehmende Vertrauen in repräsentative Demokratieformen kommt der Orientierung innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen immer mehr Bedeutung zu – der Akteur der politischen Handlung ist nicht mehr der gewählte Stellvertreter, sondern nunmehr der Bürger an sich. Die Arenen der Zukunft können ihm dabei eine Unterstützung sein, sich in diesem neuen Feld zu orientieren. Sie sind selbstverständlich auch eine pädagogische Methode – vielmehr sind sie aber Einstellung und Haltung. Politik in den Arenen der Zukunft findet in einem entideologisierten Raum statt, in der den Bürgern die Möglichkeit geboten wird, in eigener Verantwortung und im gemeinsamen solidarischen Diskurs Probleme zu lösen.

Vergegenwärtigen wir uns erneut die Ausgangsfrage der vorliegenden Arbeit: Ist die Zukunftswerkstatt ein Instrument zur (Re-)Politisierung und Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen?

In Kap. 2 wurde der Ist-Zustand politischen Engagements erfasst und festgestellt, dass es aufgrund mangelnden Vertrauens in Institutionen einen Rückgang der gesellschaftlichen Partizipationsbereitschaft gibt. Kap. 3 zeigte dann die Möglichkeiten zur Einflussnahme in den unterschiedlichen Bereichen. In diesem vierten Kapitel wurden alternative Partizipationsverfahren zur Zukunftswerkstatt vorgestellt. Rein oberflächlich betrachtet ließe sich die, der Arbeit zu Grunde liegende Frage, also mit einem deutlichen „Ja“ beantworten und die Arbeit könnte an dieser Stelle enden: Auf den Ist-Zustand (Kap. 2)

gibt es Möglichkeiten der Partizipation in den gesellschaftlichen Anwendungsfeldern (Kap. 3), die dann mit den Verfahren aus Kap. 4 umgesetzt werden können. Die Arbeit endet hier aber nicht, weil der „Klassiker“ der Partizipationsverfahren, die Zukunftswerkstatt, im Folgenden und auch im sechsten Kapitel vor einem gesellschaftspolitischen Hintergrund, vorgestellt wird. Dies geschieht, um Möglichkeiten und Grenzen von gesellschaftlicher Partizipation gerade im Hinblick auf politische Entscheidungsprozesse stärker in den Vordergrund zu stellen, dem demokratiethoretischen Aspekt mehr Bedeutung zukommen zu lassen, als das mit den oben genannten Methoden geschehen ist. Wir werden also auf den folgenden Seiten sehen können, warum es sich gerade bei der Zukunftswerkstatt lohnt, in ihre Entstehungsgeschichte zu blicken und somit auch Hinweise für ihren Anspruch als Problemlösungsmethode im politischen Entscheidungsprozess zu finden.

5. Emanzipatorische Partizipation mit der Zukunftswerkstatt

Die Methode der Zukunftswerkstatt ist in der Fachliteratur in Fragen der methodischen Ausformung bereits ausreichend beschrieben. Spätestens seit Beginn der 90er Jahre, als Moderatorenausbildungen und der Einsatz von Zukunftswerkstätten im Profit-Sektor den Erfolg der Methode bestätigten und somit ein regelrechter Markt entstand, dokumentierten Moderatoren ihre Erfahrungen mit Werkstätten, erschienen Bücher über Vor- und Nachteile verschiedener Moderationstechniken und gab es Seminare an Universitäten zum erfolgreichen Umgang mit Gruppen und Teams.

In diesem Kapitel wollen wir uns daher vermehrt mit der demokratietheoretischen und gesellschaftspolitischen Dimension von Zukunftswerkstätten auseinandersetzen. Zunächst soll die Entstehung der Methode in einen zeithistorischen Kontext gesetzt werden, im Anschluss daran pädagogische sowie psychoanalytische Grundsätze diskutiert werden um danach zu erörtern, wie alternative Formen des Lehrens und Lernens gestaltet werden können und welche Relevanz dies für den Ablauf einer Zukunftswerkstatt hat. Zuletzt soll ein kurzer theoretischer Überblick über den Ablauf einer idealtypischen Zukunftswerkstatt gegeben werden, bevor in Kap. 6 eine von Mirjam Schmidt und mir durchgeführte Zukunftswerkstatt in einem Kasseler Stadtteil vorgestellt wird.

Im Unterschied zu Kap. 4 werden nun notwendige Bedingungen, Möglichkeiten sowie Grenzen dieses „Klassikers“ der moderierten Partizipationsverfahren detailliert vorgestellt. Dies wird mit einer stark gesellschaftspolitischen Akzentuierung geschehen, denn schließlich soll die vorliegende Arbeit die Tauglichkeit der Zukunftswerkstatt in politischen Entscheidungsprozessen hinterfragen. Außerdem wird die gesellschaftspolitische Komponente in der vorhandenen Fachliteratur stets zu wenig berücksichtigt. Die vorliegende Arbeit und insbesondere der folgende Abschnitt soll einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen.

5.1. Die Entstehung: Vom politischen Gedanken zur pädagogischen Methode

Geprägt durch die eigene Verfolgung durch die Nationalsozialisten in den 30er Jahren, der Massenvernichtung von Millionen von Menschen im Zweiten Weltkrieg, der Schockstarre der Weltbevölkerung angesichts des erneuten atomaren Aufrüstens in den 50ern, sowie die daraus resultierenden gesellschaftlichen Auf- und Umbrüche der 60er Jahre, brachten Robert Jungk dazu, die Idee der Zukunftswerkstatt zu entwickeln. Die Idee, den Menschen den Raum und die Möglichkeit zur Planung und Entwicklung ihrer eigenen Zukunft zu geben, erschloss sich Jungk in den Erfahrungen, die er dabei in

seinen Büchern „Strahlen aus der Asche“, „Heller als tausend Sonnen“ und „Der Atom-Staat“ schilderte. Diese umfassen vor allem zwei Aspekte: Die Bedrohung nuklearer Waffen einerseits sowie die Ohnmacht der Bevölkerung andererseits. Daraus schloss Jungk, dass es nicht reicht, „nur hinter den schmerzlichen Ereignissen unseres Jahrhunderts herzujagen.“ Vielmehr sah er es als seine Aufgabe, „vorausschauend zu warnen oder zu ermutigen.“¹⁴⁸ Dieser Appell verkörpert sich heute noch in den Prinzipien der Zukunftswerkstatt. Somit widmete sich Jungk, studierter Philosoph und zunächst tätig als Journalist, ab den 60er Jahren dem Gebiet der Zukunftsforschung. Dies ist ein eher irreführender Name, wie Jungk zugibt, schließlich handelt es sich hierbei nicht wie bei den Naturwissenschaften um eine genaue, beweisbare und deterministische Wissenschaft. Vielmehr ist die Aufgabe der Zukunftsforschung, über mögliche Trends zu spekulieren und Vorhersagen zu treffen.¹⁴⁹ Im Sinne Karl Mannheims war die Zukunftsforschung eine Antwort auf Umbruchssituationen mit einem pädagogischen Auftrag: In einer Umbruchsituation handelt der Pädagoge (im Unterschied zum Heiligen und zum Politiker), in dem er den Kampf gegen die Institutionen annimmt und die unmittelbare Umgestaltung der kulturellen Gegebenheiten im Hier und Jetzt einfordert.¹⁵⁰

Zukunftswerkstätten können einen Beitrag dazu leisten, Menschen an der Umgestaltung der Kultur teilhaben zu lassen, sie von ihrer (selbstverschuldeten) Unmündigkeit zu befreien, sie aus ihrer verordneten Passivität der Stellvertreterdemokratie herauszuholen und aus ihnen mittels einer Selbst-Transformation aktive, kreativ-schöpferische Staatsbürger zu machen. Über die Jahrzehnte gab es immer wieder methodische Veränderungen. Hinsichtlich der Wirksamkeit wurde die Zukunftswerkstatt professionalisiert und methodisch ausgeformt. Die Festlegung auf die drei Phasen (Kritik-, Phantasie- Realisierungsphase) gab dem Verfahren eine feste Struktur, die dennoch viel Raum für Eigeninitiative und Kreativität lässt.

Kuhnt und Müllert stellen allerdings gleichermaßen durch die Verbreitung und Etablierung der Methode einen abnehmenden politischen Anspruch fest.¹⁵¹ Die Zukunftswerkstatt ist mittlerweile zu einem unter vielen Instrumenten partizipativer Zukunftsgestaltung geworden und nicht alle verfolgen den so typischen basisdemokratischen Ansatz. Zudem wird in Moderatorenausbildungen mehr Wert auf die Ausbildung von didaktischen Kompetenzen gelegt, als dass der demokratiethoretische Bezugsrahmen und somit die

¹⁴⁸ Jungk, Robert: *Trotzdem – Mein Leben für die Zukunft*, München, 1994; S. 343

¹⁴⁹ vgl. a.a.O.; S. 342f.

¹⁵⁰ vgl. Hofmann, Wilhelm: *Karl Mannheim – zur Einführung*, Hamburg, 1996; S. 22f.

¹⁵¹ vgl. Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: *Moderationsfibel Zukunftswerkstätten*; S. 33f.

politische Dimension vermittelt wird. Dies wird allzu häufig als Sozialromantik des vergangenen Jahrhunderts, und als „nicht mehr zeitgemäß“, abgetan.

Dabei sieht Burow die aktuellen sozialpolitischen und ökologischen Krisen durchaus als Probleme, deren Lösung eine grundlegend andere Form des Demokratieverständnisses bedürfen. Das Versagen von Top-Down – Strategien in Unternehmen, sowie das Scheitern von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bei der Lösung von drängenden Herausforderungen der Gegenwart muss eine „Selbsterneuerung stagnierender oligarchisch und bürokratisch ausgehöhlter demokratischer Strukturen“¹⁵² zur Folge haben. Betrachtet man die Veränderungen beispielsweise in der heutigen Arbeitswelt, so lässt sich schon seit längerem ein Trend zu mehr Selbstbestimmung am Arbeitsplatz feststellen. Hierzu gehört die Arbeit in teilautonomen Teams mit erweiterten Entscheidungsspielräumen ebenso wie eine veränderte Rolle der Vorgesetzten und Chefs. Diese haben mittlerweile mehr eine Beratungs- als eine Kontrollfunktion.¹⁵³ Zweifelsohne ist die Abkopplung vom fremdbestimmten Fließbandarbeiter nicht nur eine neue Form der Arbeitsorganisation, sondern weckt im Individuum Bedürfnisse nach weiteren Mitbestimmungsmöglichkeiten – auch im gesellschaftlichen und politischen Raum.

Die Zukunftswerkstatt fungiert hier als Schnittstelle. Sie kann Menschen die nötigen Rahmenbedingungen geben, damit sie phantasievoll und kreativ zu Akteuren ihrer persönlichen Zukunft werden. Mehr noch: Die Einrichtung von dauerhaften Zukunftswerkstätten in den Kommunen, wie von Jungk gefordert¹⁵⁴, also die Bürger als permanente Berater der gewählten lokalen Vertreter, kann dazu beitragen, dass fehlende Gespräche und Diskussionen über „das Politische“, die den Verfall des konventionellen politischen Engagements zusätzlich dokumentieren, zurückkehren und zu einer neuen Belebung der „*polis*“ beitragen.¹⁵⁵ Im Sinne der in Kap. 3 aufgeführten Theorie der partizipativen Demokratie darf das Ziel allerdings nicht nur eine Wiederbelebung der „*polis*“ sein: Die Zukunftswerkstatt ist die Methode zur Wiederentdeckung der „*agora*“, um in der Sprache der Antike zu bleiben. Sie ist politischer Versammlungs- und Entscheidungsort, Zentrum des öffentlichen Lebens und Schnittstelle von Öffentlichkeit und Politik.

¹⁵² Burow, Olaf-Axel: Instrument zur Erneuerung der Demokratie? – Zur gesellschaftlichen Dimension von Zukunftswerkstätten, in: Burow, Olaf-Axel/Neumann-Schönewetter, Marina (Hrsg.): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht, Hamburg, 1995; S. 80

¹⁵³ vgl. a.a.O.; S. 82

¹⁵⁴ vgl. Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten; S. 31f.

¹⁵⁵ vgl. auch Burow, Olaf-Axel: Instrument zur Erneuerung der Demokratie? – Zur gesellschaftlichen Dimension von Zukunftswerkstätten, in: Burow, Olaf-Axel/Neumann-Schönewetter, Marina (Hrsg.): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht, Hamburg, 1995; S. 87

Bereits in den vorangegangenen Kapiteln wurde immer wieder deutlich, dass es keinen allgemeinen Rückgang des Politischen gibt, sondern der skizzierte Rückgang nur die starren staatlichen Apparate und deren institutionalisierten Einrichtungen wie Parteien betrifft. Beck sieht in der heutigen Zeit sogar eine Renaissance des Politischen und umfasst dieses Entstehen zivilgesellschaftlicher Netzwerke mit dem Wort der Subpolitik.¹⁵⁶ Zukunftswerkstätten sind Teil dieser Subpolitik – Bürger bekommen die Chance „zu dialogischer Begegnung, zum Austausch, zum demokratischen Diskurs über Visionen und Gestaltung ihrer Zukunft, erleben eine Verwandlung vom ohnmächtigen Stimmbürger zum kreativ eingreifenden Zukunftsgestalter.“¹⁵⁷ Was Burow hier Verwandlung nennt, ist die in der partizipatorischen Demokratietheorie bei Schmidt beschriebene „*self-transformation*“.¹⁵⁸ In diesem Sinne kann die Zukunftswerkstatt nicht nur Mittel zur Demokratisierung von Institutionen, sondern auch zur Befreiung aus der Unmündigkeit, zur Selbst-Demokratisierung im Sinne Adornos sein.¹⁵⁹

Ähnlich wie die Bürgerkonferenz, fand auch die Zukunftswerkstatt ihre ersten Erprobungsphasen u.a. in der Technikfolgenabschätzung. Da bekanntlich die technologische Entwicklung derart schnell voranschreitet, beschäftigt sich die Technikfolgenabschätzung mit den gesellschaftlichen Auswirkungen technischer Neuerungen und fragt nach den Konsequenzen für Mensch und Natur. Zu Jungks Zeiten spielte die ökologische Frage eine große Rolle. Durch den Bau von Kernkraftwerken in Deutschland und der Katastrophe von Tschernobyl, stellte sich für viele Intellektuelle nun die Frage nach alternativen Lebensformen und „sozialen Erfindungen“, durch die das Verhalten der Menschen untereinander verändert wird und die ein Gegengewicht zu den technischen, oft menschenverachtenden Neuerungen darstellten.¹⁶⁰ Jungks Weg war es dabei nicht, vorgefertigte Lösungen zu präsentieren, sondern die Entscheidung im breiten Konsens mit der Bevölkerung zu suchen. Um Utopien zu entwickeln, war die schöpferische Kreativität aller Bürger gefragt. Renn umschreibt die zu erzielenden Ergebnisse als „sanfte Technik“ und charakterisiert dies als ökologisch angepasst und naturschonend. Dabei ist Renn als Experte überzeugt, dass er die „Zukunft ohne Zwang“ am Besten voraussagen kann.¹⁶¹ Jungk hingegen konnte immer wieder feststellen, dass Vorstellungen über alternative Lebensformen im Großteil der Bevölkerung auf einen ebenso fruchtbaren Boden fallen – mit der Zukunftswerkstatt hatte er nun ein Verfahren,

¹⁵⁶ vgl. Beck, Ulrich: Die feindlose Demokratie, Stuttgart, 1995; S. 39

¹⁵⁷ Burow, Olaf-Axel: Instrument zur Erneuerung der Demokratie? in: Burow, Olaf-Axel/Neumann-Schönewetter, Marina (Hrsg.): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht; S. 87

¹⁵⁸ vgl. Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien; S. 258

¹⁵⁹ vgl. Kap. 2.4.1

¹⁶⁰ vgl. Jungk, Robert/Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten – Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, München, 1989; S. 33

¹⁶¹ vgl. Renn, Ortwin: Die sanfte Revolution: Zukunft ohne Zwang?, Essen, 1980; S. 9

welches den Fokus von der Expertenzentrierung auf das „Projekt Jedermann“¹⁶² lenkt und mit der er auch die „normale“ Bevölkerung an der „sanften Revolution“ teilhaben lassen konnte. Selbstverständlich lassen sich diese Ergebnisse auch auf die heutige Zeit mit heutigen Problemen übertragen. Dabei stellen viele die Frage nach der Art und Weise der Umgestaltung: Bedarf es einer grundlegenden Revolution der kapitalistischen Produktionsweise oder genügen Reformen hinsichtlich mehr Transparenz und Teilhabe? Die Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart zu geben, scheint nach Jungk nur möglich mit der breiten Beteiligung aller Bürger, schließlich sind sie die Betroffenen.

Was die ökologischen Probleme der 70er und 80er Jahre waren, sind die sozialen Probleme des 21. Jahrhunderts. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und somit auch die aktive Ausgestaltung des politischen Lebens sind unerlässliche Bestandteile für den Fortbestand der Demokratie. Im Gegensatz zu den in Kap. 4 vorgestellten partizipativen Verfahren, liegt ein Grundsatz der Zukunftswerkstatt in ihrem basisdemokratischen Charakter und ihrer politischen Intention. Will die herrschende Politik die Probleme der Zeit ernsthaft angehen, wird sie um die Anwendung partizipativer Verfahren nicht mehr herum kommen. Davon können letztlich alle profitieren: Die Bürger als aktive Mitgestalter, die Politiker als Wegbereiter und die Demokratie als solches. Letztlich profitieren auch die zu realisierenden Projekte: Bereits in der Diskussion um Partizipation in der Stadtentwicklung wurde klar, dass die Beteiligung häufig erst ansetzt, wenn die wichtigsten Entscheidungen schon getroffen sind. Auch Jungk beklagt das Problem der „immer zu spät kommenden Betroffenen“, die nicht agieren, sondern höchstens reagieren können.¹⁶³ Diese „Lücke im demokratischen System“ konnte nun mit der Zukunftswerkstatt geschlossen werden und darüber hinaus auch eine Verbesserung der Lebensqualität erreicht werden. Schließlich liegt die Wahrscheinlichkeit der Zufriedenheit mit einem Projekt höher, wenn es von einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung getroffen wird, als von externen Planern.¹⁶⁴

¹⁶² vgl. Jungk, Robert: Trotzdem – Mein Leben für die Zukunft; S. 439ff.

¹⁶³ vgl. Jungk, Robert/Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten; S. 11

¹⁶⁴ a.a.O.; S. 13

5.2. Theoretische Grundlagen der Zukunftswerkstatt

Bereits in Kap. 3 unterschieden wir die partizipatorische Demokratietheorie vom herrschaftssoziologischen Entwurf Max Webers. Nicht die Lösung von Problemen durch Befehl und Kampf, sondern die Bereitschaft zur diskursiven Konfliktregelung ist die Voraussetzung emanzipatorischer Partizipation. Nun bietet sich die Zukunftswerkstatt als Instrument und Methode an, sie arbeitet an der Realisierung eines utopischen Ideals vom „Neuen Menschen“. Dieser idealtypische Zustand verbunden mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen hinsichtlich einer Demokratisierung gesamtgesellschaftlicher Strukturen ging jedoch, wie im vorangegangenen Kapitel deutlich wurde, in den letzten Jahrzehnten immer mehr verloren. In der Unternehmensberatung und im Coaching hat die Zukunftswerkstatt den gleichen Stellenwert wie andere Verfahren, die einen weniger gesellschaftspolitischen Anspruch haben – dabei wird oft die spezifische Einstellung vernachlässigt, die für diese Verfahren notwendig ist: Großgruppenverfahren sind Lernprozesse, jedoch heben sie sich deutlich von gewöhnlichen Vorstellungen des Lernens ab. Sie sind zu betrachten als Lernprozesse, in denen sich der Mensch einem langsamen Transformationsprozess aussetzt und bei dem Lernprodukte nicht durch stures „Pauken“ erzielt werden können. Susanne Maria Weber warnt in diesem Zusammenhang folgerichtig vor dem „Mythos schnellen Wandels“, der vermeintlich durch Großgruppenverfahren erzielt werden kann. Da sich nicht nur die Organisationen, sondern auch deren einzelne Mitglieder dieser Transformation unterziehen, ist dieser Prozess ein langwieriger Weg, der zudem nicht automatisch Erfolg garantiert.¹⁶⁵

Für die Durchführung einer Zukunftswerkstatt bedarf es seitens der Moderatoren, aber auch seitens der Teilnehmenden eine ganz eigene Haltung, die sich von der konventionellen Ausgestaltung des Lehrens und Lernens abgrenzt. Das Grundprinzip hierbei ist die Kraft der kooperativen Selbstorganisation.¹⁶⁶ Die Selbstregulation der Gruppe sowohl inhaltlich, als auch organisatorisch, ist eine notwendige Bedingung für tatsächliche Veränderungsprozesse. Doch auf welche theoretischen Annahmen stützt sich diese neue Haltung der Menschen? Die Humanistische Pädagogik und die Psychoanalyse vermögen an dieser Stelle Beiträge zu liefern, die den Menschen auf dem Weg zur selbstorganisierten Persönlichkeit im Arbeitsprozess begleiten und die im Nachfolgenden vorgestellt werden.

¹⁶⁵ vgl. Weber, Susanne Maria: Rituale der Transformation; S. 33ff

¹⁶⁶ vgl. Burow, Olaf-Axel: Instrument zur Erneuerung der Demokratie? in: Burow, Olaf-Axel/Neumann-Schönewetter, Marina (Hrsg.): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht; S. 92

5.2.1. Das humanistische Menschenbild

Ein theoretischer Ansatz der Zukunftswerkstatt findet sich in der humanistischen Weltanschauung. Jungk wurde dabei maßgeblich inspiriert durch die Werke Erich Fromms, eines Humanisten, den Jungk während der langen Krankheit Fromms auch häufiger im schweizerischen Locarno besuchte. Jungks Arbeit war in großem Maße von Fromm beeinflusst, als jüdische Emigranten teilten sie zusätzlich noch das gleiche Schicksal.

Arbeitet die Zukunftswerkstatt nach dem Prinzip der kooperativen Selbstorganisation des Menschen, ist dies gleichzeitig elementarer Bestandteil humanistischen Gedankenguts: Der Mensch wird als sich selbst bestimmendes Wesen betrachtet, welches sich von sozialen und theologischen Zwängen befreit und das Inhumane zurückweist. Dazu zählt nicht nur die Unterwerfung unter theologische Zwänge, sondern auch die Unterwerfung im Sinne einer Fremdbestimmung hin zu unmenschlichen Zwecken (z.B. der wirtschaftlichen Ausbeutung). Durch das humanistische Weltbild und damit verbundene Werte entwickelt sich der Mensch vom Natur- zum Kulturwesen. Kurz gesagt geht es im Humanismus um die Realisierung der Idee von der Menschlichkeit des Menschen.¹⁶⁷

Nun erlaubte die linke, gesellschaftspolitische Ausrichtung der 60er Jahre, die Verbreitung humanistischer Ideale und so fand sie auch unter vielen Pädagogen Anklang. Über Zusatzausbildungen im Bereich der humanistischen Psychologie übertrugen sie diese Ansätze in die pädagogische Praxis. So entstand ein mehr oder weniger diffuser Begriff der Humanistischen Pädagogik, deren Ziele, aber auch deren Methoden sich zur damaligen Zeit in fast allen Belangen von den konventionellen Formen der schulischen Unterrichtsgestaltung unterschieden. Buddrus und Pallasch betrachten die Entwicklung der Übertragung abstrakt-philosophischer Vorstellungen in die pädagogische Praxis als einen Angriff auf tradierte Formen der pädagogischen Praxis, da sie „die derzeitige pädagogische Praxis radikal in Frage stellt“.¹⁶⁸ Doch damit änderte sich nicht nur die Praxis des Schulalltags: Ein allgemein neues Verhältnis zwischen Lehrenden und Belehrteten ist somit Wegbereiter für die Entstehung basisdemokratischer Problemlösungsverfahren wie der Zukunftswerkstatt. Die Umwandlung von erlernten Inhalten in persönliche Bezüge, die Verlagerung des Lernprozesses von der rein kognitiven zur körperlichen, gefühlsmäßigen und seelischen Ganzheit, sowie das Einbringen von unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Bedürfnissen, sind für den Erfolg einer Zukunftswerkstatt unerlässliche Bestandteile.

¹⁶⁷ vgl. Böhm, Winfried: Wörterbuch der Pädagogik, Stuttgart, 2000; S. 250f.

¹⁶⁸ Buddrus, Volker/Pallasch, Waldemar: Annäherungen an die Integrative Pädagogik, in: Buddrus, Volker (Hrsg.): Humanistische Pädagogik, Bad Heilbrunn, 1995; S. 18

Im Nachfolgenden werden grundlegende Ziele der humanistischen oder integrativen Pädagogik in Anlehnung an Buddrus und Pallasch vorgestellt:

- Die humanistische Pädagogik akzeptiert die Bedürfnisse des Lernenden, sie sucht nach Spielräumen zur Gestaltung eines individuellen Lernprozesses
- Im Sinne einer positiven „Ich-Stärkung“ wird in allen Personen ein Bewusstsein für die eigene Wertschätzung entwickelt
- Sie vermittelt Fähigkeiten, die zum interkulturellen Leben, zur Toleranz, Gemeinschaft und Solidarität ermutigen
- Sie begreift den Lernenden als Teil seiner eigenen Erziehung und nicht als passives, den Einflüssen der Umwelt ausgesetztes Objekt
- Persönliche Werte und Wahrnehmungen werden respektiert und in die Erziehung integriert
- Sie entwickelt ein Lernklima, welches den Lernenden einen menschlichen Umgang miteinander ermöglicht
- Dieses Klima beinhaltet ebenso den respektvollen Umgang mit anderen Menschen und einer dementsprechenden gegenseitigen Wertschätzung¹⁶⁹

Diese Ziele nicht nur auf den Schulalltag zu übertragen, sondern sie als erlernbare Kompetenzen gesamtgesellschaftlich zu etablieren, macht sich die Zukunftswerkstatt zur Aufgabe. Wie in den kommenden Abschnitten offensichtlich wird, ist in dem Ansatz der humanistischen oder integrativen Pädagogik die Frage des „Wie“ entscheidender als die Frage des „Was“: Methodisch ist die Humanistische Pädagogik auf prozessorientiertes Lernen ausgerichtet, welches abzugrenzen ist von einem technischen Verständnis von Lernen. Die Akkumulation von Wissen, welches für die Erledigung bestimmter Aufgaben (bsp. einer Klausur) benötigt wird, hat den Nachteil, dass es nur auf Kurzfristigkeit angelegt ist und die Nachhaltigkeit des Erlernten begrenzt bleibt. Hingegen öffnet der Ansatz der Humanistischen Pädagogik das Feld und schafft ein größeres Angebot an methodischer Vielfalt, welches notwendig ist für den Grundgedanken des ganzheitlichen Lernens sowie auf kognitiver als auch auf affektiver Ebene.

Die Humanistische Pädagogik verschreibt sich dem humanistischen Weltbild. Sie geht davon aus, „dass der Mensch von Natur aus, von seinem Wesen aus ‚gut‘ [ist], und strebt nach Wachstum innerhalb der organismischen Selbstregulation und Harmonie mit sich und seiner Mitwelt. Dies schließt mit ein, dass jeder Mensch auch zerstörerische Anlagen

¹⁶⁹ vgl. Buddrus, Volker: Zum systematischen Zusammenhang der Ansätze in der Humanistischen Pädagogik, in: Buddrus, Volker (Hrsg.): Humanistische Pädagogik; S. 34f.

und Tendenzen hat, die jederzeit hervorgebracht werden können.“¹⁷⁰ Einer der Verfechter des neu-humanistischen Denkens war Erich Fromm. Als unorthodoxer Psychoanalytiker war Fromm nicht nur an den Auswirkungen der Modernisierung auf die Seele des Subjekts interessiert, sondern ebenso an der gesamtgesellschaftlichen Dimension. Er war der Ansicht, dass die immer automatisierter werdende Welt den Menschen als Subjekt überflüssig macht, begriff die Entfremdung sogar als die Krankheit des modernen Menschen, welche dem Zeitalter der Renaissance entsprang. In ihr fängt der Mensch an, „sich seiner Kraft bewusst [zu werden] und beginnt, sich von den Fesseln der Natur zu lösen und sie zu beherrschen“.¹⁷¹ In dem Moment beginnt für Fromm die Entfremdung des Menschen vom Menschlichen und Natürlichen.¹⁷² Die Zunahme an Produktion, ein Überfluss an Gütern, ein gesteigertes Konsumverhalten und ein Zugewinn an Freiheit lassen den Menschen nur am „Haben“ (im Sinne von Besitz) interessiert sein, weniger am eigentlichen „Sein“.

Ehrenberg führt über 40 Jahre später das Aufkommen des Krankheitsbildes der Depression auf genau diese Faktoren zurück: Den offerierten gesellschaftlichen Möglichkeiten steht das unzulängliche Individuum gegenüber, welches orientierungslos an dieser bisher noch nicht da gewesenen Entscheidungsvielfalt zerbricht.¹⁷³ Fromm plädiert schlussfolgernd für eine Neubelebung des humanistischen Gedankens, gegen eine Ökonomisierung der Lebenswelten, und die Zurückdrängung von Gütern von Zwecken zu Mitteln. Dies bedeutet, dass von Menschen erschaffene Güter nicht Zweck, sondern nur Mittel für ein besseres und menschenwürdiges Leben sein dürfen. Oder anders formuliert: Der Mensch soll arbeiten, um davon leben zu können und nicht leben, um zu arbeiten. Er muss die Möglichkeit haben, seine Kräfte im Kantschen Sinne zum Selbstzweck entfalten zu können. Angesichts der stetigen Bedrohung atomarer Kriege sieht Fromm als gesellschaftliche Perspektive nur die Wahl zwischen einer Wiederbelebung des Humanismus oder der Barbarei. In einer Renaissance des Humanismus muss der „Entwicklung des reifen, schöpferischen, liebenden und vernünftigen Menschen“ alles andere als ‚Mittel‘ untergeordnet werden.¹⁷⁴

¹⁷⁰ a.a.O.; S. 36

¹⁷¹ Fromm, Erich: Humanismus als reale Utopie – Der Glaube an den Menschen, Weinheim, 1992; S. 23

¹⁷² Die Entfremdung versteht Dauber als zusätzliches Charakteristikum westlich erzogener Menschen, die „von klein auf gelernt haben, ein Ich zu entwickeln, das sich in Unterscheidung und Gegensatz definiert zu allem anderen Sein.“ Dies führt nach Dauber zu einer Entfremdung und Spaltung auf allen Ebenen. Vgl. hierzu Dauber, Heinrich: Lernfelder der Zukunft – Perspektiven Humanistischer Pädagogik, Bad Heilbrunn, 1997; S. 230ff.

¹⁷³ vgl. Ehrenberg, Alain: Das erschöpfte Selbst – Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt/Main, 2004; S. 149ff.

¹⁷⁴ vgl. hier Fromm, Erich: Humanismus als reale Utopie; S. 33ff., vgl. aber auch aktuelle Aussagen von Mohammed El-Baradei, Generaldirektor der IAEO, zur aktuellen Bedrohung nuklearer Waffen

Wir haben gesehen, dass man unter der Humanistischen Pädagogik kein vorgeschriebenes Curriculum versteht, sondern sich hinter dem Begriff eine alternative Form des Lehrens und Lernens mit unterschiedlichen Ansätzen und Konzepten befindet. Vertiefend müssten nun die verschiedenen Ansätze Humanistischer Pädagogik erläutert werden, wie die Gestaltpädagogik oder das Psychodrama. Da dies aber an den gesellschaftspolitischen Ansprüchen der vorliegenden Arbeit vorbeigehen würde, wird diese Arbeit den Fokus auf die Bedeutung von gruppenspezifischen Grundlagen der Themenzentrierten Interaktion (TZI) legen, da sich hier ein gesteigerter gesellschaftspolitischer Anspruch feststellen lässt.

5.2.2. Die Themenzentrierte Interaktion (TZI) – psychoanalytisch-humanistischer Ansatz mit politischer Dimension

Der humanistische Gedanke des sozialen Lernens in Gruppen unterscheidet sich fundamental von gesellschaftlichen Individualisierungsvorstellungen. Der gegenseitige Austausch der Lernenden untereinander gehört neben stetigen Phasen der persönlichen Reflexion zu den Voraussetzungen sozialen Lernens. Mit dem Konzept der Themenzentrierten Interaktion (TZI) soll nun ein konkreter Ansatz humanistischer bzw. integrativer Pädagogik näher vorgestellt werden.

Die Themenzentrierte Interaktion ist ein Ansatz der Humanistischen Pädagogik, die aus den Erkenntnissen von Psychoanalyse und Erfahrungen aus der Gruppentherapie von Ruth C. Cohn entwickelt wurde. Cohn ist ebenso wie Robert Jungk und Erich Fromm jüdischer Abstammung und emigrierte 1933 in die Schweiz, in 1940 dann in die USA und setzte dort zunächst als praktizierende Psychoanalytikerin und später, zu Beginn der 60er Jahre, mit der Entwicklung der TZI – Methode, Maßstäbe. Zentrales Anliegen der TZI ist das „Lebendige-Miteinander-Lernen“: Anknüpfend an die humanistische Forderung des ganzheitlichen Lernens sollen „die wachstumsfördernden und heilenden Anlagen im Menschen angeregt und gefördert werden, nicht aber die stagnierenden und krankmachenden Tendenzen.“ Dabei geht es um Kooperationsbereitschaft anstelle von destruktiver Rivalität, um Realitätssinn statt Illusionen sowie um Verantwortungsbewusstsein anstelle von Anpassungsverhalten.¹⁷⁵ Cohn verfolgt bei der TZI aber nicht den Ansatz der klassischen Psychoanalyse, in dem sie den Fokus auf defizitäre Anteile im Menschen legt, die mit therapeutischer Aufarbeitung behoben werden können, sondern rückt die positiven Potentiale des Menschen in den Vordergrund. Die TZI soll dabei helfen, im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“, diese Potentiale freizusetzen und

¹⁷⁵ vgl. Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger: TZI – Die Kunst, sich selbst und eine Gruppe zu leiten – Einführung in die Themenzentrierte Interaktion, Stuttgart, 2006; S. 15

zu unterstützen. Zu Beginn der 60er Jahre war dieser Gedanke neu. Cohn vermochte mit der TZI-Methode einen Beitrag zur Etablierung der Humanistischen Psychologie in der Wissenschaft zu leisten, die fortan neben der klassischen Psychoanalyse und der Verhaltenstherapie, als „dritte Kraft“ wahrgenommen wurde.¹⁷⁶

Was im vorangegangenen Abschnitt unter humanistischen Idealen und Vorstellungen auf einer abstrakten Ebene beschrieben wurde, äußert sich hier ganz konkret. TZI kann überall dort Anwendung finden, wo Arbeitsgruppen ihren Kooperations- und Kommunikationsstil verbessern wollen.¹⁷⁷ Ihre Wertbasis beruht auf drei Axiomen und zwei Postulaten, die direkt aus dem humanistischen Weltbild abgeleitet werden:

Die drei Axiome

1. *Existentiell-anthropologisches Axiom: Der Mensch ist eine psycho-biologische Einheit und ein Teil des Universums. Er ist darum gleichermaßen autonom und interdependent. [...]*

Erklärung: Die Wechselwirkung zwischen Autonomie und Interdependenz wird als Grundprinzip menschlichen Daseins verstanden. Die Autonomie (Eigenständigkeit) des Menschen vergrößert sich nur dann, wenn er sich seiner Interdependenz (Verbundenheit und Angewiesenheit) zur Umwelt bewusst wird.

2. *Ethisch-soziales Axiom: Ehrfurcht gebührt allem Lebendigen und seinem Wachstum. Respekt vor dem Wachstum bedingt bewertende Entscheidungen. Das Humane ist wertvoll, Inhumanes ist wertbedrohend.*

Erklärung: Menschliches Handeln muss sinn- und wertvoll sein. Dabei dürfen nicht nur die kognitiv-rationalen, sondern auch die emotionalen und körperbewegten Seiten des Menschen Wertschätzung erfahren.

3. *pragmatisch-politisches Axiom: Freie Entscheidung geschieht innerhalb bedingender innerer und äußerer Grenzen; Erweiterung dieser Grenzen ist möglich.*

Erklärung: Im Zusammenleben von Menschen gibt es kein Nicht-Verhalten. Die Dazugehörigkeit zur Umwelt erzeugt immer ein Verhalten. Nimmt man Verhältnisse

¹⁷⁶ a.a.O.; S. 99f.

¹⁷⁷ a.a.O.; S. 10

kommentarlos hin, bedeutet dass die Unterstützung der Verhältnisse. Tut man das nicht, beginnt eine Herausforderung mit dem Ziel der Verbesserung von Lebensqualität.¹⁷⁸

Daraus ergeben sich die zwei Postulate der TZI. Diese Forderungen sind eine zusätzliche Konkretisierung der Axiome und hilfreich für die Umsetzung in Gruppensituationen. Zudem bieten sie dem Teilnehmer eines Gruppenprozesses die Chance zu lernen, sich selbst zu leiten und zu organisieren.

Die zwei Postulate

1. Sei dein eigener chairman/chairwoman, sei die chairperson deiner selbst.

Die „chairperson“ übernimmt die Verantwortung für ihr individuelles Denken und Handeln. Sie entscheidet ganz allein, was sie der Gruppe mitteilt und was nicht. Die Teilnehmer sollen so lernen, Verantwortung zu übernehmen und gleichzeitig auf die Bedürfnisse der anderen zu achten. Dies ist keine Selbstverständlichkeit, da in Erziehung und Sozialisation nur unzureichend gelernt wird, für sich selbst zu sorgen und Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen.

2. Störungen und Betroffenheiten haben Vorrang.

Das Arbeiten an einem Thema macht nur dann Sinn, wenn jede Person auf den Sachverhalt konzentriert ist. Wenn also Störungen und Widerstände auftreten, ist es wichtig für die Moderatoren, auf diese einzugehen. Vielleicht sind diese Störungen auch nur aufgrund von mangelnder Erkenntnis im derzeitigen Arbeitsprozess aufgetreten und können so als wichtige Impulse der Weiterarbeit dienen. Das Postulat ist ein Plädoyer für die Anerkennung des ganzheitlichen Menschen, der nicht immer konzentriert, sondern auch mal abwesend sein kann. Dies ist in einem sozialen Arbeitsgefüge mit Menschen etwas völlig natürliches und muss im Ablauf berücksichtigt werden.¹⁷⁹

Die konventionelle Form des Lehrens und Lernens, also der Frontalunterricht im schulischen Lernen oder die Belehrungsform der öffentlichen Medien geben dem Individuum kein eigenes partizipatives und gestalterisches Moment. Vielmehr wächst eine scheinbare Zufriedenheit in einer bequemen Erwartungs- und Konsumentenhaltung, die

¹⁷⁸ vgl. Cohn, Ruth C./Farau, Alfred: Gelebte Geschichte der Psychotherapie, Stuttgart, 1984; S. 356f.; vgl. aber auch Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger: TZI – Die Kunst, sich selbst und eine Gruppe zu leiten; S. 34ff.

¹⁷⁹ vgl. Cohn, Ruth C./Farau, Alfred: Gelebte Geschichte der Psychotherapie, S. 358ff.; vgl. aber auch Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger: TZI – Die Kunst, sich selbst und eine Gruppe zu leiten; S. 39ff.

zudem auf Passivität des Individuums ausgerichtet ist. Mit Hilfe der TZI können diese Schwellen der Passivität überwunden und zur Aktivität ermutigt werden.

Zudem findet häufig in konventionellen Rahmen von Bildungsinstitutionen eine einseitige Überbetonung und Überbewertung der kognitiv-rationalen Leistungen statt. Diese beruht auf einer Überinterpretation von intellektuellem, auf der Verstandesebene beruhendem Wissen (Sachebene) und auf einer Vernachlässigung der emotionalen, sozialen und körperbewegten Anlagen (Beziehungsebene). Sach- und Beziehungsebene in eine ausgewogene Balance zu setzen ist nach Cohns Überzeugung der richtige Weg. Dabei geht es um die Verbindung „zwischen persönlich bedeutsamen und sachlichem Lernen.“¹⁸⁰ Die TZI versucht mit dem „Arbeitsprinzip der dynamischen Balance“ ein Gleichgewicht zwischen Sach- und Beziehungsebene im Sinne des humanistischen Ganzheitlichkeitsprinzips herzustellen. Im Nachfolgenden soll diese zentrale Arbeitsweise näher vorgestellt werden.

Die vier wirkenden Kräfte und Faktoren in einem Gruppenprozess

1. *Das Ich*

Jedes Individuum hat ein eigenes Anliegen, mit dem es ein Problemlösungsverfahren angeht. Nur wer sich seiner Gedanken und Gefühle, seiner Erkenntnisse und Wahrnehmungen bewusst ist, wird auch in der Lage sein, nach dem bereits vorgestellten Konzept der Erfahrungstranzendenz¹⁸¹ die Bedürfnisse anderer Gruppenmitglieder wahrzunehmen.

2. *Das Wir*

Mit dem „Wir“ sind die verschiedenen Interaktionen innerhalb der Gruppe gemeint. Das Individuum muss seinen eigenen Weg finden, sich in die Gruppe einzugeben ohne sich selbst dabei aufzugeben. Im „Wir“ finden demokratische Aushandlungsprozesse statt, die in konventionellen Lernsettings meist zu kurz kommen.

3. *Das Es*

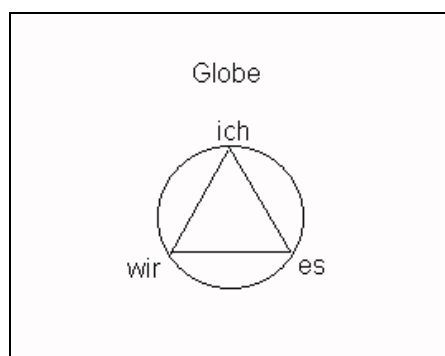
Das „Es“ verkörpert das Thema der Veranstaltung, an dem gearbeitet wird. Das „Es“ ist für die Gruppe inhaltlicher Bezugspunkt der Sachebene.

¹⁸⁰ Sielert, Uwe: Themenzentrierte Interaktion nach Ruth Cohn (TZI), in: Buddrus, Volker (Hrsg.): Humanistische Pädagogik; S. 249

¹⁸¹ vgl. Buhl, Monika/Kuhn, Hans-Peter: Persönlichkeitsentwicklung durch gesellschaftliches Engagement im Jugendalter, in: Journal für politische Bildung; vgl. aber auch Kap. 3.3.

4. Der Globe

Zum „Globe“ zählen alle äußeren Einflüsse, die den Arbeitsprozess in welcher Art auch immer prägen. Es geht um Umweltbedingungen und Menschen, die außerhalb der Hier-und-Jetzt – Situation die Gruppe beeinträchtigen, um persönliche Erfahrungen sowie aktuelle politische Geschehnisse. Den Globe zu berücksichtigen, heißt für Cohn die Anerkennung der Welt, in welcher sich der Arbeitsprozess abspielt.¹⁸²



Quelle: <http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/1999/325/html/resstz01.gif>; Stand: 31.03.07

Abb. 1.

Das gleichseitige Dreieck im Kreis wurde mit der Zeit zum Symbol der TZI. Auch wenn Cohn zur orthodoxen psychoanalytischen Praxis auf Distanz ging, lassen sich in dieser Darstellung ihre Wurzeln sichtbar nachzeichnen. Dieses idealtypisch dargestellte Schaubild ist allerdings nicht statisch zu betrachten. In einem gruppendynamischen Prozess sind alle Seiten immer wieder in Bewegung, das Gleichgewicht muss immer wieder hergestellt werden. Praktisch bedeutet dies: Arbeitet eine Gruppe bereits eine lange Zeit an einem theoretischen Text (auf einer sachbezogenen Ebene, dem „Es“) haben die Moderatoren den Auftrag die Balance durch eine auflockernde Übung, bei der sich die Teilnehmer viel bewegen müssen, wiederherzustellen. Ein anderes Beispiel: Haben die Teilnehmer eine Gruppenarbeit (im „Wir“) erledigt, müssen die Moderatoren die Lage abschätzen, ob die Teilnehmer nicht eine längere Pause benötigen um Zeit und Raum für eine persönliche Reflexion (zur Betonung des „Ich“) zu haben. Selbstverständlich ist dies von Gruppe zu Gruppe verschieden. Die Aufgabe der Moderatoren, aber auch der Teilnehmer ist es, darauf zu achten, dass das Prinzip der Balance „zwischen Sach- und Beziehungsebene, Aktivität und Ruhe, Geben und

¹⁸² vgl. Cohn, Ruth C./Farau, Alfred: *Gelebte Geschichte der Psychotherapie*, S. 351ff.; vgl. aber auch Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger: *TZI – Die Kunst, sich selbst und eine Gruppe zu leiten*; S. 60ff.

Nehmen, Nähe und Distanz, die Balance zwischen physischen, emotionalen, intellektuellen und spirituellen Bedürfnissen¹⁸³ eingehalten wird.

Daraus resultiert ein weiteres Merkmal TZI – geleiteter Verfahren: Durch das Herstellen von Balancen sind zunächst einmal extreme Positionen notwendig. Die vorhandenen Gegenpole werden in der TZI nun nicht dem abendländischen Dualismus des „Entweder-Oder“ – Denkens geopfert, sondern gehen gemeinsam in einer neuen Form von Diskussionsführung auf, die ein „Sowohl-als-Auch“ – Denken zulässt. Diese alternative Form der Diskussionskultur ähnelt sehr dem fernöstlichen Taoismus, der in jedem Pol zugleich den Gegenpol keimen sieht (Yin und Yang).¹⁸⁴ Die Nähe der Humanistischen Pädagogik zu fernöstlichen Weltanschauungen wurde bereits bei Erich Fromm deutlich, der intensiven Kontakt mit Zen-Buddhisten pflegte und sich intensiv mit der Zen – Philosophie beschäftigte. Sie gingen gemeinsam der Frage nach, wie ein friedliches Zusammenleben der Menschen unmittelbar nach den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts möglich ist.

Die Entwicklung der Themenzentrierten Interaktion hatte ein ebenso gesellschaftspolitisches Anliegen. In ihr ist nicht nur „das Politische als Dimension menschlicher Existenz [...] enthalten, es wird sogar besonders hervorgehoben.“¹⁸⁵ Wenn man also von einer inhaltlichen Neutralität der Moderatoren eines Partizipationsverfahrens spricht, dann ist dies nur eine Schein-Neutralität, die sich nur auf die Sachebene bezieht. In Wirklichkeit geben Moderatoren ihre Neutralität bereits durch ihre bloße Anwesenheit auf.

Ruth Cohn plädiert in der gesellschaftspolitischen Dimension der TZI für eine Politik der kleinen Schritte. Dies umfasst zum Einen die von Giddens beschriebene Politisierung der Lebensführung („life politics“): Die Entscheidung, ob man mit dem Fahrrad oder mit dem Auto fährt oder welches Obst man kauft, zeigt, dass politische Entscheidungen Einzug in die Privatsphäre gefunden haben. In einem Gespräch mit Friedemann Schulz von Thun sagte Cohn: „Jede Tat, die ich tue, ob ich mich ernähre oder ob ich lehre, ist politisch, weil alles mit allem verbunden ist.“¹⁸⁶ Ihr Begriff von Politik setzt zum Anderen eine Abkoppelung vom konventionellen Politikverständnis und eine Vermischung des Politikbegriffs mit dem Begriff der Gesellschaftlichkeit voraus. Gleichzeitig würde Cohn vor

¹⁸³ Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger: TZI – Die Kunst, sich selbst und eine Gruppe zu leiten; S. 59

¹⁸⁴ vgl. ebd.

¹⁸⁵ vgl. a.a.O.; S. 108

¹⁸⁶ Cohn, Ruth C./Schulz von Thun, Friedemann: Wir sind Politiker und Politikerinnen – wir alle! Ein Gespräch über mögliche Hilfen von TZI und Kommunikationslehre, in: Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger (Hrsg.): Zur Tat befreien – Gesellschaftspolitische Perspektiven der TZI-Gruppenarbeit, Mainz, 1994; S. 42

zu hohen Erwartungshaltungen warnen, denn entscheidend ist nicht die Größe eines einmaligen Schritts, sondern die Kontinuität vieler kleiner Aktionen.¹⁸⁷ Sie stellt nicht die Frage: „Welche Veränderung hat die Diskussion gebracht?“ sondern „Hätte es eine Veränderung gegeben, wenn diese Diskussion nicht geführt worden wäre?“. Die TZI kann mit ihrer gesellschaftspolitischen Intention Menschen auf dem Weg zu einer eigenverantwortlichen, partizipativen Haltung befähigen. Dies geschieht durch eine positive Ich-Stärkung, mit der Erlernbarkeit von Kompetenzen wie der Streitkultur und Konfliktlösung oder aber auch im Umgang mit dem Abbau hierarchischer Struktur hin zu einer radikalen Demokratisierung.¹⁸⁸

5.2.3. Eine alternative Lernform – Kreative Felder

Bereits im vorangegangenen Abschnitt wurde das auf Kurzfristigkeit angelegte Lernen in konventionellen Settings kritisiert. Holzkamp bezeichnet dies als defensives Bewältigungslernen, bei der die Diskrepanz zwischen Lernanforderung (seitens des Lehrenden) und der vollzogenen Lernerfahrung (seitens des Belehrteten) offensichtlich wird: Durch eine erzwungene Lernumgebung wie der Schule (gekennzeichnet durch Schulpflicht, Versetzungs- und Leistungsdruck, etc.), entwickeln Schüler kein vordergründiges Interesse an Sachinhalten, sondern suchen nach Überlebensstrategien, um eigenen Blamagen zu entgehen und den Lehrenden zufrieden zu stellen. Der Lehrende stellt Fragen und erwartet *die* eine richtige Antwort. Bekommt er diese nicht, fragt er so lang nach bis jemand die richtige Antwort sagt oder er gibt sie gegebenenfalls selbst. Der Lehrende erweckt so den Anschein, eigentlich gar nicht so richtig an den Gedanken der Schüler interessiert zu sein. Zudem ist diese Herangehensweise in keiner Weise schüler-, sondern ausschließlich lehrerzentriert, da Lernen nur zur Erfüllung der Lehrererwartung stattfindet.¹⁸⁹

Diesem Modell des defensiv-bewältigungsorientierten Lernen stellt Holzkamp die Idee des partizipativen Lernens gegenüber, mit der expansiv-sachinteressiertes Lernen möglich ist. Die Idee geht davon aus, dass Lehrende und Belehrtete in einem Master & Novizen – Verhältnis zueinander stehen, in dem der Novize zuschaut, danach hospitiert, allmählich eigene Ideen mit einfließen lässt, um am Ende die Asymmetrie aufzuheben und in einem gleichberechtigten Verhältnis zum Master zu stehen.¹⁹⁰ Dies erfordert neben einem neuen Lehrer-Schüler-Verhältnis außerdem noch eine völlig neue Form der

¹⁸⁷ Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger: TZI – Die Kunst, sich selbst und eine Gruppe zu leiten; S. 109

¹⁸⁸ vgl. a.a.O.; S. 110f.

¹⁸⁹ vgl. Holzkamp, Klaus: Lehren als Lernbehinderung, in: Forum Kritische Psychologie 27; S. 9ff.

¹⁹⁰ a.a.O.; S. 16f.

Unterrichtsorganisation. Dies im schulischen Kontext zu realisieren, scheint aufgrund starrer Strukturen im Schulsystem nur schwer möglich zu sein. Für die pädagogische Arbeit außerhalb konventioneller Lernsettings, also z.B. in der Zukunftswerkstatt, kann die Idee des partizipativen Lernens jedoch ein hilfreicher Anstoß sein.

Zusätzlich zur Überwindung der Vorstellung vom Lehrer als der allwissenden Figur kommt die Überlegung des sozialen Lernens in Gruppen aus der Humanistischen Pädagogik. Für die Zukunftswerkstatt als Problemlösungs- und Innovationsverfahren bedeutet dies, dass weniger das Individuum, als vielmehr die Gruppe und ihr Lernprozess im Mittelpunkt stehen. Ob ein Verfahren erfolgreich verlaufen ist, misst sich also nicht an individuellen Leistungen, sondern an den durch Interaktionen freigesetzten Synergien und kreativen Potentialen. In seiner Analyse von Kreativität kommt Burow zu der Annahme, dass Kreativität sich im einzelnen Menschen am Besten entfaltet, wenn es einen kreativen Gegenpol gibt, eine sogenannte kreative Konkurrenz, in der jeder das kreative Potential des Anderen hervorlockt.¹⁹¹ Ein synergetischer Prozess kann nur eintreten, wenn die Gruppe selbst am Arbeitsprozess beteiligt ist, er expansiv von ihr mitgestaltet wird (s. Holzkamp) und wenn gleichzeitig die richtige Balance zwischen Sach- und Beziehungsebene, d.h. in dem Fall, zwischen persönlich bedeutsamen und sachlichem Lernen (s. TZI), gefunden wird. In einer Zukunftswerkstatt entwickeln die Teilnehmenden für die unterschiedlichen Probleme die vielfältigsten Lösungsvorschläge, die selbstverständlich nicht immer allen recht sind. Synergetische Prozesse entfalten sich aber nur dann, „wenn nicht die Abgrenzung der Meinungen dominiert, sondern ihre konstruktive Verknüpfung.“¹⁹² Für Zukunftswerkstätten ist die „sowohl-als-auch“- Haltung von außerordentlicher Bedeutung, da zum Einen alle entworfenen Phantasien und Utopien eine Intention hin zu einer positiven Veränderung haben und zum Anderen niemand in seiner kreativ-schöpferischen Phase durch Abwertung gestört werden sollte. Kreatives Schaffen in Zukunftswerkstätten muss sich also von konventionellen Formen der Lehr- und Lerngestaltung emanzipieren. Es lässt sich auch nicht ad hoc erzwingen. Es entsteht in kreativen Feldern, die von Moderatoren, aber auch und vor allem von den Teilnehmenden selbst, gestaltet werden müssen. Für ein kreatives Feld gilt folgende Definition:

¹⁹¹ vgl. Burow, Olaf-Axel: Ich bin gut – wir sind besser; S. 49

¹⁹² Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten; S. 117

„Das Kreative Feld zeichnet sich durch den Zusammenschluss von Persönlichkeiten mit stark unterschiedlich ausgeprägten Fähigkeiten aus, die eine gemeinsam geteilte Vision verbindet: Zwei (oder mehr) unverwechselbare Egos, die sich trotz ihrer Verschiedenheit ihres gemeinsamen Grundes bewusst sind, versuchen in einem gegenseitigen Lernprozess ihr kreatives Potential gegenseitig hervorzulocken, zu erweitern und zu entfalten.“¹⁹³

Wie bereits gesagt, lässt Kreativität sich nicht erzwingen. Dennoch ist die Zukunftswerkstatt in hohem Maße abhängig von den kreativen Potentialen der Teilnehmenden. Es bedarf also Determinanten, die kreatives Schaffen bedingen oder unterstützend fördern können. Diese Determinanten werden im Nachfolgenden kurz vorgestellt:

1. *Dialog*

Der Dialog soll anregen und sensibilisieren für Wahrnehmungen und Auffassungen anderer Teilnehmer. Er soll den Einzelnen dazu befähigen, die Anregungspotentiale der Anderen wahrzunehmen.

2. *Vision und Produktorientierung*

Die Gruppe muss sich im Klaren sein, auf welches Ziel sie hinarbeitet und wie jeder sein kreatives Potential einbringen kann, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

3. *Vielfalt*

Vielfalt ist notwendig für den Synergieprozess: Je vielfältiger die Zusammensetzung der Gruppe (s. Weisbord: Das ganze System in einem Raum), desto facettenreicher sind die Ergebnisse der Arbeitsprozesse.

4. *Personenzentrierung*

Jedes Individuum muss sich dennoch seiner Individualität bewusst sein und darf sich nicht aus Opportunitätsdruck anderen Meinungen unterordnen. Ein profiliertes Ego wirkt als Anziehungspunkt für andere, schafft Reibungspunkte und ermöglicht erst den Dialog (s. Punkt 1).

5. *Synergieprozess*

In einem Arbeitsprozess kann durch das gegenseitige Ergänzen unterschiedlicher Meinungen das Ergebnis fruchtbarer ausfallen, als wenn jeder für sich allein arbeitet. Neue Sichtweisen treten zu Tage und wirken sich bereichernd auf den Arbeitsprozess aus.

¹⁹³ Burow, Olaf-Axel: Die Individualisierungsfalle – Kreativität gibt es nur im Plural, Stuttgart, 1999; S. 123

6. *Partizipation*

Mit der Lösung von Problemen durch alle Betroffenen wird nicht nur ein demokratischer Aspekt sichtbar, gleichzeitig emanzipiert sich das Individuum von der Expertenabhängigkeit und hat die Chance, zu einer qualitativ besseren Problemlösung beizutragen.

7. *Nachhaltigkeit*

Die Nachhaltigkeit zielt auf das soziale und ökologische Umfeld ab. Ein kreatives Feld wird nur dann funktionieren, wenn das Erschaffene auch gerecht und nachhaltig vertretbar ist.¹⁹⁴

Die Bedeutung von Kreativen Feldern geht über den Rahmen der Gestaltung von Zukunftswerkstätten hinaus. Welchen gesellschaftspolitischen Stellenwert sie haben und was sie im Bezug auf den Transformationsprozess der Wissensgesellschaft leisten können, wird in Kap. 7 beschrieben.

Dieses Unterkapitel stellte das Fundament vor, auf dem das Haus der Zukunftswerkstatt gebaut wird. Mit dem humanistischen Weltbild, der Themenzentrierten Interaktion und dem Kreativen Feld wurden drei zentrale Elemente dargestellt, die nicht nur für den pädagogischen Prozess eine Bedeutung haben, sondern darüber hinaus von gesellschaftspolitischer Relevanz sind. Anhand dessen wird deutlich, dass die Zukunftswerkstatt mehr als nur eine pädagogische Methode ist: Sie ist eine Aufforderung zur Politisierung.

¹⁹⁴ vgl. a.a.O.; S. 124-134

5.3. Ablauf der Zukunftswerkstatt

Im Folgenden werden kurz methodische Ausformungen sowie didaktische Spielregeln der Zukunftswerkstatt vorgestellt. Zuvor wird jedoch das Augenmerk auf die Rolle des Moderators gelegt. Diese ist sowohl für den Gruppenprozess als auch für den Ablauf von nicht zu unterschätzender Relevanz.

5.3.1. Die „gute“ Moderation

Der Begriff der Moderation wurde in Kap. 4.1. bereits eingeführt, um die Eigenverantwortlichkeit der Gruppe im Arbeitsprozess deutlich zu machen. Dieser Abschnitt dient dazu, den Begriff weiter auszuführen, sowie Selbstverständnis und Bedingungen der Moderation vorzustellen. Woher kommt der Begriff und was sind die entscheidenden Merkmale einer „guten“ Moderation?

Der Begriff der Moderation leitet sich aus dem Lateinischen „*moderare*“ ab, was soviel wie „mäßigen, lenken, regeln“¹⁹⁵ bedeutet und somit einen ersten Hinweis auf die Haltung des Moderators gibt. Mit dem Aufkommen der Moderationsmethoden in den 60er und 70er Jahren erfuhr der Begriff dann eine spezifizierte Bedeutung. Auch hier lassen sich die Ursachen in den gesellschaftlichen Strömungen dieser Zeit wiederfinden: Man wollte wegkommen von dem Gedanken der Bevormundung und der Manipulation durch einen Leiter. Mittels der Moderationsmethode wollte man „Gruppenmitglieder befähigen und ermutigen, ihren eigenen Willen zu artikulieren und ihr eigenes Wissen, ihre eigenen Interessen in Entscheidungsprozesse einzubringen.“¹⁹⁶ In diesem Sinne kann das Entstehen der Moderationsmethode als eine Emanzipation von klassischen Leitungsprinzipien verstanden werden. Die progressiven Ansätze und die Unterschiede werden in der nachfolgenden Tabelle kurz aufgelistet:

¹⁹⁵ Neuland, Michèle: Neuland-Moderation, Eichenzell, 1995; S.55

¹⁹⁶ Hartmann, Martin/Rieger, Michael/Luoma, Marketta: Zielgerichtet moderieren – Ein Handbuch für Führungskräfte, Berater und Trainer, Weinheim und Basel, 1999; S. 15

Leitung einer Gruppe	Moderation einer Gruppe
Leiter ist inhaltlich beteiligt, äußert seine Meinung und wirkt verstärkend und wertend	Moderator ist inhaltlich neutral und sorgt dafür, dass alle Beiträge die gleiche Beachtung finden
Hauptaugenmerk liegt auf dem Inhalt und weniger auf der Verfahrensweise	Die Auswahl von prozessunterstützenden Methoden ist die Hauptaufgabe des Moderators
Leiter muss durchsetzungsfähig sein und seine Meinung artikulieren können	Moderator regt den Willensbildungsprozess in der Gruppe an
Vorgabe von konkreten Zielen	Unterstützung der Gruppe bei der Formulierung von Zielen
Störungen vermeiden	Störungen haben Vorrang
Leiter setzt Regeln für den Umgang, die Kommunikation, etc. fest	Gruppe erarbeitet sich Regeln gemeinsam
Leiter der Gruppe ist hierarchisch höher gestellt, seine Aussagen haben mehr Gewicht	Moderator besitzt keine inhaltlichen Kompetenzen, somit ist er gleichberechtigt wie alle anderen ¹⁹⁷

Moderation bedeutet also mehr als große, braune Packpapierbögen, bunte Kärtchen, Klebepunkte oder dicke Filzschreiber. Moderatoren verkörpern eine eigene Haltung, sie geben ihre „Macht- und Allwissenheitsrolle auf und bieten sich als methoden- und verfahrenskompetenter Begleiter für den Arbeitsprozess an, dessen Ziele und Inhalte die Gruppe grundsätzlich selbst verantwortet.“¹⁹⁸ So bekommt die Gruppe auch keine inhaltliche Unterstützung, da man davon ausgeht, dass die Probleme durch die brachliegenden kreativen Potentiale der Gruppe selbstständig gelöst werden können. Die Aufgabe der Moderatoren ist es vielmehr, diese brachliegenden Ressourcen zu aktivieren, d.h. „den Prozess zu fördern und nicht inhaltlich zu lösen.“¹⁹⁹ Moderatoren sollen eine dienende Grundhaltung verkörpern und sich die Haltung des Sokrates zum Vorbild nehmen, „der sich als ‚Hebamme‘ der Gedanken anderer verstand.“²⁰⁰ Auch Neuland spricht in diesem Zusammenhang von der „Hebammenkunst“ eines Moderators, der den Geburtsvorgang der Gruppe unabhängig vom Inhalt unterstützt.²⁰¹ Neben der

¹⁹⁷ vgl. a.a.O.; S. 22

¹⁹⁸ a.a.O.; S. 15

¹⁹⁹ Sperling, Jan Bodo/Wasseveld, Jacqueline: Führungsaufgabe Moderation – Besprechungen, Teams, Projekte kompetent managen, Planegg, 2000; S. 17

²⁰⁰ Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten; S. 112

²⁰¹ vgl. Neuland, Michèle: Neuland-Moderation, Eichenzell, 1995; S.62

thematischen Neutralität verfügen Moderatoren partizipativer Verfahren noch über andere Profileigenschaften um eine möglichst selbstbestimmte Arbeitsweise der Gruppe zu ermöglichen. Weitere Eigenschaften sind:

- Verbindliche Autorität (Durchsetzung und Einhaltung von Achtungszeichen und Vereinbarungen)
- Ständige Präsenz (immer auf der Höhe des Geschehens sein um den Prozess im Auge zu behalten)
- Zielgerichtetes Fragen (dient zur Beibehaltung motivationaler Aspekte bei den Teilnehmenden, soll anregen, mitreißen, konkretisieren)
- Einfühlsame Flexibilität (Ruhe in hektischen Situationen ausstrahlen, Improvisationskünste)
- Authentischer Stil (persönliche Echtheit und Authentizität)²⁰²

Hinzu kommt die synergetische Teamfähigkeit: Zukunftswerkstätten, aber auch alle anderen moderierten Partizipationsverfahren, sollten immer von zwei Personen moderiert werden. Dabei ist ein gegendertes Moderatorenteam von Vorteil: Sollten z.B. im Arbeitsprozess Probleme auftauchen, die eine Teilnehmerin nicht mit dem männlichen Moderator besprechen möchte, macht es eine gute Moderation aus, wenn sie gegendert ist und somit das Problem auch mit der Moderatorin besprochen werden kann. Zudem betont die Unterschiedlichkeit ja auch das Potential zu synergetischer Teamfähigkeit im Moderatorenteam selbst.²⁰³ Es gilt das Motto: Gegensätze ziehen sich an.

Was zeichnet nun eine „gute“ Moderation aus? Sicherlich ist es hilfreich, sich an die oben genannten Hilfestellungen zu halten. Jedoch können diese wirklich nur zu einer gelungenen Moderation führen, wenn sie in sich stimmig sind und gut miteinander harmonieren. Außerdem fällt kein guter Moderator vom Himmel: Ohne Erfahrungen in gruppendynamischen Prozessen und in der pädagogischen Arbeit mit Teams, werden auch diese Achtungszeichen der Moderation nicht viel weiter helfen können. Das „chairperson“ – Postulat aus der TZI ist nicht nur von Bedeutung für Teilnehmer, sondern auch für die Moderatoren. Dabei stellt die Beibehaltung von Authentizität einen wichtigen Faktor dar. Und letztendlich sollte nicht vergessen werden, dass moderierte Partizipationsverfahren eben nicht referenten-, sondern teilnehmerorientiert sind. Moderatoren sind Katalysatoren bei der Erschließung des Zukunftswegs der Gruppe.²⁰⁴

²⁰² vgl. Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten; S. 113ff.

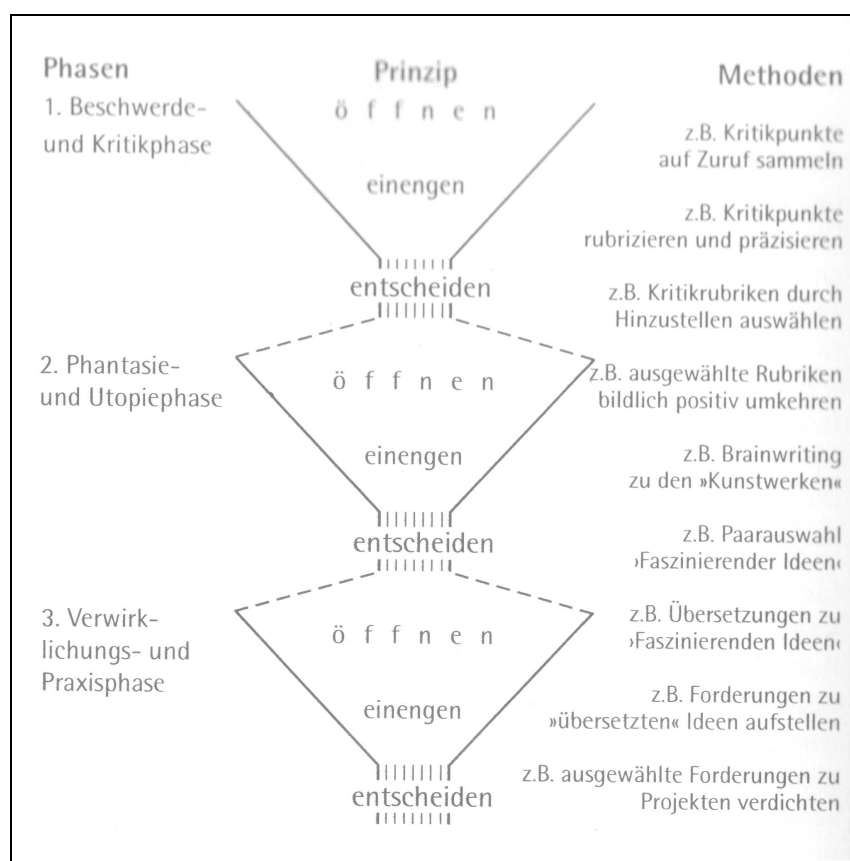
²⁰³ a.a.O.; S. 114

²⁰⁴ a.a.O.; S. 176

5.3.2. Der Ablauf

Um die theoretischen Grundlagen aus Kap. 5.2. in einen Kontext setzen zu können, wird im Nachfolgenden ein idealtypischer Ablauf einer Zukunftswerkstatt vorgestellt. Dabei ist zu beachten, dass selbst Moderatoren mit langjähriger Erfahrung immer wieder betonen, dass keine Werkstatt der anderen gleicht und somit auch jedes Mal die Methode neu auf die jeweilige Gruppe angepasst werden muss.

Dennoch verfügt eine Zukunftswerkstatt im idealtypischen Fall über ein bestimmtes Handlungsmuster. Hierzu gehören die drei Phasen, welche von der Gruppe während der Werkstatt durchlaufen werden und die eingebettet sind in das Trichterprinzip. Wie aus der nachfolgenden Abbildung hervorgeht, ist der Weg der Gruppe durch die drei Phasen geformt wie ein Trichter. Zu Beginn wird das Thema geöffnet, mit der Zeit eingengt und am Ende wird entschieden an welchem Thema nun konkret weitergearbeitet werden soll. Dies gilt für alle drei Phasen.



Quelle: Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten; S. 60

Abb. 2

Kuhnt und Müllert vergleichen das Vorgehen in einer Zukunftswerkstatt mit dem dialektischen Schließen, also die prozesshafte Vereinigung widersprüchlicher Aussagen. Im Trichterprinzip dienen somit die drei Phasen der Werkstatt als These, Antithese und Synthese²⁰⁵:

Kritikphase

Nach dem Kennenlernen und der Klärung von organisatorischen Fragen beginnt eine Zukunftswerkstatt thematisch mit dem Sammeln und dem Äußern von Kritikpunkten. Für die Teilnehmer ist hier wichtig, jede Kritik, sofern sie sich am Thema der Werkstatt orientiert, zuzulassen und diese auch so konkret es geht zu äußern. Dies schließt eine Loslösung von Abstraktionen und Überbegriffen ein und ermöglicht so die Behandlung der Probleme im weiteren Arbeitsprozess. Die These entsteht also durch eine kritische Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes. Am Trichtermodell lässt sich erkennen, dass am Ende eine Auswahl getroffen werden muss, an welchem Thema nun weitergearbeitet wird. Dies geschieht wie jedes Vorgehen innerhalb der Werkstatt per Konsensentscheid. Sollte ein Teilnehmer mit der getroffenen Entscheidung nicht zufrieden sein, ist dies als eine Störung zu betrachten, die im Moment des Auftretens Vorrang hat.

Phantasiephase

Die Phantasie- oder Visionsphase stellt im Modell des dialektischen Schließens nun die Antithese dar. In der Zukunftswerkstatt lösen sich die Teilnehmer von ihren, in der Kritikphase, beschriebenen Problemen und gegebenen Sachzwängen und entwerfen in kreativer Form ihre Zukunft, die im Widerspruch zur Realität steht. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt (Themenöffnung im Trichterprinzip).

Die Besonderheit in der Betrachtung der Zukunft liegt hier im vorzunehmenden Perspektivwechsel: Man schaut nicht aus der Gegenwart in die Zukunft, die einem häufig bereits determiniert erscheint, sondern lässt den Weg dorthin völlig unbeachtet. Wichtig sind zunächst nur die Wünsche und Visionen, die am Ende herauskommen sollen, unabhängig von der Möglichkeit ihrer Realisierung.²⁰⁶

Das Problem liegt insbesondere für die Moderatoren in der Freilegung der kreativen Potentiale der Teilnehmer. Erwachsene verfügen über ein hohes Maß an Urteilskapazität und sind es gewohnt, aufgrund ihrer Lebenserfahrung für alle Probleme bereits vorgefasste Lösungen präsentieren zu können. Die daraus resultierenden Sachzwänge werden in der Phantasiephase vermieden und durch Kreativität und Spontaneität ersetzt.

²⁰⁵ a.a.O.; S.58

²⁰⁶ vgl. hier auch Burow, Olaf-Axel: Ich bin gut – wir sind besser; S. 181

Mittels kreativer Präsentationen, in Form von Theaterstücken, Rollenspielen oder Gedichten, bekommen die Kleingruppen die Möglichkeit, ihr jeweiliges Thema dem Plenum vorzustellen und somit auch für Transparenz innerhalb des Arbeitsprozesses zu sorgen. Am Ende der Phantasiephase steht die Übernahme der faszinierendsten Ideen jeder Kleingruppe in die Realisierungsphase.

Realisierungsphase

Die Teilnehmer haben bis hierhin in der Kritikphase ihren Unmut über bestehende Zustände freien Lauf gelassen und in der Phantasiephase Visionen entwickelt, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen, ohne dabei allerdings ihr realistisches Problembewusstsein zu verlieren. Die Frage des „Wie“ wird nun mittels der Überführung von These und Antithese in die Synthese innerhalb der Realisierungsphase vorgenommen. Aufgabe für jede Kleingruppe ist es also einen Plan zu entwickeln, wie ihre entwickelte Vision in kleinen Schritten zur Umsetzung gebracht werden kann. Diese konkrete Maßnahmenplanung erzeugt ein hohes Maß an Verbindlichkeit und Verantwortungsbewusstsein. Die Teilnehmer identifizieren sich mit dem Projekt und haben eine intrinsische Motivation entwickelt, dieses auch umzusetzen.²⁰⁷

Zu einer Zukunftswerkstatt gehört neben dem Drei-Phasen-Modell auch noch eine Vor- und Nachbereitungsphase, um den gesamten Arbeitsprozess abzurunden. Die Vorbereitungsphase umfasst die Themenbestimmung, die Wahl des Tagungsortes, das Ankommen der Teilnehmer sowie methodische und organisatorische Vorbereitungen. Die Nachbereitung umfasst eine ausführliche Dokumentation der erzielten Ergebnisse, welche die Kleingruppen für ihre weitere Arbeit in den Projektgruppen benötigen, sowie eine methodische Reflexion des Moderatorenteams. Des Weiteren ist es möglich, gemeinsam mit der Gruppe Verabredungen zu treffen, ob es Folgeveranstaltungen oder permanente Werkstätten geben soll. An dieser Stelle ist es jedoch wichtig, auf das Selbstorganisationsprinzip der Teilnehmer zu achten: Die Moderatoren sind lediglich dafür zuständig, dass die Gruppe laufen lernt und nicht dafür, sie zu einer weiteren Arbeit zu drängen. Hat eine Gruppe kein Interesse an der Weiterverfolgung eines Projekts, sollten die Moderatoren darauf verzichten, dass Projekt künstlich am Leben zu halten.

Das Drei-Phasen-Modell der Zukunftswerkstatt bildet den roten Faden, der sich durch die Ausgestaltung einer Werkstatt ziehen sollte. Da jede Gruppe verschiedene Bedürfnisse

²⁰⁷ vgl. für den kompletten Abschnitt zum Drei-Phasen-Modell einer Zukunftswerkstatt auch Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten; S. 58-107 und Jungk, Robert/Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten; S. 71-141

hat, ist das Drei-Phasen-Modell jedoch weniger als Dogma, sondern vielmehr als eine konkrete Hilfestellung für die Praxis zu verstehen. Es macht deutlich, wie simpel Zukunftswerkstätten sind und auch sein sollen. Jungks Intention von der Teilhabe aller Menschen an ihrer persönlichen Zukunft darf daher kein theoretisches Konstrukt sein, welches in der Praxis schwer umzusetzen ist. Auch die Moderatoren müssen immer wieder darauf achten, dass alle Teilnehmer den Lernprozess in möglichst gleicher Qualität wahrnehmen.

Die Begründung für den Einsatz einer Zukunftswerkstatt in einem demokratischen Entscheidungsprozess ergibt sich aus sich selbst heraus. Im Gegensatz zu konventionellen Formen der Partizipations- und Informationskultur, bei denen häufig „viel geredet, aber wenig gesagt wird“, ist der Fokus einer Zukunftswerkstatt immer auf die konkrete Umsetzung der zu realisierenden Projekte gerichtet. Jede eingesetzte Methode oder Technik muss immer das Ziel der Problemlösung im Fokus haben.²⁰⁸ Die Moderation muss dabei den Teilnehmern praktische Hilfen anbieten und sie in die Lage versetzen, dass es in ihren Händen liegt, das Projekt zur Umsetzung zu bringen.

Nachdem wir in diesem Kapitel die Besonderheit der Zukunftswerkstatt im Vergleich zu anderen Verfahren der Organisationsentwicklung herausgearbeitet haben, ist es offensichtlich, warum sich gerade die Zukunftswerkstatt als ein Instrument partizipativer Politikberatung anbietet. Noch offensichtlicher ist der Unterschied des Entscheidungsfindungsprozesses hinsichtlich konventioneller Formen der gesellschaftlichen Mitbestimmung. Im nächsten Kapitel soll nun eine, von Mirjam Schmidt und mir durchgeführte Zukunftswerkstatt in einem Kasseler Stadtteil vorgestellt werden. Die Fragestellung der vorliegenden Arbeit, ob die Zukunftswerkstatt eine politisierende und demokratisierende Wirkung gezeigt hat, wird dabei im Mittelpunkt stehen.

²⁰⁸ vgl. Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten; S. 177

6. Das ist ja wohl die (Marbachs-) Höhe! – Eine Zukunftswerkstatt in einem Kasseler Quartier: Ein Beispiel

Im folgenden Kapitel wird das theoretische Konstrukt der Zukunftswerkstatt, wie es im vorangegangenen Abschnitt beschrieben wurde, anhand einer von meiner Kommilitonin Mirjam Schmidt und mir durchgeführten Zukunftswerkstatt im Kasseler Quartier „Marbachshöhe“ beispielhaft dargestellt. Nach einem kurzen Einstieg in die Entstehungsgeschichte und unserer damit verbundenen Intention, diese Zukunftswerkstatt zur Realisierung zu bringen, wird im darauffolgenden Teil über den Ablauf der insgesamt zweitägigen Werkstatt berichtet, um zum Abschluss zu einer reflexiven Einschätzung der Zukunftswerkstatt vor dem Hintergrund der hier vorliegenden Fallbeschreibung zu gelangen.

Methodisch wird sich die vorliegende Fallbeschreibung auf die Darstellung von Prozessverläufen konzentrieren, ihre Ergebnisse beschreiben und zusammenfassen. Die in Kap. 6.4. dargestellten Kriterien emanzipatorischer Partizipation, sollen mit Hilfe der vorangehenden Prozessbeschreibung exemplarisch belegt werden. Es handelt sich hierbei nicht um ein standardisiertes oder hypothesenprüfendes, sondern um ein rekonstruierendes Verfahren empirischer, qualitativer Sozialforschung.²⁰⁹ Anhand dessen werden Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftswerkstatt sichtbar und sind somit empirisch nachvollziehbar.

6.1. Entstehung und Absicht

Die Idee für die Durchführung von „Das ist ja wohl die (Marbachs-) Höhe! – Zukunft gemeinsam gestalten“ kam uns im Zuge des Projektseminars „Schul- und Organisationsentwicklung“ von Prof. Olaf-Axel Burow, Kathrin Kühnemuth M.A., und Dipl. Soz.-Päd. Bettina Pauli im Wintersemester 05/06 an der Universität Kassel. In diesem Seminar sollten selbstständig arbeitende Gruppen Projekte im Bereich der „Prozessorientierten Zukunftsmoderation“ entwerfen und diese nach Möglichkeit realisieren. Unsere ursprüngliche Idee, eine Zukunftswerkstatt in einem Altenpflegeheim zu organisieren, scheiterte aufgrund mangelnder Bereitschaft der jeweiligen Heimleitungen. Somit beschlossen wir einen Schritt weiterzugehen und nahmen über Prof. Burow Kontakt zu einem Zeitungsherausgeber auf, der auf der Marbachshöhe lebt und arbeitet. Wir vereinbarten einen Termin, an dessen Ende unser neues Vorhaben

²⁰⁹ vgl. Bohnsack, Ralf: Rekonstruktive Sozialforschung – Einführung in qualitative Methoden, Opladen / Farmington Hills, 2007; S. 139ff.

stand: Die Durchführung einer Zukunftswerkstatt für das gesamte Quartier der Marbachshöhe.

Die Marbachshöhe ist ein Gebiet im Stadtteil Bad Wilhelmshöhe. Auf ihrem Gelände befand sich bis Mitte der 90er Jahre die Wittich- und Hindenburg-Bundeswehrkaserne. Nach deren Schließung wurde das Gelände beispielhaft umgestaltet: So entstanden bis heute auf der Marbachshöhe über 1000 Arbeitsplätze, überwiegend im Dienstleistungssektor. Es gibt knapp 700 Privathaushalte (teilweise in alternativen Wohnprojekten), reformpädagogisch orientierte Schulen, einen Kinderzirkus, ein Altenzentrum und ein überdurchschnittlich hohes kulturelles Angebot. Das Quartier ist also kein sozialer Brennpunkt sondern gehört zu den besten Gegenden Kassels.

Unsere Entscheidung, die Zukunftswerkstatt nun in einem Stadtteil und nicht in einer, in sich geschlossenen Organisation durchzuführen, begründete sich u.a. auf unser Interesse, welcher Typ von Mensch überhaupt bereit ist, einer externen Einladung zu folgen und im weiteren Schritt sich direkt vor Ort zu engagieren. Der Aspekt der Freiwilligkeit trat so verstärkt in den Vordergrund. Die Marbachshöhe bot sich für die Zukunftswerkstatt im Vergleich zu anderen Stadtteilen in Kassel an, weil das Bildungsbürgertum hier in über großem Maße vertreten ist und dieses ebenso überdurchschnittlich bereit ist, gesellschaftliches Engagement auszuüben.²¹⁰ Somit konnte mit der Erprobung der Zukunftswerkstatt auch der Versuch einer Beobachtung unternommen werden, inwiefern sich bei den Teilnehmern ein Partizipationsgefühl entwickelt, welches nachhaltig wirken kann und somit zu einer dauerhaften Politisierung beitragen kann.

Nach unseren Eindrücken, die wir von der Kasseler Marbachshöhe gewonnen hatten, zeichnet das Quartier vor Ort ein nahezu paradiesisches Bild: eine ruhige Wohnlage, geringe Arbeitslosigkeit, ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot für Kinder und Jugendliche, generationsübergreifende Wohnprojekte, sowie eine gute Infrastruktur. Kurz gesagt: Es entsteht der Eindruck, als wäre die „Stadt der Zukunft“ auf der Kasseler Marbachshöhe längst realisiert. Jedoch ließen wir uns von dem Gedanken leiten, dass es Probleme überall gibt und so betrachteten wir die vielen Vorzüge der Marbachshöhe, die ja im eigentlichen Sinne hinderlich für ein Problemlösungsverfahren sind, als ein positives Signal: engagierte Bürger, die sich nicht mit dem privaten Besitz zufrieden geben, sondern bestehende Missstände verändern wollen.

²¹⁰ Anm.: Wir hatten es also mit einem Teilnehmerkreis zu tun, die allesamt dem, bereits mehrfach erwähnten Begriff der „Beteiligungselite“ entsprachen. Wären auch Menschen vor Ort gewesen, die nicht diesem Typus entsprochen hätten, hätte sich dies sicherlich nachteilig auf den Arbeitsprozess ausgewirkt.

Nach unserer Vereinbarung, die Zukunftswerkstatt unter kein bestimmtes Thema stellen zu wollen um somit Raum für Probleme aller Art zu geben, begann die Bewerbungszeit. Zunächst meldeten sich nur Vertreter der Parteien an, Menschen also, die ohnehin gesellschaftlich engagiert sind. Schließlich jedoch erweiterte sich der Interessiertenkreis auf ca. 25 Personen. Die Zusammensetzung der Gruppe war bedingt heterogen, es ließ sich in dem Sinne kein bestimmter Typ *eines* „Zukunftswerkstätters“ bestimmen. Dennoch waren die Interessierten durch vieles verbunden: Sie gehörten ausnahmslos der Mittelschicht an, waren entweder gut situierte Rentner oder befanden sich in einem gesicherten Beschäftigungsverhältnis, zudem profitierten alle von einer guten Integration in die Gesellschaft. Die Tatsache, niemanden vor Ort zu haben, der aus diesem Rahmen herausfiel, war bei der Gruppenzusammensetzung sicherlich ein Nachteil, da Probleme nur umfassend und in voller Gesamtheit betrachtet werden können, wenn es möglichst vielfältige Sichtweisen auf sie gibt.

Finanziert wurde das Projekt von der Universität Kassel, die sämtliche Kosten für die Bewerbung und Durchführung der Veranstaltung (Flyer, Catering, etc.) übernahm. Zudem wurde die Veranstaltung durch die lokale Presse (HNA, StadtteilZeit, alternative Kasseler Online-Nachrichtenportale) beworben. Die Räumlichkeiten stellte uns die Hessen-Akademie zur Verfügung, eine Schule, die hauptsächlich Ergo- und Physiotherapeuten ausbildet und sich auf der Marbachshöhe befindet. Nach langer und intensiver Vorbereitungszeit konnte die geplante Werkstatt am 30.09./01.10.2006 stattfinden. Anzumerken ist, dass eine solch lange Vorbereitungszeit zwar unüblich ist, in diesem Fall aber notwendig war, denn schließlich gab es auf der Marbachshöhe keine bereits konstituierte Gruppe, die mittels eines Moderationsverfahrens eine Weiterentwicklung anstrebte, sondern die Bereitschaft zur Teilnahme kam bei den Teilnehmern aus einer selbstständig entwickelten Motivation heraus, die während der Bewerbungszeit erst entdeckt werden musste.

6.2. Durchführung und Ergebnisse

Für die Dauer der Zukunftswerkstatt setzten wir eine Arbeitszeit von 10 Stunden, inklusive Pausen, an und schlugen den Teilnehmern folgenden groben Zeitplan vor:

Tag 1 (Samstag)

10:00	Ankommen, Begrüßung, Organisatorisches
10:45	Kennenlernen
11:25	Einstieg in die Kritikphase: „Was stört Sie am Leben auf der Marbachshöhe?“
13:00	Mittagspause
14:00	Phantasiephase: Entwerfen von Utopien in Kleingruppen und Präsentation im Plenum
17:00	Ende 1. Tag

Tag 2 (Sonntag)

09:30	Ankommen, Zeit zur Reflexion der erarbeiteten Zwischenergebnisse
10:00	Einstieg in den zweiten Tag (Zusammenfassung der Zwischenergebnisse, Aufwärmübung)
10:15	Realisierungsphase: Überführung der faszinierenden Ideen und Erstellen von konkreten Maßnahmeplänen
12:30	Gedankenaustausch über zukünftige Formen des gemeinsamen Arbeitens
13:00	Ende der Zukunftswerkstatt

Die Zukunftswerkstatt begann am Samstagmorgen mit einer Vorstellung unsererseits. Wir erklärten den Teilnehmern unsere Beweggründe für die Durchführung einer Zukunftswerkstatt (selbstverständlich erwähnten wir hier nur, dass wir dafür einen Leistungsnachweis erhalten) und stellten ihnen im ersten Schritt vor, was sie an dem Wochenende erwartet. Zudem wurden organisatorische Fragen geklärt. Einzelne der insgesamt 15 Teilnehmer teilten uns hier mit, dass sie nicht die gesamte Werkstatt über teilnehmen könnten, da sie noch andere Termine an dem Wochenende hätten, sie aber zu einem späteren Zeitpunkt wiederkämen. Da die Zukunftswerkstatt aber, wie bereits ausführlich im vorangegangenen Kapitel beschrieben wurde, ein Gruppenprozess ist, war dies sicherlich ein Nachteil. Wir vereinbarten, dass diejenigen die gehen, sich bei der

gesamten Gruppe abmelden und nicht nur bei den Moderatoren. Dies macht es für die Gruppe nicht nur transparent, sondern erhöht gleichzeitig den sozialen Druck. Unser Gedanke dahinter war, dass so nur diejenigen Personen die Werkstatt zwischenzeitlich verlassen, die auch wirklich dringende Termine haben. Somit konnten wir ein willkürliches Kommen und Gehen verhindern, dennoch war die Fluktuation auf das gesamte Wochenende betrachtet zu groß und wirkte sich nachteilig auf den Arbeitsprozess aus, wengleich auch nicht in dem Maße, wie wir es im Vorfeld befürchtet hatten.

Nachdem organisatorische Fragen geklärt waren, gaben wir den Teilnehmern die Gelegenheit, sich näher kennenzulernen. Durch die Methode der Soziometrie, einer Personenaufstellung im Raum, bei der jeder Teilnehmer seinen genauen Wohnort auf der Marbachshöhe bestimmen sollte, kam es zu einigen Überraschungen: Menschen stellten fest, dass sie in unmittelbarer Nachbarschaft leben, sich aber noch nie wirklich unterhalten hatten. Dies trug zu einer entspannten Atmosphäre von Beginn an bei. Gleichzeitig konnten wir im ersten Schritt nach den Erwartungen der Teilnehmer an das Wochenende fragen. Es entstand ein erster Austausch und ein erster Ansatz eines Gruppenzugehörigkeitsgefühl. Dieses zu stärken war unser Hauptanliegen in der Anfangsphase, schließlich hatten wir es ja mit einer Gruppe zu tun, die in sich vollkommen inkohärent war.

Deswegen entschlossen wir uns zusätzlich von der eigentlichen Methode der Zukunftswerkstatt abzuweichen und die erste Phase der Zukunftskonferenz vor die Kritikphase zu stellen: Auf einem ca. 7 Meter langen Papierbogen, auf dem ein Zeitstrahl vom Jahr 1995 (Beginn des Wohnens auf der Marbachshöhe) bis 2006 eingezeichnet war, sollten die Teilnehmer ihre schönsten Erlebnisse, die sie seitdem hatten, eintragen. Schnell füllte sich der gesamte Papierbogen mit einer kompletten Geschichte der Marbachshöhe. Die Teilnehmer konnten auf diesem Wege erfahren, dass sie über eine gemeinsam geteilte Vergangenheit verfügen, was das Gemeinschaftsgefühl an dieser Stelle noch erhöhte. Anwesend waren im Übrigen auch drei Personen, die ihren Umzug auf die Marbachshöhe erst in den nächsten Monaten und Jahren planen, aber dennoch reibungslos in die Gruppe integriert wurden.

Die eigentliche Zukunftswerkstatt begann mit der Frage: „Was stört mich am Leben auf der Marbachshöhe?“ Wir entschlossen uns für die Methode der anonymen Kartenabfrage. Jeder Teilnehmer konnte bis zu fünf Kritikpunkte in Bezug auf das Leben vor Ort auf Karten schreiben und diese anonym bei den Moderatoren abgeben. Die gesammelten Kritikkarten wurden anschließend im Plenum vorgelesen und durch die Teilnehmer zu Themengruppen rubriziert. Diese Themengruppen wurden von den Teilnehmern noch mit

übergeordneten Überschriften versehen. Die genannten Probleme ließen sich in vier verschiedene Bereiche kategorisieren²¹¹:

	Themengebiet	Positiv umformuliert
1.	Umwelt und Natur gestalten	„Die blumige Marbachshöhe“
2.	Fehlende Begegnungsstätten / Infrastruktur	„Informelle Begegnungsorte schaffen und formelle Begegnungsorte stärker nutzen“
3.	Probleme beim Städtebau und Verkehr	„Im Straßenraum sitzen, spielen und leben“
4.	Soziales Miteinander	„Miteinander reden, streiten, Toleranz zeigen, hilfsbereit sein – um in guter Nachbarschaft zu leben“

Die positive Umformulierung bildete den Abschluss der Kritikphase. Sie sollte zum Einen auf die bevorstehende Phantasiephase einstimmen und zum Anderen die Teilnehmer mit einem positiven Gefühl aus der Kritikphase entlassen.

Nach der Mittagspause konnte die Werkstatt mit der Phantasiephase weitergehen. Die entstandenen Überschriften bildeten die Grundlage hierfür. Nach individuellem Interesse konnten sich die Teilnehmer dem Themengebiet zuordnen, welches sie am Meisten interessiert. Wir entschieden uns, die Phantasiephase in drei Schritten durchzuführen: Erstens baten wir die Kleingruppen, die positiv umformulierten Überschriften bildhaft auszudrücken. Dazu konnten sie entweder ein Bild malen oder eine Collage anfertigen. Zur Präsentation der angefertigten „Kunstwerke“ veranstalteten wir eine Vernissage auf dem Flur vor dem Seminarraum, bei der jeder Teilnehmer seine Assoziationen, die er zu den vier entstandenen Themengebieten entwickelte, auf Kärtchen schreiben und daneben hängen konnte.

Im zweiten Schritt sollten die Kleingruppen nun auf Grundlage der gemalten Bilder und entworfenen Collagen, sowie der dazugehörenden Assoziationen, eine utopische Geschichte entwerfen und sich gleichzeitig eine kreative Präsentationsform überlegen. An diesem Punkt stießen wir jedoch schnell auf Widerstand, da sich einige Teilnehmer schwer taten, die Hemmschwelle zu überschreiten und sich aus der gegenwartsbezogenen Wirklichkeitsebene zu lösen. Gerettet wurden wir an dieser Stelle von einem achtjährigen Teilnehmer, der erst nach der Mittagspause mit seinem Vater zu

²¹¹ Die Ergebnisse dieser Zukunftswerkstatt mit allen Details sind ausführlich dargestellt in: Schmidt, Mirjam/Schönewolf, André: Das ist ja wohl die (Marbachs-)Höhe! – Zukunft gemeinsam gestalten: Dokumentation einer Zukunftswerkstatt auf der Kasseler Marbachshöhe am 30.09./01.10.2006 (Graue Literatur)

uns gestoßen war und für den ein Sich-Lösen aus der Gegenwart ein geringeres Problem darstellte und es ihm zusätzlich noch gelang, die anderen Teilnehmer zu motivieren. An dieser Stelle wurde auch für uns selbst noch einmal deutlich, wie wichtig eine heterogene Zusammensetzung der Gruppe bei einer Zukunftswerkstatt sein kann.

Nachdem alle Kleingruppen sich eine ideale Zukunft für ihr Themengebiet überlegt hatten, wurden diese im Anschluss daran im Plenum präsentiert. Nach jeder „Vorführung“ sammelten die Teilnehmer durch Zuruf die Aspekte, die für sie das Herausragende, Überraschende und Faszinierende an der Präsentation darstellten. Als Moderatoren sammelten wir die kreativen Ideen und hängten sie – für alle sichtbar – zu den jeweiligen Gruppenschildern.

Im dritten und letzten Schritt erhielt jeder Teilnehmer nun vier Klebepunkte, mit denen er in jeder Gruppe die, aus seiner Sicht, faszinierendste Idee bepunktete. An der Umsetzung dieser faszinierenden Idee wollten wir dann in der Realisierungsphase weiterarbeiten. Die ranghöchsten Karten und somit faszinierendsten Ideen der Rubriken waren schließlich:

<u>Kleingruppe 1</u>	<u>Kleingruppe 2</u>	<u>Kleingruppe 3</u>	<u>Kleingruppe 4</u>
„Die blumige Marbachshöhe“	„Informelle Begegnungsorte schaffen...“	„Im Straßenraum sitzen, spielen, leben“	„Miteinander reden, streiten, Toleranz zeigen...“
„Pflege und Fürsorge“ (in Bezug auf die Natur)	„Bürgerbüro“	„Alle Verkehrsteilnehmer achten aufeinander“	„Nachbarschaftshilfe von Groß und Klein“

Der erste Tag der Zukunftswerkstatt endete mit einer ausführlichen Feedback-Runde, bei der jeder Teilnehmer sagen konnte, wie es ihm geht und wie er den Tag erlebt hat.

Am nächsten Tag begannen wir die Realisierungsphase mit dem Erstellen von Themenplakaten. Die Teilnehmer sollten nun gemeinsam im Plenum, die oben genannten faszinierendsten Ideen auf ihren Gehalt hin prüfen. Dabei war die zentrale Frage: „Was steckt alles in dieser Idee?“ Es wurden Themenplakate erstellt, auf denen Vorschläge gesammelt wurden und die den Kleingruppen im Anschluss daran dienten, konkrete Forderungen aufzustellen. Die Kleingruppen stellten zu ihren Themen Forderungen auf, die sich an den faszinierendsten Ideen aus der Phantasiephase, sowie den daraus entwickelten Themenplakaten orientierten. Im Anschluss daran wurden diese Forderungen präsentiert und die Teilnehmer hatten erneut mittels der Klebepunkte die

Chance, der Kleingruppe mitzuteilen, welche Forderung sie am Besten finden. Der Arbeitsprozess an dieser Stelle war sehr trocken und zäh. Gleichmaßen war er somit überaus transparent und basisdemokratisch. Es war demnach auch nicht verwunderlich, dass sich während der gesamten Werkstatt kein Teilnehmer darüber beschwerte, etwas verpasst zu haben oder übergangen wurden zu sein.

Die Forderungen der Teilnehmer an die jeweiligen Kleingruppen deckten sich auch mit den Wünschen der Kleingruppen selbst und so wurden zum Abschluss der Realisierungsphase Maßnahmepläne zu folgenden zentralen Forderungen erstellt:

Kleingruppe 1: Automaten mit Tüten für Hundekot

Kleingruppe 2: Einrichtung der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Bürgerbüros

Kleingruppe 3: Behinderung des Verkehrsflusses in den Straßen

Kleingruppe 4: Frauen- und Männertreff für Diskussionsrunden

Nachdem die Kleingruppen ihre konkreten und überaus detaillierten Maßnahmenpläne dem Plenum vorgestellt hatten, vereinbarten wir mit den Teilnehmern einen Termin für ein Nachfolgetreffen im Februar 2007, um dort zu schauen, welche Projekte bereits umgesetzt wurden und an welchen Stellen es noch Probleme gab. Zum Abschluss erfolgte nochmals eine ausführliche Feedback-Runde.

Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt wurden von uns in einer Dokumentation festgehalten und zwei Wochen nach Ende der Werkstatt an die Teilnehmer und weitere Interessierte verschickt. Gleichzeitig wurden die Ergebnisse in lokalen Medien publiziert. Dies brachte den Gruppen den Vorteil, dass sich weitere Interessenten in die laufende Arbeit integrieren konnten.

Als Moderatoren hörten wir in der laufenden Zeit eher wenig von der Arbeit der Gruppen und so wurden wir auf dem Nachtreffen, welches am 24.02.07 ebenfalls in der Hessen-Akademie der Marbachshöhe stattfand, regelrecht überrascht.

Zwei der vier Kleingruppen („Bürgerbüro“ und „Verkehr“) hatten sich mittlerweile zu selbständig arbeitenden Kleingruppen entwickelt und konnten sogar erste Teilerfolge präsentieren. Die Arbeit der anderen beiden Gruppen gestaltete sich aus unterschiedlichen Gründen etwas schwieriger und erbrachte nicht den gewünschten Erfolg, so dass sie als aktiv arbeitende Gruppen gar nicht mehr existent waren. Daher werden nun im Nachfolgenden die Ergebnisse der beiden Gruppen näher beleuchtet, die bereits Ergebnisse vorzuweisen hatten:

AG „Verkehr“

Durch einen glücklichen Zufall erfuhr die Gruppe kurz nach der Zukunftswerkstatt, dass es auf der Marbachshöhe bereits eine Initiative zum Thema „Verkehr“ gibt. Beide Gruppen nahmen untereinander Kontakt auf und beschlossen, in Zukunft gemeinsam zu arbeiten. Durch die „Neulinge“ der Zukunftswerkstatt sei ein frischer Wind in die bereits bestehende Gruppe gekommen, sagte deren Sprecher. Die Gruppe verfasste einen Brief an den Kasseler Stadtbaurat Norbert Witte, in dem sie ihn bat, ein ganzheitliches städtebauliches Konzept zu entwickeln und eine möglichst baldige Umsetzung in praktikablen Lösungen zu ermöglichen. Erstaunlich ist, welche konkreten Schritte bereits in die Wege geleitet wurden. Dies dokumentieren Auszüge des Briefs, der in der „StadtteilZeit Marbachshöhe“ veröffentlicht wurde:

„[...] Es besteht der Verdacht, dass v.a. bei starkem Berufsverkehr und entsprechenden Staus an der Kreuzung Druseltalstraße/Hasselweg/Eugen-Richter-Straße Autofahrer durch die Marbachshöhe fahren. Hinzu kommt die Befürchtung, dass sich diese Verkehrssituation durch die Technologieparkbebauung gegenüber der Ludwig-Erhard-Straße weiter verschärft.

Lösungsvorschlag: für einen zügigeren Abfluss des Verkehrs an der Kreuzung sorgen, indem z.B. auf der vorhandenen Busspur Rechtsabbiegeverkehr in die Eugen-Richter-Straße zugelassen wird. [...]“

Die Gruppe hat eine Reihe praktikabler Lösungsvorschläge unterbreitet, die im Kasseler Rathaus Gehör fanden und dazu geführt haben, dass mittlerweile Treffen stattfinden, an denen sich Vertreter der Verkehrsgruppe, der Stadtverwaltung und der Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG) austauschen und gemeinsam nach Lösungen suchen können.

AG Bürgerbüro

Mit der Entwicklung eines Konzepts für ein Bürgerbüro sollen die vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen eine öffentlich zugängliche, zentrale Anlaufstelle erhalten, die sowohl als Treffpunkt als auch Koordinationsstelle für weiteres bürgerschaftliches Engagement und gegenseitige Nachbarschaftshilfe dienen soll. Die Gruppe umfasste einen harten Kern von sechs Personen und traf sich in regelmäßigen Abständen, musste aber, laut eines Teilnehmers, mittlerweile einsehen, dass die Idee bei den Bewohnern offenbar nicht den Anklang fand, den es bräuchte um solch ein Mammut-Projekt zu realisieren. Die Gruppe ließ sich dadurch nicht entmutigen, weiterhin zusammen zu

arbeiten und ihre Energie in andere Projekte zu stecken, um das kulturelle Leben vor Ort zu bereichern, wie z.B. die Gestaltung des Sommerfestes und den Kultursommer.

Die anderen beiden Gruppen waren vor allem dadurch geschwächt, dass sie entweder zu klein waren und somit zuviel Arbeit auf zu wenigen Schultern lastete, oder sich bei den Mitgliedern während der Arbeit ein zu geringes Partizipationsgefühl einstellte, so dass eine nachhaltige motivationale Wirkung ausblieb. Dies bestätigte sich bereits darin, dass die Verantwortlichen dieser Gruppen entweder vom Nachtreffen fernblieben oder auch weitere Fragen ablehnten, die wir ihnen im Zuge der Auswertung der Werkstatt stellen wollten. Sie hatten aus verschiedenen Gründen für sich erkannt, dass die Zukunftswerkstatt für sie eben kein geeignetes Instrumentarium darstellte, in das es sich lohnt Zeit und Arbeit zu investieren.

6.3. Auswertung und persönliche Reflexion

Aufgrund der gewonnenen Eindrücke während des Arbeitsprozesses, den unzähligen Gesprächen mit meiner Kommilitonin Mirjam Schmidt, sowie den überaus reflektierten Beurteilungen und Einschätzungen der Bewohner der Marbachshöhe würde ich die durchgeführte Zukunftswerkstatt insgesamt als erfolgreich bezeichnen. Es ist uns gelungen eine Veranstaltung anzubieten, in der Menschen ein Forum erhalten, um bestehende Missstände ihrer Umwelt zu kritisieren, Wunschvorstellungen zu phantasieren und konkrete Projekte zu realisieren. Aus dem Teilnehmerkreis der Zukunftswerkstatt wurde zumindest vorübergehend die „polis“ der Marbachshöhe, die gemeinsam nach zukunftsweisenden Konzepten sucht und in diesem Sinne im höchsten Maße politisch ist, auch wenn es sich hierbei eben nicht um eine etablierte politische Instanz handelt. Aber gerade das war ein erstaunlicher Aspekt der Werkstatt: Politik konnte in einem entideologisierten Raum betrieben werden, „jenseits bornierter Parteiinteressen“ wie ein Teilnehmer befand. So war es möglich, dass ranghohe lokale Politiker aller Couleur auf einer sachorientierten Ebene mit Bürgern ins Gespräch kamen und gemeinsame Ergebnisse fernab ideologischer Grabenkämpfe erzielt wurden. Die Politiker hatten in der Zukunftswerkstatt nun nicht mehr die Funktion des Stellvertreters, sondern waren selbst Betroffene und hatten in den Augen aller Beteiligten somit auch ein glaubhaftes Anliegen – ein Zustand den man Politikern nicht immer zumisst.²¹²

Dennoch sollen die positiven Eindrücke nicht über die negativen Aspekte hinweg täuschen. Es sind nach wie vor nur max. 40 Personen, welche direkt oder indirekt in die Aktivitäten der Zukunftswerkstatt involviert sind oder waren. Der erhoffte „Schneeballeffekt“ zur Politisierung einer größeren Gruppe, blieb also aus. Die „AG Bürgerbüro“ musste einsehen, dass ihr Bedürfnis nach einer zentralen Anlaufstelle vor Ort nicht von allen Bewohnern geteilt wird. Es ist also nicht gelungen, dass entwickelte Partizipationsgefühl auf andere zu übertragen. Dieses über einen längeren Zeitraum am Leben zu erhalten, fiel einigen Teilnehmern selbst schwer. Es waren gerade die Gruppen, die nicht über eine optimale Gruppenzusammensetzung verfügten, also aus Menschen bestanden, die dem ganzen einen jeweils unterschiedlichen Stellenwert beimessen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht über dementsprechende Ressourcen verfügen oder einfach keine „Teamworker“ sind, die ihre Projekte auch nicht ernsthaft verfolgten. Selbstverständlich sind dies hinderliche Aspekte, für die man allerdings Verständnis haben muss.

²¹² vgl. Scheer, Hermann: Die Politiker, München, 2003; S. 43

Ein weiterer negativer Aspekt war, dass erst im Nachhinein deutlich wurde, dass die Gruppenzusammensetzung offensichtlich zu homogen war. Auch beklagten einzelne Teilnehmer, dass weder Jugendliche, noch Menschen, die nicht unmittelbar der Mittelschicht zugehörig sind, an der Zukunftswerkstatt teilnahmen. Ein Teilnehmer betonte, dass bei einer Zukunftswerkstatt die Gefahr bestünde, dass nur die „Beteiligungselite“ erreicht würde. Ist dies der Fall, würde die Zukunftswerkstatt somit ein ähnliches Instrument der Mittelschicht bleiben, wie tradierte Formen politischer Partizipation. In der Tat war es uns nicht möglich, Erwerbslose oder Menschen in prekären Lebensverhältnissen zu erreichen.

Zukunftswerkstätten sind nur dann erfolgreich, wenn an ihrem Ende auch Ergebnisse stehen, mit denen die Teilnehmer zufrieden sind. Auf dem Nachtreffen, auf dem im Übrigen neben zwei neuen Interessierten fast alle Teilnehmer der Zukunftswerkstatt anwesend waren, oder wenn nicht, sie durch andere Teilnehmer entschuldigt wurden, befragten wir die Teilnehmer, wie sie den Arbeitsprozess in den vergangenen Monaten erlebt hatten. Dabei sollten sie zwischen einer persönlich-emotionalen Ebene und einer inhaltlich-thematischen Ebene unterscheiden. Die Antworten wurden von uns in der nachfolgenden Tabelle dokumentiert:

Wie die Teilnehmer den Arbeitsprozess in den letzten Monaten erlebt haben

inhaltlich	persönlich
- erfreut über Aktivitäten und Engagement!!! - tolle Vorarbeiten	- nicht aktiv, weil nicht vor Ort - Bereicherung durch Verbreiterung der Basis
- dicke Bretter bohren, Widerstände überwinden - facettenreicher (das Thema)	- neue Menschen / Verbündete getroffen - mehr Zuversicht
- es ist nicht einfach das Ziel immer wieder im Auge zu behalten	- neue Mitbürger der Marbachshöhe kennen gelernt
- viel Neues über Marbachshöhe gehört: Was ist los hier?	- Wunsch nach vernetzen wird gemeinsam umgesetzt
- Öffentlichkeitsarbeit organisieren	- „Netzwerkbildung“
- Eingrenzung des Themas/Schwerpunktsetzung positiv	- andere Wahrnehmungen kennen gelernt
- viele gute Ideen → leider Zeit- und Ressourcenmangel	- neue Teilnehmer wurden in die bestehende Gruppe integriert
- es gab übereinstimmende Ergebnisse	- es wurde durch Handzettel Interesse geweckt
- konstruktiv	- ermutigend / lebendig
- offene Atmosphäre	- gegenseitige Akzeptanz (in Bezug auf unterschiedliche Meinungen)
- viele Ideen – keine Zeit	- + Engagement - Enttäuschung über „Bremsklötze“ (es klappt nicht immer alles so, wie man es will, Euphorie der Werkstatt lässt nach, man wird zurückgeholt auf den Boden der Tatsachen)
- realistische Einschätzung der Möglichkeiten / Ressourcen	- Einlassen auf eine kontinuierliche Mitarbeit
- kennen lernen neuer Aspekte	- angenehme Diskussionen
- es wurde konkret auf eine Aktion hingearbeitet	- tolerantes Miteinander

Quelle: eigene Darstellung

Abb. 3

Aus diesen Antworten lässt sich zumindest eine Tendenz für den erfolgreichen Verlauf, aber auch für die Schwierigkeiten und Hindernisse ableiten. So gab es niemanden, der die Zukunftswerkstatt prinzipiell als ein ungeeignetes Instrument zur Zukunftsgestaltung betrachtet. Allein dies ist ein Erfolg, Grund für Frustration gäbe es schließlich genug: Lange, schwierige Diskussionen, Beanspruchung von Zeit und Nerven oder die „Mühen der Ebenen“ in der tatsächlichen Umsetzung wären gute Gründe, die Zukunftswerkstätten als Methode öffentlicher Willensbildung abzulehnen. Im Gegenteil dazu hielten unsere Teilnehmer allerdings die Zukunftswerkstatt für ein geeignetes Instrument, der

konventionellen Politikgestaltung zumindest als Hinweisgeber zur Seite zu stehen, wenn nicht sogar sie in einigen Entscheidungsebenen abzulösen, um ideologische, ins „Nichts“ führende Debatten zu verhindern. Wenn Kant der Meinung war, die Unmündigkeit sei deswegen so verbreitet, weil sie so bequem sei, sind die Teilnehmer an dem Wochenende und in den darauffolgenden Monaten den unbequemen Weg gegangen, der aber auch zur Befreiung aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit notwendig ist. Auf dem Nachtreffen wurden häufig die kontroversen Diskussionen hervorgehoben, geradezu gelobt und als bereichernd für das Gesamtwerk empfunden. Die Spannungen und Gegensätze, die zwischen einzelnen Teilnehmern existierten, konnten sich gegenseitig positiv beeinflussen und ineinander aufgehen.

Resümierend lässt sich festhalten, dass die Zukunftswerkstatt nur dann ein Mittel zur emanzipatorischen Partizipation sein kann, wenn gewisse Kriterien erfüllt sind. Im nachfolgenden Abschnitt werden diese Kriterien, wie sie sich auf Grundlage der Eindrücke der von uns durchgeführten Zukunftswerkstatt darstellen, vorgestellt. Mit dem Experiment der Zukunftswerkstatt in einem Kasseler Stadtteil konnte exemplarisch gezeigt werden, dass eine Politisierung der Teilnehmer stattgefunden hat, auch wenn dies nur partiell Gültigkeit besitzt. Im Sinne Ruth Cohns „Politik der kleinen Schritte“ sind die entstandenen Diskussionen als solches bereits ein erstrebenswertes Ziel gewesen.

6.4. Kriterien emanzipatorischer Partizipation

Aus unseren Beobachtungen der Zukunftswerkstatt lassen sich nun 15 Kriterien emanzipatorischer Partizipation ableiten, die sich auf der Grundlage des soeben rekonstruierten Fallbeispiels ergeben. Emanzipatorische Partizipation bedeutet mehr als eine bloße Beteiligung in Entscheidungsfindungsprozessen. Ihre Rolle ist vielmehr aktiv zu verstehen, im Sinne eigener Gestaltungsmöglichkeiten und weniger im Sinne des, zur Passivität verordneten, Stimmbürgers.

Aus meiner Sicht macht es Sinn die Kriterien emanzipatorischer Partizipation in drei Dimensionen einzuteilen: die persönliche Dimension, die alle individuellen Bedürfnisse berücksichtigt, die zwischenmenschliche Dimension, die Voraussetzungen im Gruppenprozess sicherstellt und die soziale Dimension, also die gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Sie alle sind Voraussetzungen für das Thema, um das es sich dreht, das „Es“ im TZI - Modell von Ruth Cohn. Und auch die drei anderen Kräfte gruppenspezifischer Prozesse lassen sich in dieser Kategorisierung wiederfinden: Die persönliche Dimension im „Ich“, die zwischenmenschliche Dimension im „Wir“ und die soziale Dimension im „Globe“.

Persönliche Dimension

1. *Mündigkeit*

Die Grundannahme der Emanzipation umfasst den Gedanken der Mündigkeit. Die Befreiung von ökonomischen, politischen oder gesellschaftlichen Sachzwängen und ein unvoreingenommenes Urteilsvermögen bedingen individuelle Mündigkeit.

2. *Freiwilligkeit*

Die Bereitschaft zur Partizipation muss aus einer freiwillig getroffenen Entscheidung des Individuums heraus geschehen und darf nicht aufgezwungen sein. Durch einen objektiven Blick auf die Dinge muss dem Individuum die Notwendigkeit zum Handeln selbst klar werden. Keinen Sinn machen Bevormundung und Fremdbestimmung.

3. *nachhaltige Motivation*

Erforderlich für die Realisierung von langfristigen Projekten ist eine nachhaltige, intrinsische Motivation. Schwindet die Überzeugung des Handelns mit der Zeit, hat das Projekt scheinbar nicht die nötige Brisanz. Daher muss sich der Akteur immer wieder fragen, ob er in seinem Tun die Sinnhaftigkeit dessen noch erkennt und somit die Motivationsbereitschaft internalisiert hat und diese nicht einzig durch äußere Anreize und Belohnungen gegeben wird.

4. Teamfähigkeit

Veränderungen fordern vom Menschen ein grundlegendes Umdenken gegen bestehende Zustände, die häufig von mächtigen Lobby-Gruppen verteidigt werden. Um diese herauszufordern, ist eine möglichst große, solidarische Interessensgruppierung erstrebenswert; nur nach dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ lassen sich diese Ziele erreichen, somit muss das Individuum in der Lage sein, seine Interessen mal unterzuordnen und mal sie zu artikulieren. Die Teamfähigkeit ist als ein Prozess des Gebens und Nehmens zu verstehen.

5. Kosten-Nutzen – Kalkulation

Nicht zuletzt wird sich nur derjenige in den Arbeitsprozess einklinken, der auch einen Nutzen in der Angelegenheit sieht. Diese werden immer wieder während der Arbeit überprüft. Dies sollte allerdings nicht streng ökonomisch betrachtet werden, da die Folgen einer Partizipation während des Arbeitsprozesses disproportional zu den Ergebnissen stehen. Diese werden im besten Fall erst am Ende sichtbar. Mit einer „Kosten-Nutzen – Kalkulation“ ist die Abwägung im Moment der Entscheidung gemeint: Lohnt sich die Beteiligung unter der Berücksichtigung der entstehenden Kosten und Investitionen?

Zwischenmenschliche Dimension

1. Verbindlichkeit

Der Arbeitsprozess eines emanzipatorischen Partizipationsverfahren ist meist begleitet von ehrenamtlicher Tätigkeit. Damit diese sich möglichst gewinnbringend gestaltet, ist Verbindlichkeit in Absprachen sowie Verlässlichkeit ein wichtiges Kriterium. Die Gruppe muss sich auf den Einzelnen verlassen können, muss notfalls Spiel- und Umgangsregeln aufstellen, so dass die Teilnehmer nicht bereits auf einer organisatorischen Ebene enttäuscht werden.

2. Heterogenität

Die Gruppe sollte immer so heterogen wie möglich zusammengesetzt sein. Probleme sind erst in ihrer Gesamtheit zu erkennen, wenn es die unterschiedlichsten Sichtweisen auf sie gibt. Dies gilt nicht nur für die Arbeit im großen Plenum, sondern auch für Kleingruppen und teilautonome Teams. Dazu bedarf es unterschiedlicher Charaktere: Wichtig ist die richtige Mischung zwischen Theoretikern und Machern, Vorsichtigen und Draufgängern.

3. Gleichberechtigung und Hierarchieabbau

Die Teilnehmer müssen in einem gleichberechtigten Verhältnis zueinander stehen, unabhängig von Alter, Einkommensverhältnissen oder sonstigen sozialen Statusgefügen. Moderatoren und Teilnehmer haben die Aufgabe, jeder Meinung das gleiche Maß an Wertschätzung entgegenzubringen.

4. *Vernetzungsfähigkeit*

Die Mitglieder der Gruppe müssen offen dafür sein, ihre Arbeitsstruktur zu ändern, ihren Kreis zu erweitern, um andere Mitstreiter ins Boot zu holen. Dabei darf die Gruppe auch vor Experten nicht zurückschrecken. Außerdem muss die Gruppe in sich dynamisch und flexibel sein.

5. *entideologisierte Raum*

Die Gruppe beginnt, jenseits parteipolitischer Interessen, mit sachorientierten Diskussionen. Es gibt keine „Fraktionszwänge“, der Teilnehmer ist, um in der parlamentarischen Sprache zu bleiben, einzig seinem Gewissen unterworfen und hat seine Entscheidungen vor keiner höheren Instanz zu rechtfertigen.

Soziale Dimension

1. *Freisetzung humanistischer Werte*

Emanzipatorische Partizipation soll den Menschen nicht nur für den Moment der Partizipation zu einem, nach humanistischen Idealen lebenden Menschen, erziehen, sondern strebt die nachhaltige Wirkung dessen an. Freiheit und Toleranz sollen ihren Platz im alltäglichen Miteinander der Menschen finden.

2. *Nicht-Instrumentalisierbarkeit*

Emanzipatorische Partizipation kennzeichnet sich dadurch, dass sie sich nicht für wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Zwecke instrumentalisieren lässt. Sie strebt eine Diskussion an, die nicht einseitig und zu bestimmten Zwecken determiniert, sondern ergebnisoffen geführt wird. Eine Scheinpartizipation wird abgelehnt.

3. *Demokratisierung*

Zwar gestalten sich demokratische Prozesse innerhalb eines Partizipationsverfahrens meist zäh und langwierig, jedoch schlägt sich diese Form der Entschleunigung positiv auf die Qualität des Ergebnisses nieder. An dieser Stelle noch mal die explizite Erwähnung: Es geht nicht darum, Themen bis zur Erschöpfung ausdiskutieren, sondern um notwendige Diskussionen zur Bildung von Kompromissen. Zudem sind Verfahren zur Partizipation ein Gewinn für die Demokratie an sich.

4. *Öffentlichkeit und gesellschaftliche Relevanz*

Um Erfolg zu gewährleisten ist eine dementsprechende Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Dies macht aus dem zu bearbeitenden Projekt erst ein Politikum, einen Gegenstand von öffentlichem Belang und ist erforderlich, um weiteren Mitstreitern die Gelegenheit zur Partizipation zu geben.

5. soziale Verträglichkeit und Nachhaltigkeit

Ergebnisse eines emanzipatorischen Partizipationsverfahrens müssen in einem sozialverträglichen Verhältnis zu Gesellschaft und Natur stehen und dürfen nicht auf ihre Kosten geschehen. Es geht hierbei nicht um das Erreichen kurzfristiger Ziele, sondern legt den Fokus auf den Aspekt der Nachhaltigkeit.

Dies sind Kriterien, woran sich Verfahren der emanzipatorischen Partizipation wie die Zukunftswerkstatt orientieren können, aber auch messen lassen müssen. Bereits in Kap. 3 haben wir gesehen, dass zwischen gesetzlichem Anspruch und der Realität der Partizipation in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen eine Lücke klafft und teilweise immenser Verbesserungsbedarf besteht. Wie wir anhand der von uns durchgeführten Zukunftswerkstatt feststellen konnten, bietet die Zukunftswerkstatt das Forum, wo Menschen ihre Vorstellungen der Dinge austauschen können.

Ebenso ist es unseren Teilnehmern gelungen, durch ihr Auftreten im Kasseler Rathaus, bei städtischen Betrieben, im Ortsbeirat von Bad Wilhelmshöhe und anderen gesellschaftlich relevanten Institutionen, die Politik neu zu beleben und frische Denkanstöße zu liefern (auch wenn es zugegebenermaßen auf einer sehr bescheidenen Ebene blieb).

Bei vielen Teilnehmern hat die Zukunftswerkstatt zu einer zusätzlichen Politisierung beigetragen, einige berichteten sogar davon, dass sich dieses Gefühl nach der Werkstatt erweitert und gefestigt habe. Ebenso waren viele Teilnehmer der Ansicht, dass die Zukunftswerkstatt einen festen Platz in der kommunalen Politik erhalten sollte, wenn es denn damit gelingen könnte auch potentielle Nicht-Wähler zurück zuholen und „sie wieder für die Demokratie zu begeistern“, wie eine Teilnehmerin es formulierte. Dieser Forderung steht mit Sicherheit das Problem der Unwilligkeit jener Menschen gegenüber, die von der Politik sowieso keine Verbesserungen mehr erwarten. Die Gefahr, die Nutzen einer Zukunftswerkstatt könne lediglich einer „Beteiligungselite“ vorbehalten sein, ist gegeben. So wichtig es in den vergangenen Jahrzehnten war, die Zukunftswerkstatt methodisch auszuformen, umso wichtiger ist es jetzt, den von Kuhnt und Müllert festgestellten abnehmenden politischen Anspruch von Zukunftswerkstätten zu untersuchen und sich Gedanken zu machen, wie man dem Problem der Teilnahmslosigkeit bestimmter gesellschaftlicher Gruppen mittels der Zukunftswerkstatt entgentreten kann. Zwar können nach Mannheim „heute bereits Lebenskreise politisch und soziologisch denken, die in früheren Generationen zu dieser Sphäre gar kein Zugang gehabt hatten.“ Jedoch müssen diese immanenten Potentiale der Menschen auch herausgefordert werden und

zur „soziologischen Staatsbürgerkunde“ ermuntert werden. Die Soziologie hat in dem Sinne eine pädagogische Mission.²¹³

²¹³ vgl. Sparschuh, Vera: Der Generationsauftrag – Bewusstes Erbe oder „implizites Wissen“? Karl Mannheims Aufsatz zum Problem der Generationen im Kontext seines Lebenswerkes, in: *Sociologia Internationalis*, 38 (2), Berlin, 2000; S. 234f.

7. Die Rolle des Bürgers in der Wissensgesellschaft – Analyse und Ausblick

Das letzte Kapitel der vorliegenden Arbeit beschäftigt sich mit dem Phänomen der Wissensgesellschaft. Um Verfahren emanzipatorischer Partizipation wie der Zukunftswerkstatt gesamtgesellschaftlich zu begründen, ist eine Analyse dieses aktuellen und attraktiven Begriffs notwendig, da mit ihm eine Vielzahl von Fragen verbunden sind: Welche Relevanz hat der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft für die Herausforderungen und Probleme der heutigen Zeit bzw. der Zukunft? Können diese Probleme mittels konventioneller politischer Instrumente gelöst werden oder sind diese den komplexer werdenden Aufgaben der heutigen Zeit nicht mehr gewachsen? Taugt möglicherweise die Zukunftswerkstatt, Wissen partizipativ zu managen oder bedarf es für einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen einer stärkeren Experten- und Elitenzentrierung?

Zielten die bisherigen Analysen zur Zukunftswerkstatt verstärkt auf die demokratietheoretische Einbettung ab, möchte ich mit diesem Kapitel den Fragen nachgehen, welche Aktualität dieses Thema in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche zum Einen besitzt und ob es zum Anderen auch auf der Ebene der Qualität eine Notwendigkeit für eine möglichst breite Partizipation gibt. Zunächst wird der Begriff der Wissensgesellschaft umschrieben und mögliche Erklärungsansätze vorgestellt. Im Anschluss daran wird der Frage nachgegangen, in welchem Verhältnis Experten- und Eliteentscheidungen zu der Leistung von (Laien-)Gruppen stehen. Nach einer Vorstellung notwendiger Bedingungen für intelligente Gruppenentscheidungen, werden zum Abschluss die Schlussfolgerungen dessen vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels diskutiert.

7.1. Was kennzeichnet die „Wissensgesellschaft“?

Versucht man den Begriff der Wissensgesellschaft durch die vorhandene Literatur zu erklären, merkt man, dass es sich hierbei um einen äußerst diffusen und schwierig zu greifenden Begriff handelt. Seine wirkliche Substanz ist in den unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen nicht hinreichend geklärt. So haben die Soziologie und die Informatik verschiedene Vorstellungen, die sich mit diesem Begriff verbinden. Es werden an dieser Stelle daher auch keine Definitionen erfolgen, sondern lediglich Entwicklungstrends einer sich wandelnden Gesellschaftsform umschrieben. Denn zumindest darin ist man sich einig: Es vollzieht sich ein Wandel, der sich vom Zeitalter der Industrialisierung löst. Waren 1970 noch ca. die Hälfte aller Erwerbstätigen im sekundären, also im industriellen Sektor beschäftigt, ist diese Zahl im Jahr 2003 auf

weniger als ein Drittel zurückgegangen.²¹⁴ Gleichzeitig sind ein Anstieg im tertiären Sektor, also im Bereich der Dienstleistung, sowie das Entstehen eines Quartärsektors für die Bereiche der Kommunikations- und Informationstechnologie, Zeichen für einen wirtschaftlichen Wandel, der daraufhin deutet, dass geistige Arbeit körperliche Arbeit ablöst.

Kübler betrachtet die Überwindung industrieller Strukturen, die Ersetzung starrer Gefüge durch flexible, offene, aber auch ungewisse Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation, sowie die Durchdringung der Informatisierung in sämtlichen privaten Lebensbereichen, als die zentralen Entwicklungen auf dem Weg zu einer Wissensgesellschaft.²¹⁵ Das Wissen wird zum zentralen Ausgangspunkt der Produktivität und ist in der Vorstellung einer Wissensgesellschaft gleichzeitig an den Begriff der Arbeit, sogar der Wertschöpfung gekoppelt.²¹⁶ Wissen, welches sich nicht auf irgendeine Weise in einem Prozess der Wertschöpfung konvertieren lässt, ist demzufolge nutzlos. Es schwindet die Bedeutung handwerklicher Fähigkeiten, da diese häufig von Maschinen erledigt werden, gleichzeitig steigt der Wert kognitiver Leistungen. Werte und Güter entstehen nunmehr „nicht allein aus der arbeits- und materialintensiven Bearbeitung von Rohstoffen [...], sondern immer häufiger aus der Weiterentwicklung und Neukombination unseres Wissens.“²¹⁷ Der in der Betriebswirtschaft gebräuchliche Begriff des Wissensmanagements liefert Ansätze zur Aktivierung brachliegenden Wissens und wird im weiteren Verlauf noch näher beschrieben.

Doch was passiert mit dem Individuum in der Wissensgesellschaft? Ein Ansatz besagt, die Wissensgesellschaft hätte das Potential einer post-kapitalistischen Gesellschaft, da das Wissen einziges Produktionsmittel ist und somit die Menschen – im Gegensatz zur kapitalistischen Industriegesellschaft – wieder im Besitz ihrer Produktionsmittel wären.²¹⁸ Sennett beschreibt die Veränderung auf dem Arbeitsmarkt als „flexible Spezialisierung“,²¹⁹ die sogar über das arbeitsteilige Modell Adam Smith' hinausgeht, da das Individuum nur für oberflächliche Tätigkeiten spezialisiert wird, nicht aber dafür, gesamte Produktionszusammenhänge zu verstehen. Diese Tatsache bricht gleichzeitig mit der

²¹⁴ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004; S. 103

²¹⁵ vgl. Kübler, Hans-Dieter: Mythos Wissensgesellschaft – Gesellschaftlicher Wandel zwischen Information, Medien und Wissen, Eine Einführung, Wiesbaden, 2005; S. 18

²¹⁶ vgl. Hack, Lothar: Wissensformen zum Anfassen und zum Abgreifen, in: Bittlingmayer, Uwe H./Bauer, Ullrich (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“? – Mythos, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden, 2006; S. 123

²¹⁷ Burow, Olaf-Axel/Kühnemuth, Kathrin: Brauchen Wissenschaft und Politik Bürgerberatung?, in: Tannert, Christof/Wiedemann, Peter (Hrsg.): Stammzellen im Diskurs; S. 1

²¹⁸ vgl. Hack, Lothar: Wissensformen zum Anfassen und zum Abgreifen, in: Bittlingmayer, Uwe H./Bauer, Ullrich (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“?; S. 109

²¹⁹ vgl. Sennett, Richard: Der flexible Mensch, Berlin, 2006; S. 75

Vorstellung vom autonomen Subjekt. Es handelt nicht autonom, kann dies auch gar nicht, sondern es ist durch die Arbeitsform der flexiblen Spezialisierung jederzeit ersetzbar und somit im hohen Maße abhängig. Dies ist mit Sicherheit kein alleiniges Phänomen der Wissensgesellschaft, dennoch ist die Vergegenwärtigung des modern-kapitalistischen Paradigmas überaus wichtig. Gleichzeitig wird hier der widersprüchliche Charakter der Entwicklung moderner Arbeitsprozesse deutlich, denn einerseits fokussiert sie die kognitiven Leistungen im Arbeitsprozess, andererseits spielt dies bei denjenigen, die weiterhin im industriellen Sektor bleiben, nur eine untergeordnete Rolle. Im gewissen Sinne manifestiert sich also hier eine Spaltung im Bezug auf die intellektuelle Anforderung im Berufsleben. Bender unterteilt die modernen Formen der Wissenserzeugung in Arbeitsprozessen in „Modus 1“ und „Modus 2“: Demnach unterscheiden sich die beiden Modi durch ihren unterschiedlichen Anforderungen auf der intellektuellen Ebene. Wissensproduktion im „Modus 1“ stützt sich ausschließlich auf wissenschaftliche Standards, stellt ein Ensemble von sozialen und kognitiven Normen bereit, während in „Modus 2“ die Produzenten der Wissenserzeugung nicht ausschließlich Wissenschaftler sind.²²⁰

Die Organisation innerhalb der Wissensgesellschaft bekommt in gleichem Maße eine andere strukturelle Ordnung. Kübler bezieht sich auf den spanischen Soziologen Castells, der die besondere Bedeutung neuer Organisationsformen im Zeitalter der Wissensgesellschaft in den Netzwerken sieht, in denen Wissen, d.h. die Ergebnisse von Produktions-, Erfahrungs-, Macht-, und Kulturprozessen, auf eine flexible und effiziente Art weiterverbreitet werden. Er illustriert dies an dem Beispiel internationaler Finanzströme, deren Produktionsmittel sich ausschließlich auf Wissen und Informationen stützt und sich in einem quasi-virtuellen Netzwerk befindet, was zusätzlich, trotz aller Virtualität, einen enormen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben ausübt – und das im globalen Maßstab.²²¹ Dass dieses quasi-virtuelle Netzwerk immer noch in einen räumlichen und auch zeitlichen Kontext gesetzt ist und es kein freies Schweben sozialer Interaktionen gibt, muss an dieser Stelle ergänzt werden. Das Wesentliche ist allerdings, dass einzelne Individuen in diesen Netzwerken ebenso Platz haben wie mächtige Organisationen. Von der Stärke und Schwäche der Bindungen innerhalb des Netzwerks ist es abhängig, wie viel Einfluss ein Netzwerkpartner hat. Sennett bezieht sich auf den amerikanischen Soziologen Granovetter, der nachweisen konnte, dass moderne institutionelle Netzwerke durch die „Stärke schwacher Bindungen“ gekennzeichnet sind.

²²⁰ vgl. Bender, Gerd: mode 2 – Wissenserzeugung in globalen Netzwerken?, in: Matthiesen, Ulf (Hrsg.): Stadtregion und Wissen – Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik, Wiesbaden, 2004; S. 150ff.

²²¹ vgl. Kübler, Hans-Dieter: Mythos Wissensgesellschaft; S. 90

Nicht übermäßige Vertrautheit und Loyalität, sondern ausgedehnte, schwache Bindungen verleihen dem Einzelnen die fachliche Mobilität.²²² Für das Individuum bedeutet dies einen ständigen Wissensfluss, bei dem es mithalten muss. Der „Wissensarbeiter“ ist der zentrale Akteur der Wissensgesellschaft, Menschen also, deren Aufgabe es ist, mit Wissen zu arbeiten. Damit sind im Prinzip alle gemeint, denn wie bereits erwähnt, haben wissenschaftliche Erkenntnisse in allen gesellschaftlichen Bereichen Einzug erhalten. Diese Menschen produzieren Güter auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ein anderer Typus „Wissensarbeiter“ ist der Produzent des Wissens²²³, d.h. all jene Organisationen, die in Forschung und Entwicklung investieren (und dies nicht nur im ökonomischen Sinne). Die Entstehung von firmeneigenen Universitäten, privaten Weiterbildungszentren, etc. sind Hinweise für die Aktualität und Brisanz des Themas. Es sind somit nicht mehr nur staatliche Universitäten o.ä. mit der Wissensproduktion bedacht, sondern vermehrt auch private Träger, beispielsweise aus der Automobilindustrie oder der Informationstechnologie, die beginnen, ihre (zukünftige) Belegschaft zu spezialisieren und zu qualifizieren.

Kritiker monieren, der Begriff der Wissensgesellschaft gestalte sich noch als zu nebulös. Zudem hätten Wissen, Wissenschaft und Qualifikation schon immer eine Bedeutung für Wohlstand und Wachstum gehabt,²²⁴ jedoch war die Bedeutung von Wissen für die Wertschöpfung wahrscheinlich niemals so groß wie heute und es ist davon auszugehen, dass dies die Lebens- und Arbeitsformen weiterhin verändern und bestimmen wird.

Um sich die gesamte Bandbreite des (eigentlich altmodischen) Begriffs „Wissen“ zu verdeutlichen, unterscheidet man zunächst fünf verschiedene Typologien von Wissen: *das praktische Wissen*, welches Kenntnisse zur Problemlösung in Beruf und Alltag bezeichnet, *das intellektuelle Wissen*, zur Befriedigung der geistigen Neugier und auch Allgemeinbildung genannt, *das Wissen zum Zeitvertreib*, *das geistliche oder spirituelle Wissen*, also religiöses Wissen als Grundlage auf dem Weg zur Erlösung, sowie *das Zufallswissen*, welches außerhalb der Interessen des Betreffenden liegt, von ihm zwar rezipiert, aber schnell wieder vergessen wird.²²⁵ Dieses klassische Modell der Wissenskategorien von Machlup wurde im Laufe der Zeit permanent ergänzt, so dass es mittlerweile eine unglaublich große Bandbreite unterschiedlichster Kategorisierungen von Wissen gibt. Insgesamt sind für die vorliegende Arbeit zwei Kategorien von besonderem

²²² vgl. Sennett, Richard: Der flexible Mensch; S. 28

²²³ vgl. Hack, Lothar: Wissensformen zum Anfassen und zum Abgreifen, in: Bittlingmayer, Uwe H./Bauer, Ullrich (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“?; S. 114

²²⁴ vgl. Kübler, Hans-Dieter: Mythos Wissensgesellschaft; S. 93

²²⁵ vgl. Hack, Lothar: Wissensformen zum Anfassen und zum Abgreifen, in: Bittlingmayer, Uwe H./Bauer, Ullrich (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“?; S. 129

Interesse, von denen die Zukunftswerkstatt am Meisten profitiert: Sowohl das praktische Wissen, bestehend aus Erfahrungen, die nicht nur auf kognitiver, sondern ebenso auf affektiver Ebene beruhen können und von Nonaka und Takeuchi auch als „implizites Wissen“ bezeichnet wird, als auch das intellektuelle oder „explizite Wissen“²²⁶, welches auf der Verstandesebene beruht. Beide Formen dürfen dabei nicht als total voneinander getrennt erachtet werden, da beide sich bedingen.

Wir haben bereits festgestellt, dass die Zukunftswerkstatt von einer heterogenen Gruppenzusammensetzung profitiert und viele Elemente praktischen Wissens gefordert sind. Sie ist daher auch von Meinungen und Sichtweisen der verschiedenen Statusgruppen und Ebenen abhängig. Mächtige Organisationen, wie große Unternehmen aber auch Staatsapparate sind so komplex, dass sie nicht mehr den Einblick in all ihre untergeordneten Ebenen haben. Sie scheitern nicht auf einer sachlichen Ebene, sondern häufig an der eigenen Unkenntnis über die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebenssituationen der einzelnen Hierarchiestufen.

Mit dem Übergang in die Wissensgesellschaft sind Risiken verbunden, aber es entstehen auch neue Chancen: Die Möglichkeit beispielsweise, vorhandene, aber brachliegende Wissensbestände auf allen Ebenen zu entdecken, Potentiale freizusetzen und in einem kreativen Spannungsfeld kommende Herausforderungen zu lösen.

²²⁶ a.a.O; S. 131

7.2. Wissensmanagement – partizipativ oder expertenzentriert?

In einer globalisierten Welt werden Probleme immer komplexer, wirtschaftliche Abläufe flexibler und damit die Unsicherheit bei den Betroffenen größer. Die Frage ist, ob sich alte Strategien der Problemlösung noch eignen, um dem entgegen zu treten. Es scheint, als kämen die konventionellen Formen der Politik aufgrund der hohen Bürokratie immer einen Schritt zu spät. Doch nicht nur die zeitliche Dimension, auch die häufig beschworene „Krise der Experten“ veranlasst zu einem Umdenken. Als Beispiel möchte ich hier die sogenannte „Hartz-Kommission“ anführen, ein 15-köpfiges Gremium, welches im Februar 2002 von der damaligen Bundesregierung eingesetzt wurde, um Vorschläge zur Reformierung der Arbeitsmarktpolitik zu unterbreiten. Diesem Gremium gehörten Personen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen an, wie z.B. Peter Kraljic, Unternehmensberater von McKinsey, Politiker wie Wolfgang Tiefensee und Harald Schartau, die Gewerkschafterin Isolde Kunkel-Weber, ebenso wie Vertreter der Arbeitgeberverbände. Den Vorsitz führte Dr. Peter Hartz, damaliger Personalchef von VW. Erstaunlicherweise gehörte dem Gremium kein Vertreter der Arbeitslosenverbände an. Denjenigen also, die unmittelbar von den Reformen betroffen waren, verwehrte man das Mitspracherecht.

Ich werde an dieser Stelle auf eine persönliche Interpretation der Ergebnisse verzichten, muss aber darauf verweisen, dass das zentrale Ziel, die Halbierung der Arbeitslosenzahlen von vier auf zwei Millionen Erwerbslose innerhalb von vier Jahren, mehr als verfehlt wurde. Zudem wurden Hunderttausende von Menschen unterhalb der relativen Armutsgrenze angesiedelt. Selbst der Abbau des bürokratischen Apparats, welches das Ziel der Kosteneinsparung verfolgte, gelang nicht. Mal davon abgesehen, dass es sich bei der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ um ein nicht demokratisch gewähltes Gremium ohne öffentliche Legitimation, sondern um eine willkürlich eingesetzte Expertenrunde handelte, ist das Scheitern des Reform-Pakets möglicherweise der Homogenität der Gruppe hinsichtlich ihres finanziellen Status geschuldet. Der Verein Tacheles e.V. weist darauf hin, dass den Betroffenen des „Hartz IV – Gesetzes“ täglich 15 Cent für Sport- und Freizeitveranstaltungen, 88 Cent für Frühstück, 7 Cent für Telefongespräche sowie 60 Cent für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stehen.²²⁷ Bei dieser Kostenkalkulation stellt sich ernsthaft die Frage, welche Vorstellung die, durchweg von gutverdienenden Personen besetzte, „Hartz-Kommission“ von einem menschenwürdigen Leben besitzt. Es ist anzunehmen, dass durch die Beteiligung von Vertretern der Erwerbsloseninitiativen den Betroffenen diese prekären Lebensverhältnisse erspart geblieben wären.

²²⁷ vgl. http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2005/500_Euro_Mindestsatz_050926.pdf;
Stand: 04.05.2007

In der Betriebswirtschaft hat sich bereits die Vorstellung durchgesetzt, man müsse alle verfügbaren Wissensressourcen in einem Unternehmen bündeln, von der obersten Chefetage bis zu den einfachen Arbeitern hinunter, von komplexen Strategien bis hin zu simplen Arbeitserleichterungen. Diese Vorstellung wird allgemein als Wissensmanagement bezeichnet und meint die „systematische Lenkung und Gestaltung einschlägiger Wissensprozesse.“²²⁸ Unter dem Begriff des Wissensmanagements versteht man „ein ganzheitliches, integratives Konzept, das psychologische, organisatorische und informationstechnologische Faktoren beinhaltet, um die effektive Erschließung und den Transfer von Wissen zu gewährleisten.“ Ziel ist es, „alles vorhandene Wissen optimal zu nutzen, weiterzuentwickeln und in neue Produkte, Prozesse und Geschäftsfelder umzuwandeln.“²²⁹

Die Art und Weise, wie Unternehmen ihre Probleme lösen, deutet auf einen partizipativen Ansatz hin. Bevor die Frage der Übertragbarkeit dessen auf politische Entscheidungsprozesse diskutiert wird, muss sich zunächst vergegenwärtigt werden, dass ein solch partizipativer Ansatz immer mit einer Entkräftung von Expertenwissen zu tun hat. Welchen Stellenwert Eliten in der Wissensgesellschaft haben und ob ihre Entscheidungen trotz vieler Fehlentscheidungen (beispielsweise bei den „Hartz-Reformen“), den Vorschlägen von heterogen besetzten Laien-Gruppen dennoch vorzuziehen sind, wird in den folgenden Unterabschnitten diskutiert.

7.2.1. Die Gefahr von Elitenentscheidungen

Die Notwendigkeit der Existenz von gesellschaftlichen Eliten wird prinzipiell in den Gesellschaftswissenschaften nicht in Frage gestellt. Karl Mannheim unterscheidet in drei verschiedene Typen von Eliten: Politische und organisierende Eliten, intellektuelle und künstlerische Eliten sowie moralische und religiöse Eliten, bei denen die letzteren vier für die Entwicklung von Wissenschaft und Kultur zuständig sind und die anderen beiden die Verantwortung für die Integration der verschiedenen Willensrichtungen u.a. in Wirtschaft und Politik tragen.²³⁰ Allerdings besteht Uneinigkeit, welche Funktionen und welches Maß an Handlungskompetenzen ihnen zu Teil werden sollen. Gerade unter Berücksichtigung des Gleichheitsgedanken in einer demokratischen Gesellschaft bedarf es einer genauen Beschreibung, inwieweit Elitegedanken dem demokratischen Konsens widerspricht. So sieht Demirovic in der Elite eine nicht-egalitäre Gliederung der Gesellschaft, die dem Prinzip der Mündigkeit aller widerspricht. In einer empirischen Untersuchung unter

²²⁸ Kübler, Hans-Dieter: Mythos Wissensgesellschaft; S. 147

²²⁹ a.a.O.; S. 149f.

²³⁰ vgl. Hartmann, Michael: Elitesoziologie – Eine Einführung, Frankfurt/Main, 2004; S. 44

Studierenden zeigt er, dass 17% der Befragten Eliten als demokratisch, offen, repräsentativ und sachkompetent ansehen und weitere 25% Eliten im positiven Sinne als Naturtatsache sehen. Von diesen Antwortgebern beansprucht ein großer Teil selbst eine hohe Führungsposition. Somit ist das vorherrschende Verständnis von Elite nicht einfach nur „das was oben ist“, sondern es verbindet sich mit diesem Begriff gleichzeitig auch die Vorstellung von Verantwortung und besonderen Kompetenzen.²³¹ Dabei kommt es zu einer diffusen und überaus willkürlichen Hierarchisierung in der Beurteilung von Leistung und Kompetenz, bei der nicht klar ist, mit welchem Maßstab gemessen wird und wodurch sich die jeweils höhere Hierarchieebene begründet.

Zusätzlich scheint die Theorie, Elitenbildung begründe sich ausschließlich auf Leistung, aufgrund ihrer hausgemachten Problematik der Reproduktion hinfällig. Hartmann kann aufzeigen, dass in allen führenden Wirtschaftsnationen neben dem Faktor Leistung, vor allem auch die bevorzugte Behandlung von Mittel- und Oberschichtkindern, sowie Persönlichkeitseigenschaften wie „leadership“ einen großen Einfluss auf die Zugänge zu höheren Bildungsinstitutionen ausüben.²³² So werden an amerikanischen Eliteuniversitäten Kinder von ehemaligen Absolventen bevorzugt, die nunmehr als potente Geldgeber die Lehre und Forschung an der Universität sichern können. Diese Tatsache negiert gleichermaßen den Gedanken einer Leistungselite, denn nicht automatisch verfügen Kinder aus der Oberschicht auch über adäquate kognitive Fähigkeiten.

Zusätzlich zu dem Zusammenhang von Zugängen zu Bildungsinstitutionen und finanziellen Möglichkeiten kommt noch ein weiterer Punkt, den Bourdieu mit dem „Habitus“ - Begriff beschreibt und mit dem eben Genannten eng verknüpft ist. Der Habitus ist für die Reproduktion der herrschenden Klassen ein ebenso wichtiger Bestandteil. Das Konzept besagt, dass Menschen durch ihre alltäglichen Erfahrungen in ihrem Umfeld ein Verhalten entwickeln, das einem bestimmten Typus entspricht, der ihre sozialen und ökonomischen Lebensverhältnisse spiegelt.²³³ Grundlage des klassenspezifischen Habitus ist das inkorporierte Kulturkapital, das zum festen Bestandteil der Persönlichkeit wird und wesentlich das „Sein“ des Menschen bestimmt. Der Habitus wird von einer Generation zur nächsten, teils bewusst, teils unbewusst, weitergegeben.²³⁴ Wenn man sich nun ein Auswahlverfahren an einer amerikanischen Eliteuniversität vorstellt, so ist es

²³¹ vgl. Demirovic, Alex: Elite – einige Vorbehalte aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie, in: Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hrsg.): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, Opladen, 2003; S. 129ff.

²³² vgl. Hartmann, Michael: Existiert ein Elitenwissen in der Wissensgesellschaft? – Aspekte einer neuen Leistungsideologie, in: Bittlingmayer, Uwe H./Bauer, Ullrich (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“?; S. 474ff.

²³³ vgl. Hartmann, Michael: Elitesozioogie; S. 88f.

²³⁴ vgl. Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2), Göttingen, 1983; S. 187

naheliegender, dass derjenige, der in bürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen ist und durch diese sozialisiert wurde, bessere Chancen auf den zu vergebenen Studienplatz hat, als derjenige der dem Arbeitermilieu entstammt, zumal das Komitee, welches über die Zulassung entscheidet, selbst dem bürgerlichen Lager zuzuordnen ist. Derjenige aus der Arbeiterfamilie kleidet sich anders, pflegt einen anderen Sprachduktus, bevorzugt andere Freizeitaktivitäten und hat auch andere Lese- und Lerngewohnheiten, als das Komiteemitglied der Eliteuniversität. Er ist ihm wahrscheinlich unsympathischer als der Kommilitone aus dem Bürgertum und so entscheidet er sich bei der Vergabe des Studienplatzes gegen das Arbeiterkind, so Bourdieus Logik.²³⁵ Der Habitus ist also neben den ökonomischen Faktoren ein weiteres Kriterium für die soziale Selektivität im Bildungssystem, welches zur Reproduktion von Eliten beiträgt.

Die Forderung aus diesen bestehenden Missständen kann allerdings nicht sein, eine möglichst elitenfreie Gesellschaft anzustreben. Vielmehr sollte es darum gehen, den substantiellen Gehalt des Elitenbegriffs zu definieren. Bude beklagt in diesem Zusammenhang die „notorische Verwechslung zwischen den Begriffen der Elite, der Oberschicht und der herrschenden Klasse.“ Eliten treffen demnach (im Unterschied zu den anderen beiden Begriffen) „grundsätzliche politische Weichenstellungen, weitreichende, öffentliche Themensetzungen und [sind die] maßgebende Verkörperung von Lebensführungsmodellen.“²³⁶ Die Zugehörigkeit zur Oberschicht oder zur herrschenden Klasse kann durch soziale Vererbungsregeln entstehen. Eliten hingegen sind demnach „eine Querverbindung von einzelnen Personen, von denen man annimmt, dass sie mit ihren Entscheidungen, Definitionen und Selbstdarstellungen die Existenzbedingungen und Lebensverhältnisse größerer Gruppen der Bevölkerung mitbestimmen sowie Einfluss auf Denken und Fühlen des gesellschaftlichen Publikums nehmen.“ Der Begriff der Elite ist also nicht nur auf wohlhabende Manager und Topverdiener beschränkt, sondern umfasst z.B. auch Künstler. Wie Bude am Beispiel des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröders zeigt, sind die Begriffe zudem nicht kongruent: Schröder gehört zwar der deutschen Elite an, entstammt aber nicht der Oberschicht.²³⁷

Wie sich oben zeigte, erfolgt die Elitenbildung nicht ausschließlich über ein Leistungsprinzip – finanzielle Möglichkeiten der Eltern sowie das Habitus-Konzept Bourdieus tragen maßgeblich zur Reproduktion der Eliten bei, wie auch Hartmann

²³⁵ vgl. Hartmann, Michael: Elitesoziologie; S. 89

²³⁶ Bude, Heinz: Elitewechsel. Deutsche Führungsgruppen zwischen „Bonner“ und „Berliner“ Republik, in: Hitzler, Ronald/Hornbostel, Stefan/Mohr, Cornelia (Hrsg.): Elitenmacht, Wiesbaden, 2004; S. 300

²³⁷ vgl. a.a.O.; S. 301

festgestellt und es am Beispiel des US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush illustriert hat, der, obwohl er nur ein mittelmäßiger Schüler war, durch die guten Beziehungen von Eltern und Großeltern trotzdem sein Ökonomiestudium in Yale absolvieren konnte.²³⁸ Von einer Leistungselite kann also aufgrund des hohen sozialen Selektionsmechanismus im Bildungssystem keine Rede mehr sein. Man kann nun spekulieren, ob das Scheitern von Vorstandsvorsitzenden und Führungskräften, aber auch der „Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ Folge mangelnder Qualifikation ist. Fakt ist jedoch, dass sich in den vermeintlichen gesellschaftlichen Eliten nicht unbedingt immer die Besten ihrer Zunft befinden, sondern ihr Dasein oftmals den nötigen Ressourcen an sozialem und kulturellem Kapital verdanken. Schlussfolgernd lässt sich sagen, dass nur über ein gerechteres Bildungssystem und der Herstellung von Chancengleichheit die Leistungselite nach fairen Maßstäben gebildet werden kann. Dies ist allerdings in allen von Hartmann untersuchten Staaten nicht der Fall.²³⁹

Das eigentliche Problem der Elitenentscheidungen ist also weniger, dass es nur eine zweifelhafte demokratische Legitimation für diese Eliten gibt. Dies ist ein politisches Problem und eine Frage des Demokratieverständnis. Viel problematischer ist bei den Elitenentscheidungen jedoch, dass sie häufig von Menschen getroffen werden, die zwar zweifelsohne zur Oberschicht, aber deswegen noch keinesfalls zur Leistungselite zählen müssen, um Bude sinngemäß wiederzugeben. Das Hauptproblem, welches vor allem die politische Linke mit dem Elitenbegriff hat, geht am eigentlichen Kern des Problems vorbei: nicht die Existenz von Eliten sollte in Frage gestellt werden, sondern die unterschiedlichen Bedingungen, unter denen sich Eliten in den westlichen Industrienationen generieren können, ist der Kritikpunkt, der das Bildungssystem und damit die gesamte Gesellschaft nicht nur ungleich, sondern auch ungerecht macht.

7.2.2. Die Gefahr von Gruppenentscheidungen

Es besteht eine offensichtliche Logik in der Annahme, Gruppenentscheidungen seien in ihrer Qualität von Natur aus besser als Entscheidungen von einzelnen. Jeder Regierungschef hat seinen Beraterkreis, in der Wirtschaft gibt es keinen Vorstand, der seine Entscheidungen alleine trifft, in der Justiz haben mehrere Geschworene bei vielen Fragen das Urteilsrecht. Man geht davon aus, dass jedes Gruppenmitglied seine Sichtweise auf die Dinge mit einbringt und somit ein möglichst umfassendes und facettenreiches Bild des Sachverhalts entsteht, umfassender, als das Urteilsvermögen

²³⁸ vgl. Hartmann, Michael: Existiert ein Elitenwissen in der Wissensgesellschaft?, in: Bittlingmayer, Uwe H./Bauer, Ullrich (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“?, S. 476

²³⁹ vgl. a.a.O.; S. 481ff.

eines einzelnen. Aronson, Wilson & Akert entgegen dieser Annahme, dass Gruppen, wenn sie zusammen arbeiten, ihre Informationsressourcen nie vollständig ausschöpfen. Anstatt der Verknüpfung ihrer unterschiedlichen Informationen, führen sie ihre Gespräche eher über gemeinsame Wissensbestände.²⁴⁰ Das transaktive Gedächtnis hingegen, in denen mehrere Individuen ihre Wissensbestände synergetisch miteinander vernetzen, kann nur zu Stande kommen bei Menschen, die sich über einen längeren Zeitraum sehr gut kennen, also z.B. bei Ehepaaren. Bei gruppenspezifischen Arbeitsprozessen ist dies aber grundsätzlich auszuschließen.²⁴¹

Schulz und Frey sehen ein weiteres Problem im „Groupthink“: Dieses Phänomen beschreibt das Streben der Gruppe nach Harmonie und Einmütigkeit, „das auf Kosten einer kritischen Analyse der Sachlage geht.“²⁴² Das Streben nach Übereinstimmung und Harmonie dient der Gruppe dazu, nach außen hin als geschlossen wahrgenommen zu werden. Für Sozialpsychologen ist genau dieses Phänomen die Ursache unzähliger historischer Fehlentscheidungen in der Politik. Gerade dort, wo geschlossen gehaltene Parteilinien für die Außenwirkung auf die Wähler besser wirken als sich im Diskurs befindende Politiker, ist „Groupthink“ für den Entscheidungsfindungsprozess ein echtes Problem.

Andere Forscher gehen davon aus, dass Gruppen in den meisten Fällen die besseren Entscheidungen treffen, wenn es den Gruppen gelingt, Prozessverluste durch eine klare Ordnungsstruktur gering zu halten. Wenn also die sachkundigste Person der Gruppe sich ihrer Rolle als zentrale Schaltstelle bewusst ist, und die anderen bereit sind, dies zu akzeptieren und durch Kommentare und Ergänzungen diese Entscheidung zusätzlich zu verbessern, dann wird das Ergebnis am Ende fruchtbarer ausfallen.²⁴³ Was allerdings geschieht, wenn derjenige sich seiner Verantwortung als Sachkundiger der Gruppe nicht bewusst ist, oder ein anderer meint, er sei der Sachkundigste? Dies ist in unbekannt Teams häufig völlig ungeklärt. Es kommt zu einer Verantwortungsdiffusion und das Gruppenergebnis kann dadurch in seiner Qualität beeinträchtigt werden.

Die oben genannten Punkte weisen auf Faktoren hin, die Gruppenentscheidungen negativ beeinflussen können. Diese Faktoren möglichst niedrig zu halten, ist die Aufgabe der Moderation innerhalb eines gruppenspezifischen Arbeitsprozesses wie der Zukunftswerkstatt. Die Auswirkungen gruppenspezifischer Prozesse auf den Verlauf

²⁴⁰ vgl. Aronson, Elliot/Wilson, Timothy D., Akert, Robin M.: Sozialpsychologie, München, 2004; S. 334f.

²⁴¹ vgl. a.a.O.; S. 336

²⁴² Schulz-Hardt, Stefan/Frey, Dieter: Wie der Hals in die Schlinge kommt: Fehlentscheidungen in Gruppen, in: Arndt-Gattinger, Elisabeth/Lechner, Hans/Schlögl, Walter (Hrsg.): Gruppendynamik – Anspruch und Wirklichkeit der Arbeit in Gruppen, Göttingen, 1998; S. 144

²⁴³ vgl. Aronson, Elliot/Wilson, Timothy D., Akert, Robin M.: Sozialpsychologie; S. 333

einer Zukunftswerkstatt wurden bereits in Kap. 5 und 6 beschrieben. Im folgenden Abschnitt soll zusätzlich eine Zusammenfassung der wichtigsten Faktoren für erfolgreiche Teamarbeit erfolgen.

7.2.3. Determinanten intelligenter Gruppenentscheidungen

Während die Zukunftswerkstatt durch die diskursive Konfliktregelung im Kompromiss mündet, so sieht Surowiecki in diesem Feld der polarisierenden Meinungen und Ideen dies nicht als Ziel. Im Gegenteil geht für ihn das Faszinierende der Idee erst durch den Kompromiss verloren und so hält er jene kollektiven Entscheidungen für die besten, die im Wettbewerb unterschiedlicher Meinungen bestehen und somit ohne das Schließen von Kompromissen auskommen.²⁴⁴ Beide Ansätze verfolgen aber das gleiche Ziel, nämlich die breite Beteiligung von Personen bei Problemlösungen unter der Annahme, dass die getroffenen Entscheidungen qualitativ besser sind als individuelle Entscheidungen. Surowiecki benennt vier Bedingungen, von denen erfolgreiche Gruppenentscheidungen abhängen:

1. Meinungsvielfalt

Die Meinungsvielfalt spielt auf die heterogene Zusammensetzung einer Gruppe an. Jedem Beteiligten des Gruppenprozesses muss bewusst sein, dass sein Wissen oder zumindest seine Deutung, die er von dem Wissen hat, einmalig ist und dass es der Gruppe durchaus nutzen kann, selbst wenn es sich nur um eine alternative Deutung eines bereits bekannten Sachverhalts handelt. Das Versäumnis, dass Gruppenmitglieder ihre individuellen Wissensbestände zurückstellen und anstatt dessen über schon bekannte Fakten reden, ist ein Problem, von dem sich die Gruppenmitglieder im Arbeitsprozess befreien müssen.

2. Unabhängigkeit

Eine kollektive Entscheidung ist abhängig von klaren Meinungsbildern der Individuen. Kollektiventscheidungen ziehen die besten Ideen aus unterschiedlichen individuellen Entscheidungen. Sind diese durch andere Gruppenmitglieder vorgeprägt, oder gar bewusst instrumentalisiert, entsteht ein verzerrtes Bild. „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ – die Losung Kants gilt für das Postulats der Unabhängigkeit in der Meinungsfindung im besonderen Maße.

²⁴⁴ vgl. Surowiecki, James: Die Weisheit der Vielen – Warum Gruppen klüger sind als Einzelne und wie wir das kollektive Wissen für unser wirtschaftliches, soziales und politisches Handeln nutzen können, München, 2004; S. 17

3. *Dezentralisierung*

Wie bereits bei Sennetts Prinzip der „flexiblen Spezialisierung“ etwas weiter oben deutlich wurde, sind moderne Institutionen wie z.B. Unternehmen in einem neuen Verhältnis von Raum und Zeit angeordnet. Sie sind fähig zur globalen Vernetzung, haben ihre Schaltstelle nicht in einem Zentralorgan, sondern treffen Entscheidungen dezentral auf der Basis lokalen und spezifischen Wissens.

4. *Aggregation*

Hierunter versteht Surowiecki die Mechanismen, welche die individuellen Urteile zu einer kollektiven Entscheidung bündeln. Dies beinhaltet auch die Bewältigung von Problemen. Ergebnisse der Aggregation sind meist abstrakte Begriffe, wie z.B. der freie Markt, der das Koordinationsproblem von Angebot und Nachfrage regelt und von den Akteuren bedient wird.²⁴⁵

²⁴⁵ a.a.O.; S. 32 und für nähere Erläuterungen S. 69-150

7.3. Die Bedeutung dieser Frage in Zeiten gesellschaftlichen Wandels

Die Diskussion um Pro & Contra der Leistung von Gruppen und ihrer Abhängigkeit zu Experten, bringt auch unter Sozialpsychologen kein eindeutiges Ergebnis. Es ist deutlich geworden, dass Gruppenentscheidungen besser sein können, wenn sie bestimmte Voraussetzungen der Zusammenarbeit erfüllen. Geschieht dies nicht, kann es passieren, dass Gruppen zusammen schlechtere Entscheidungen treffen, als das es jeder Einzelne für sich tun würde.

Von einem Versagen der elitären Kräfte oder von einer Entmachtung der Experten kann allerdings keine Rede sein. Sie werden, ganz im Sinne der Theorie des Kreativen Feldes, welche die Ideen der kreativen Konkurrenz und der synergetischen Teamfähigkeit postuliert, aufgrund ihrer fachlichen Kompetenzen benötigt. Gleichzeitig muss allerdings den Bürgern in der Wissensgesellschaft ein ebenso großes Maß an Verantwortung übertragen werden, um einerseits die zu treffenden Entscheidungen in ihrer Qualität zu verbessern. Andererseits ist politische Teilhabe ein gesellschaftliches Anrecht und durch ihren Verlust wird antidemokratischen Gedankengut Platz geschaffen.

Die soziale Ausgrenzung durch den Verlust der Teilhabe an politischen Entscheidungen wird durch den zusätzlichen mitproduzierten Verlust des Kollektivschicksals verstärkt. In der „Risikogesellschaft“ ist die Schuldfrage an Armut und Arbeitslosigkeit nun vielmehr individuell und als persönliches Schicksal zu betrachten. Systemprobleme werden entpolitisiert und als individuelle Schicksale verkauft, welche von keinem Kollektiv mehr aufgefangen werden.²⁴⁶ Der Verlust des Gefühls gesellschaftlich partizipieren zu können, wird bei den Faktoren der Armut und der Arbeitslosigkeit vor allem auf einem ökonomischen Weg sichtbar. Doch das Gefühl des Verlusts der Anschlussfähigkeit an die Gesellschaft beinhaltet zusätzlich noch andere Dimensionen, wie z.B. das Gefühl der mangelnden politischen Teilhabe, welches einhergeht mit einem Vertrauensverlust in politische Instanzen.

In der Wissensgesellschaft liegt die Chance nicht nur in der Beteiligung der Bürger bei der Bewältigung komplexer Herausforderungen, sondern es besteht nahezu eine Notwendigkeit dazu. Wie gut die Kombination unterschiedlicher Wissensbestände im modernen Zeitalter funktionieren kann, wird am Beispiel der Online-Enzyklopädie „Wikipedia“ deutlich: Deren Autoren praktizieren „Die Weisheit der Vielen“ in dem sie sich an Surowieckis Bedingungen halten, nämlich eine pluralistische, aber unabhängige Gruppierung, die auf lokaler Ebene mit spezifischem Wissen einen Eintrag immer weiter

²⁴⁶ vgl. Beck, Ulrich: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main, 1986; S. 144

verfeinern kann und welcher dann auf einer Online-Plattform gebündelt wird. Wikipedia stellt in dem Sinne ein Weg dar, Wissen partizipativ zu managen. Viele Unternehmen schließen sich dem Leitprinzip „Wenn Siemens wüsste, was Siemens weiß“²⁴⁷ an, und versuchen alle Hierarchieebenen an betriebsspezifischen Entscheidungen zu beteiligen.

Doch wie sieht das in der Politik aus? „Die Weisheit der Vielen“ nutzbar zu machen würde zunächst sämtliche tradierten Formen politischer Mitbestimmung sprengen. Aber wäre dies etwa nachteilig? Sind denn die konventionellen Formen politischer Mitbestimmung nicht ohnehin von Auflösungserscheinungen betroffen? Nach Beck begann die Entgrenzung der institutionalisierten Politik vom Menschen mit deren Erfolg. Politische Rechte konnten erkämpft, die Verantwortlichen dafür aber in Frage gestellt werden. Die politische Modernisierung, so Beck, „entmachtet, entgrenzt die Politik und politisiert die Gesellschaft – oder genauer: stattet die so ermöglichten und allmählich entstehenden Zentren und Handlungsfelder der Subpolitik mit Chancen der außerparlamentarischen Mit- und Gegenkontrolle aus.“²⁴⁸ In diesem Ansatz wird die bereits erwähnte Rolle der Neuen Sozialen Bewegungen und der NGOs besonders hervorgehoben, da diese fähig sind, in den Prozess der politischen Entscheidungsbildung hineinzuwirken.²⁴⁹ Der Rolle des Bürgers in der Wissensgesellschaft kommt insgesamt ein hohes Maß an demokratischer Verantwortung zu. Durch Engagement in den subpolitischen Organisationen steigern sich auch ihre Mitwirkungsmöglichkeiten. Durch lokale Spezialisierung ist es vermeintlichen Laien möglich, sich zu Experten in eigener Sache zu machen. Politisches Wissen partizipativ zu managen würde für Parteien auch bedeuten Macht abzugeben. Aus dieser Sichtweise scheint dies allerdings ihre einzige Chance, ihren Selbsterhalt überhaupt zu sichern.

²⁴⁷ vgl. Kübler, Hans-Dieter: Mythos Wissensgesellschaft; S. 147

²⁴⁸ Beck, Ulrich: Risikogesellschaft; S. 316

²⁴⁹ vgl. a.a.O.; 316f.

8. Fazit: Partizipation oder Scheindemokratie? Die Zukunftswerkstatt als Instrument zur (Re-)Politisierung und Demokratisierung der Gesellschaft

Im Vorfeld unserer Zukunftswerkstatt fragte uns ein interessierter Bürger: „Glauben Sie wirklich, dass der durchschnittliche Mensch die Kompetenz besitzt, selbst die komplexesten und schwierigsten Themen adäquat lösen zu können? Ich nehme doch an, dass dies eine Sache der Experten sein muss. Ich glaube, der durchschnittliche Mensch sitzt lieber vor dem Fernseher und schaut ‚Verstehen Sie Spaß!‘“ Wir beantworteten sein Statement, mit einer Gegenfrage: „Was kann es aus Ihrer Sicht für bessere Experten zur Lebensqualität auf der Kasseler Marbachshöhe geben, als die Bewohner selbst?“

Die Zukunftswerkstatt strebt nach einer vollkommenen Demokratisierung in dem Anwendungsfeld, in dem sie auftritt. Sie bietet das Forum, in dem die Teilnehmer zu lokalen Experten ihrer eigenen Angelegenheiten werden. Für den Zeitraum, in dem sie stattfindet, werden Grenzen überschritten und Hierarchieebenen gesprengt. Die Teilnehmer bekommen das Gefühl, alles sei möglich und keine Hürde zu hoch. Diese Mischung aus Euphorie und Übermut, die sich am Ende einer Zukunftswerkstatt beobachten lässt, muss in den darauf folgenden Wochen und Monaten der Ernüchterung weichen. Gerade hier liegt eine Schwachstelle der Zukunftswerkstatt: Sie eröffnet den Projektgruppen innerhalb des Arbeitsprozesses alles Erdenkliche, um sie nach Beendigung der Realisierungsphase allein zu lassen. Hier bedarf es methodischer Verbesserung: Einer dreitägigen Zukunftswerkstatt müssen verbindliche Nachtreffen folgen. Diese Nachtreffen müssen den selben Stellenwert erlangen, wie die einzelnen Phasen innerhalb der Werkstatt. Sie benötigen die dementsprechende methodische Ausformung, die Teilnehmer müssen ihre begangenen Arbeitsschritte sowohl persönlich, als auch inhaltlich reflektieren können. Nur so ist ein langfristiges Anhalten eines nachhaltigen Partizipationsgefühls zu gewährleisten.

Um dem Vorwurf einer Scheindemokratisierung zu entgehen, ist zudem eine enge Anbindung an die konventionellen politischen Apparate und Entscheidungsgremien notwendig, wie auch die Beispiele unserer Zukunftswerkstatt gezeigt haben. Zwar streben die idealistischen Vorstellungen der partizipatorischen Demokratietheorie die Demokratisierung der Gesellschaft *jenseits* dieser Instanzen an – die Unmöglichkeit dieses zur Realisierung zu bringen, muss sich aber zum Ende dieser Arbeit eingestanden werden.

Dennoch: Ähnlich wie in der Wirtschaft bedarf es Formen partizipativen Wissensmanagements in politischen Entscheidungsfindungsprozessen. Dies ließe sich

mittels einer permanenten Zukunftswerkstatt, als ständiger Begleiter kommunalpolitischer Entscheidungen, realisieren. Sie kann als erfrischendes Element innerhalb der bürokratisch ausgehöhlten Demokratiestrukturen betrachtet werden und somit eine beratende Funktion einnehmen. Gleichzeitig sollte ihr Aktionsradius nicht überschätzt werden: So ist es unwahrscheinlich, dass eine Zukunftswerkstatt auf nationaler und supranationaler Ebene die komplexen globalen Herausforderungen gestalten kann. Die vorgestellte Bürgerkonferenz, in der die Teilnehmer den Politikern ein Bürgervotum liefern, scheint hier ein geeigneteres Instrumentarium. Die Zukunftswerkstatt muss sich damit zufrieden geben, auf kommunaler Ebene zu agieren.

Die Zukunftswerkstatt steht in der Tradition der Neuen Sozialen Bewegungen, ist sowohl in ihren Wurzeln als auch in ihren Ansprüchen mit den Zielen von sozialen, ökologischen und pazifistischen Initiativen eng vertraut. Die Neuen Sozialen Bewegungen fordern die staatlichen Apparate heraus, stellen diese vor neue Aufgaben. Dies geschieht in der „self-creative – society“ nach Hegedus durch *empowerment*.

„In other words, what is at stake in self-creative society, characterised here by the permanent invention of new possibilities and the realisation of possible futures, is not ‘the’ power but empowerment: the capacity of people to intervene directly in problems they are concerned with and to ‘control’ the choices of their own futures.”²⁵⁰

Partizipatives Wissensmanagement bedeutet im politischen Kontext die Verlagerung von Macht der Herrschenden an die Beherrschten. Darauf zu hoffen, dass die Herrschenden die Macht freiwillig abgeben, scheint angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, geradezu naiv. Wie in den Neuen Sozialen Bewegungen ermächtigen sich auch die Teilnehmer der Zukunftswerkstätten selbst, schreiben sich eine Agenda und probieren diese im demokratischen Diskurs durchzusetzen.

Die Zukunftswerkstatt ist demzufolge mehr als nur ein Problemlösungsverfahren: Durch ihre demokratisierende Wirkung ist sie Mittel zur Vitalisierung des Politischen in der Gesellschaft. Durch sie können selbst-transformative Prozesse im Individuum angestoßen werden, die das Politische generieren.

Wir haben gesehen, dass trotz der Ansprüche von Enthierarchisierung und Gleichheit die Gefahr besteht, dass nur ein ausgewählter Kreis einer „Beteiligungselite“ von den

²⁵⁰ Hegedus, Zsuzsa: Social movements and social change in self-creative society: new civil initiatives in the international arena, in: International Sociology Vol. 4, No. 1; S. 32

vielfältigen Chancen einer Zukunftswerkstatt profitieren kann. Dem muss von organisatorischer Seite im Vorfeld, aber auch von methodischer Seite während des Arbeitsprozesses, entgegengewirkt werden. Gelingt ihr das nicht, stellt sich die Frage nach ihrer Legitimation. Zukunftswerkstätten dürfen nicht unter basisdemokratischem Deckmantel Lobby-Arbeit betreiben, sondern müssen jene erreichen, die von den tradierten Formen politischer Gestaltung enttäuscht sind, die der Meinung sind, in der Gesellschaft ihre Anrechte auf politische Partizipation verwirkt zu haben, die darüber hinaus sozial ausgegrenzt sind und „die Hoffnung auf ein Leben in eigener Regie“²⁵¹ längst aufgegeben haben.

Die Zukunftswerkstatt hat viele Aufgaben zu bewältigen, sie soll politisieren und demokratisieren, soll zum Anrecht auf Partizipation ermutigen und vor Exklusion schützen, soll zur Mündigkeit erziehen und das Wertesystem der Gesellschaft durch den humanistischen Gedanken mitprägen. Dies ist als Auftrag für all jene zu verstehen, die irgendwann einmal die Möglichkeit bekommen, mit Zukunftswerkstätten Politik zu gestalten. Ob es sich dabei um eine genuine, emanzipatorische Partizipation oder um Scheindemokratie handelt, ist abhängig von der spezifischen Situation, in der sie angewendet wird. Die Methode der Zukunftswerkstatt als solches stellt alle notwendigen Bedingungen für demokratische Entscheidungsfindung bereit.

Kehren wir zum Abschluss der Arbeit wieder an den Anfang zurück: Die Berliner Regisseure Jörn Hintzer und Jakob Hüfner versuchten in ihrem Film „Weltverbesserungsmaßnahmen“ die Menschen anzuregen, ihre brachliegenden kreativen Ressourcen, ihre Wünsche und Träume in den politischen Raum zu tragen, den Mut zu haben, „soziale Erfindungen“ im Jungkschen Sinne auszusprechen und aus der Stellvertreterdemokratie eine aktivierende Demokratie zu machen, wie Hegedus sie in den Neuen Sozialen Bewegungen mit dem Schlagwort des „*empowerment*“ beschreibt. Da die Mehrheit in der Bevölkerung noch schweigt, sie die Notwendigkeit des Handelns nicht erkennt oder aufgrund der Nivellierung menschlicher Bedürfnisse durch den technologischen Fortschritt auch nicht erkennen kann, geht es jedoch zunächst darum, die Menschen die Option des Handelns, des „*empowerments*“ aufzuzeigen. Dies erfordert eine Politik der kleinen Schritte. Einer dieser kleinen Schritte kann die diesjährige documenta 12 – Ausstellung sein, die zu jenem Zeitpunkt beginnt, an dem die vorliegende Arbeit ihr Ende findet. Ihr künstlerischer Leiter Roger M. Buergel sagt über seine Ausstellung in dem Vorwort eines documenta-Führers:

²⁵¹ Bude, Heinz/Willisch, Andreas: Das Problem der Exklusion, in: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion – Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg, 2006; S. 8

„Eine politische Ausstellung, wie ich sie verstehe, soll den Besucherinnen und Besuchern das Gefühl geben, über die Ausstellung Teil der kompositorischen Aktivität des Weltmachens zu sein: also für die Welt, in der wir leben, aktiv Verantwortung zu übernehmen. Zu Wissen, dass man Gestaltungsspielraum hat und diesen auch in Anspruch zu nehmen.“

Die Besucher der documenta sollen durch die Ausstellung erlernen, für die Welt in der sie leben, Verantwortung zu übernehmen und Gestaltungsspielräume wahrzunehmen. Die Zukunftswerkstatt bietet sich hier als Instrument zur Wahrnehmung dieser Gestaltungsspielräume an, motiviert die Menschen zum Engagement und kann ihnen somit helfen, ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung zu realisieren.

Literaturverzeichnis

- Adloff**, Frank: Zivilgesellschaft – Theorie und politische Praxis, Frankfurt/Main, 2005
- Adorno**, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt/Main, 1971
- Adorno**, Theodor W.: Theorie der Halbbildung, in: Theodor W. Adorno, Gesammelte Schriften, Frankfurt/Main, 1972
- Ardelt-Gattinger**, Elisabeth/Lechner, Hans/Schlögl, Walter (Hrsg.): Gruppendynamik – Anspruch und Wirklichkeit der Arbeit in Gruppen, Göttingen, 1998
- Arendt**, Hannah (hrsg. von Ludz, Ursula): Was ist Politik? – Fragmente aus dem Nachlaß, München, 2005
- Aronson**, Elliot/Wilson, Timothy D., Akert, Robin M.: Sozialpsychologie, München, 2004
- Barthel**, Eckhardt/Dikau, Joachim: Mitbestimmung in der Wirtschaft, Berlin, 1980
- Bauman**, Zygmunt: Dialektik der Ordnung: Die Moderne und der Holocaust, Hamburg, 1992
- Beck**, Ulrich: Die feindlose Demokratie, Stuttgart, 1995
- Beck**, Ulrich: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main, 1986
- Beck**, Ulrich: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/Main, 1997
- Bittlingmayer**, Uwe H./Bauer, Ullrich (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“? – Mythos, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden, 2006
- Böhm**, Winfried: Wörterbuch der Pädagogik, Stuttgart, 2000
- Bohnsack**, Ralf: Rekonstruktive Sozialforschung – Einführung in qualitative Methoden, Opladen / Farmington Hills, 2007
- Bonsen**, Matthias zur: Führen mit Visionen – Der Weg zum ganzheitlichen Management, Wiesbaden, 1994
- Brunnengräber**, Achim/Klein, Ansgar/ Walk, Heike (Hrsg.): NGOs im Prozess der Globalisierung, Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Bonn, 2005
- Buddrus**, Volker (Hrsg.): Humanistische Pädagogik, Bad Heilbrunn, 1995
- Bude**, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion – Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg, 2006
- Buhl**, Monika/Kuhn, Hans-Peter: Persönlichkeitsentwicklung durch gesellschaftliches Engagement im Jugendalter, in: Journal für politische Bildung, Schwalbach, Heft 1, 2006
- Burow**, Olaf-Axel: Die Individualisierungsfalle – Kreativität gibt es nur im Plural, Stuttgart, 1999

Burow, Olaf-Axel: Ich bin gut – wir sind besser: Erfolgsmodelle kreativer Gruppen, Stuttgart, 2000

Burow, Olaf-Axel/Pauli, Bettina: Ganztagschule entwickeln – Von der Unterrichtsanstalt zum Kreativen Feld, Schwalbach, 2006

Burow, Olaf-Axel/Neumann-Schönewetter, Marina (Hrsg.): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht, Hamburg, 1995

Cohn, Ruth C.: Von der Psychoanalyse zur themenzentrierten Interaktion – von der Behandlung einzelner zu einer Pädagogik für alle, Stuttgart, 1994

Cohn, Ruth C./Farau, Alfred: Gelebte Geschichte der Psychotherapie, Stuttgart, 1984

Dauber, Heinrich: Lernfelder der Zukunft – Perspektiven Humanistischer Pädagogik, Bad Heilbrunn, 1997

Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, Opladen, 2004

Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2002 – Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus: Die 14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt/Main, 2002

Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck: Die 15. Shell-Jugendstudie, Frankfurt/Main, 2006

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Chancen lokaler Demokratie – Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“, Wiesbaden, 2006

Dürrenmatt, Friedrich: Die Physiker – Eine Komödie in zwei Akten, Zürich, 1962

Ehrenberg, Alain: Das erschöpfte Selbst – Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt/Main, 2004

Farin, Klaus: Neue Studie: Rechte Szene auch im Osten out, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Stuttgart, Heft 1, 2006

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik – Dokumentation einer Bürgerkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2006

Fromm, Erich: Humanismus als reale Utopie – Der Glaube an den Menschen, Weinheim, 1992

Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München, 1983

Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts – Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt/Main, 1997

Graetz, Wolfgang: Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung – Möglichkeiten und Grenzen eines Postulates in der Unternehmung, Diessenhofen, 1974

Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt/Main, 1997

Hartmann, Martin/Rieger, Michael/Luoma, Marketta: Zielgerichtet moderieren – Ein Handbuch für Führungskräfte, Berater und Trainer, Weinheim und Basel, 1999

Hartmann, Michael: Elitesoziologie – Eine Einführung, Frankfurt/Main, 2004

Hegedus, Zsuzsa: Social movements and social change in self-creative society: new civil initiatives in the international arena, in: International Sociology Vol. 4, No. 1, 1989

Hessisches Sozialministerium (Hrsg.): Partizipation in Hessen, Wiesbaden, 2006

Hitzler, Ronald/Hornbostel, Stefan/Mohr, Cornelia (Hrsg.): Elitenmacht, Wiesbaden, 2004

Höffe, Otfried (Hrsg.): Aristoteles-Lexikon, Stuttgart, 2005

Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland – DJI – Jugendsurvey 1, Opladen, 1995

Hofmann, Wilhelm: Karl Mannheim – zur Einführung, Hamburg, 1996

Holzkamp, Klaus: Lehren als Lernbehinderung, Vortrag - gehalten auf dem schulpolitischen Kongreß der GEW Hessen, „Erziehung und Lernen im Widerspruch“, am 3.11.1990 in Kassel, in: Forum Kritische Psychologie 27, Berlin, 1991

Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hrsg.): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, Opladen, 2003

Jungk, Robert: Der Atom-Staat: Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München, 1977

Jungk, Robert: Trotzdem – Mein Leben für die Zukunft, München, 1994

Jungk, Robert/Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten – Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, München, 1989

Kaesler, Dirk/Vogt, Ludgera (Hrsg.): Hauptwerke der Soziologie, Stuttgart, 2000

Kazemi-Veisari, Erika: Partizipation – Hier entscheiden Kinder mit, Freiburg, 1998

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, 2006

Koch, Lutz/Schönherr, Christian (Hrsg.): Kant – Pädagogik und Politik, Würzburg, 2005

Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2), Göttingen, 1983

Kübler, Hans-Dieter: Mythos Wissensgesellschaft – Gesellschaftlicher Wandel zwischen Information, Medien und Wissen, Eine Einführung, Wiesbaden, 2005

Kuhnt, Beate/Müllert, Norbert R.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten – verstehen, anleiten, einsetzen, Neu-Ulm, 2006

Lenz, Albert: Partizipation von Kindern in Beratung und Therapie, Weinheim und München, 2001

Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger: TZI – Die Kunst, sich selbst und eine Gruppe zu leiten – Einführung in die Themenzentrierte Interaktion, Stuttgart, 2006

Löhmer, Cornelia/Standhart, Rüdiger (Hrsg.): Zur Tat befreien – Gesellschaftspolitische Perspektiven der TZI-Gruppenarbeit, Mainz, 1994

Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch – Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, in: Marcuse, Herbert: Schriften, Band 7, Frankfurt/Main, 1967

Matthiesen, Ulf (Hrsg.): Stadtregion und Wissen – Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik, Wiesbaden, 2004

Neuland, Michèle: Neuland-Moderation, Eichenzell, 1995

Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied, 2001

Owen, Harrison: Open Space Technology – Ein Leitfaden für die Praxis, Stuttgart, 2001

Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik – Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Neuwied, 1998

Piaget, Jean: Theorien und Methoden der modernen Erziehung, Frankfurt/Main, 1974

Raschke, Joachim (Hrsg.): Bürger und Parteien – Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen, 1982

Renn, Ortwin: Die sanfte Revolution: Zukunft ohne Zwang?, Essen, 1980

Roth, Jürgen: Der Deutschland – Clan: Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz, Frankfurt/Main, 2006

Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart, 1977

Scheer, Hermann: Die Politiker, München, 2003

Schicktanz, Silke/Naumann, Jörg (Hrsg.): Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik – Ein Modellprojekt der Bürgerbeteiligung am bioethischen Diskurs, Opladen, 2003

Schnittger, Miriam/Schlüsselburg, Jörg: Dokumentation einer Zukunftswerkstatt im Rahmen der Lehrerbildung für den Studiengang „Sozialwissenschaft“, Bielefeld, 1997

Sennett, Richard: Der flexible Mensch, Berlin, 2006

Sparschuh, Vera: Der Generationsauftrag – Bewusstes Erbe oder „implizites Wissen“? Karl Mannheims Aufsatz zum Problem der Generationen im Kontext seines Lebenswerkes, in: Sociologia Internationalis, 38 (2), Berlin, 2000

Sperling, Jan Bodo/Wasseveld, Jacqueline: Führungsaufgabe Moderation – Besprechungen, Teams, Projekte kompetent managen, Planegg, 2000

Surowiecki, James: Die Weisheit der Vielen – Warum Gruppen klüger sind als Einzelne und wie wir das kollektive Wissen für unser wirtschaftliches, soziales und politisches Handeln nutzen können, München, 2004

Tannert, Christof/Wiedemann, Peter (Hrsg.): Stammzellen im Diskurs – Eine Lese- und Arbeitsbuch zu einer Bürgerkonferenz, München, 2004

Thomaßen, Wolfgang: Politische Partizipation und Stadtentwicklungsplanung, München, 1988

Weber, Susanne Maria: Rituale der Transformation – Großgruppenverfahren als pädagogisches Wissen am Markt, Wiesbaden, 2005

Weisbord, Marvin R./Janoff, Sandra: Future Search – An Action Guide to Finding Common Ground in Organizations & Communities, San Francisco, 1996

Graue Literatur

Schmidt, Mirjam/Schönewolf, André: Das ist ja wohl die (Marbachs-)Höhe! – Zukunft gemeinsam gestalten: Dokumentation einer Zukunftswerkstatt auf der Kasseler Marbachshöhe am 30.09./01.10.2006

Internetquellen

www.arte.tv/de/kunst-musik/tracks/20050203/801098.html; Stand: 15.05.2007

www.berlinale.de/de/archiv/jahresarchive/2005/02_programm_2005/02_Filmdatenblatt_2005_20050300.php; Stand: 16.05.2007

www.fes.de/inhalt/Dokumente/061016_Gesellschaft_im_Reformprozess.pdf Stand: 16.12.06

www.leipzig.de/de/buerger/politik/wahlen/obm/wahl2006/06894.aspx; Stand: 28.02.06

www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,446234,00.html; Stand: 03.11.2006

www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2005/500_Euro_Mindestsatz_050926.pdf; Stand: 04.05.2007

www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/1999/325/html/resstz01.gif; Stand: 31.03.07

Foto auf dem Titelblatt

www.democracymove.de/wp-content/2006/07/250px-Protestmudge.jpg; Stand: 10.06.07

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Strukturmodell der Themenzentrierten Interaktion nach Ruth C. Cohn	S. 76
Abb. 2: Trichterprinzip der Zukunftswerkstatt nach Kuhnt und Müllert	S. 85
Abb. 3: Sammlung von Eindrücken der Zukunftswerkstattsteilnehmer	S. 101

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe
BbauG	Bundesbaugesetz
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
bsp.	beispielsweise
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
e.V.	eingetragener Verein
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DVU	Deutsche Volksunion
EU	Europäische Union
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
HNA	Hessisch-Niedersächsische Allgemeine
Kap.	Kapitel
KVG	Kasseler Verkehrsgesellschaft
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
m.E.	meines Erachtens
NGO	Non-Governmental-Organization
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StBauFG	Städtebauförderungsgesetz
TZI	Themenzentrierte Interaktion
u.a.	unter anderem
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
VW	Volkswagen AG
z.B.	zum Beispiel

ERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich, dass ich diese Masterarbeit selbständig verfasst habe, keine anderen als die angegebenen Quellen/Hilfsmittel verwendet habe und alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten Schriften entnommen wurden, als solche kenntlich gemacht habe. Darüber hinaus erkläre ich, dass diese Abschlussarbeit nicht, auch nicht auszugsweise, bereits für eine andere Prüfung angefertigt wurde.

Ort, Datum

Unterschrift